

Stefan Dumont

Soldaten und Mainzerinnen

in der Festung Mainz 1816–1866



*Nun wem g'hört das Kind do? –
I glob holt mein! So waas i b'stimmt:
durt laaft seine Mutter*

Soldaten und Mainzerinnen
in der Festung Mainz 1816–1866

**Hausarbeit zur Erlangung des
Akademischen Grades
eines Magister Artium**

vorgelegt dem Fachbereich
07 – Geschichts- und Kulturwissenschaften
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von
Stefan Dumont
aus Mainz

2010

Umschlag: Kolorierter Stich aus Schumacher, Andreas: Der Abschied der Oestreicher von Mainz.
Lustspiel in 3 Aufzügen. Mannheim 1837. Titelvorsatz. (Siehe dazu auch Kapitel 3.7)

Inhalt

1	Einleitung	2
1.1	Fragestellung.....	2
1.2	Untersuchungszeitraum	3
1.3	Forschungsstand	3
1.4	Quellen	7
1.5	Methode	11
1.6	Datenbank	12
2	Rahmenbedingungen	15
2.1	Der Deutsche Bund und sein Militär.....	15
2.2	Die Bundesfestung Mainz	17
2.3	Relevante Aspekte zum preußischen Militär	21
2.4	Relevante Aspekte zum österreichischen Militär	22
2.5	Die Verhältnisse in der Stadt Mainz 1816–1866	25
2.6	Die soziale und rechtliche Stellung der Frau in Rheinhessen	28
3	Beziehungen zwischen Soldaten und Mainzerinnen	31
3.1	Eheliche Beziehungen.....	31
3.1.1	Heiratsbeschränkungen für preußische Soldaten	32
3.1.2	Heiratsbeschränkungen für österreichische Soldaten	35
3.1.3	Heiratsvorschriften für großherzoglich-hessische Soldaten	37
3.1.4	Die Ehefrauen der Soldaten	38
3.2	Nicht-eheliche Beziehungen mit mehreren Kindern.....	45
3.3	Nicht-eheliche Beziehungen mit einem Kind	50
	Exkurs: Illegitimität in Mainz: von der Garnison verschuldet?.....	58
3.4	Nicht-eheliche Beziehungen ohne Kinder.....	72
3.5	Österreicher und Preußen: Wer war beliebter?	75
3.6	Prostitution	81
3.7	„Der Abschied der Oestreicher“ – Rezeption der Beziehungen in einem zeitgenössischen Theaterstück	87
4	Fazit und Ausblick.....	93
	Quellen und Literatur	96
	Anhang	107

1 Einleitung

1.1 Fragestellung

„Der Bewohner von Mainz darf sich nicht verbergen, dass er für ewige Zeiten einen Kriegsposten bewohnt: alte und neue Ruinen erinnern ihn daran.“ Das stellte Goethe in seinem 1816 erschienenen ersten Band von „Ueber Kunst und Alterthum in den Rhein und Mayn Gegenden“ fest.¹ Und tatsächlich: Auch heute noch stößt man an vielen Stellen in Mainz auf Bastionen, alte Kasernen und andere Militärgebäude. Sie sind Zeugen der militärischen Vergangenheit der heutigen Landeshauptstadt, die fast drei Jahrhunderte lang Festungsstadt gewesen war: angefangen von der Errichtung der ersten neuzeitlichen Bastionen um 1619 bis hin zur Schleifung des damals modernen Betonbunkerrings nach dem Versailler Vertrag 1919. Als Festungsstadt beherbergte Mainz über die Jahrhunderte eine – mal mehr, mal weniger – große Garnison.

Natürlich befasst sich die Forschung zur Mainzer Stadtgeschichte auch mit der Festung, allerdings vorwiegend unter landes- bzw. kommunalpolitischen, militärischen oder architektonischen Aspekten. Was die Anwesenheit einer ständigen Garnison für die Mainzerinnen und Mainzer bedeutete, wird nur in wenigen Veröffentlichungen beleuchtet. Und selbst in diesen stehen meistens die besonders einschneidenden Ereignisse im Vordergrund, wie z.B. die Belagerung des französisch besetzten Mainz 1793. Dabei haben Historiker in den letzten beiden Jahrzehnten im Zuge der „Neuen Militärgeschichte“ auch viele Studien vorgelegt, die die zahlreichen alltäglichen Verflechtungen zwischen Militär- und Zivilgesellschaft in (vornehmlich frühneuzeitlichen) Garnisonsstädten untersuchen.

Zwischen 1816 und 1866 war Mainz (anfangs nur designierte) Festung des Deutschen Bundes. In dieser langen Phase des Friedens war in der von Bürgertum und Handwerk geprägten Stadt eine permanente Garnison stationiert, die aus mehreren tausend preußischen und österreichischen Soldaten bestand. Die Beziehungen zwischen diesen und der weiblichen Zivilbevölkerung sollen auf der Grundlage der (staatlichen) Geburts- und Heiratsregister mit Hilfe von Methoden aus der Historischen Demographie dargestellt und analysiert werden. Ziel dieser Arbeit ist es, die Frage zu beantworten, welche Beziehungsmuster sich zwischen Soldaten und Mainzerinnen in der Zeit von 1816 bis 1866 entwickelten.

Die vorliegende Arbeit will also einen Teilaspekt des oben genannten Geflechtes zwischen Militär und Zivilbevölkerung für die Festungs- und Garnisonsstadt Mainz untersuchen. Faktoren wie der Deutsche Bund, die Heeresverfassungen der beiden Staaten Preußen und Österreich, die militärischen und zivilen Verhältnisse in der Stadt Mainz sowie die soziale und rechtliche Stellung der Frauen im 19. Jahrhundert bilden den historischen

1 Goethe, Kunst und Altertum, S. 45.

Bezugsrahmen, in den die Ergebnisse eingeordnet werden sollen, um die allgemeine Entwicklung des Verhältnisses zwischen Militär und Zivilgesellschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert zu erhellen. Die Arbeit hat somit einen für die Neue Militärgeschichte typischen „Schnittstellencharakter“ zwischen Stadtgeschichte, Sozialgeschichte, Militärgeschichte im engeren Sinne und Historischer Demographie.

1.2 Untersuchungszeitraum

Für eine Untersuchung der Beziehungen zwischen Soldaten und Mainzerinnen in der Festung Mainz erscheint der Zeitraum zwischen 1816 und 1866 sinnvoll. Mit dem 1816 zwischen Preußen, Österreich und Hessen-Darmstadt abgeschlossenen Staatsvertrag und dem späteren offiziellen Status als Bundesfestung wurde der Festungscharakter für die Stadt Mainz zum bestimmenden Faktor² – mehr als in den zweihundert Jahren zuvor. Ein per Reglement geschaffener klarer rechtlicher Rahmen, ein umfassendes Bauprogramm, eine kontinuierliche und lange Stationierung von befreundeten, aber nicht landeseigenen Truppen machen die Besonderheiten dieses Zeitraums aus. Den Endpunkt des Untersuchungszeitraums markiert das Jahr 1866, in dem der Preußisch-Österreichische Krieg zum Ende des Deutschen Bundes führte: Die Österreicher zogen ab und Mainz verlor seinen Status als Bundesfestung. Größere einschneidende Ereignisse gab es nur zwei: die Revolution 1848/49 und eine Pulverexplosion im Jahr 1857. Bestimmend in diesem Zeitraum sind also vielmehr die Kontinuitäten, die eine Stadt im Laufe des 19. Jahrhunderts prägten, also der militärische und zivile Alltag des Lebens in Mainz – und nicht der Ausnahmezustand. Hinzu kommt noch die recht günstige Quellenlage: Zivilstandsregister,³ Gemeinderatsprotokolle und Tageszeitungen lassen ein recht genaues Bild vom Leben in Mainz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstehen. Hinzu kommt freilich noch, dass der Zeitraum zwischen den Befreiungskriegen und den deutschen Einigungskriegen in der Militärgeschichte bisher eher selten Gegenstand von Untersuchungen wurde.

1.3 Forschungsstand

Lange fristete die Militärgeschichte im deutschen Wissenschaftsbereich ein Randdasein. An Hochschulen war sie mangels ordentlicher Lehrstühle nicht vertreten, geforscht wurde vorwiegend am außeruniversitären Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr. Das änderte sich erst in den 1990er Jahren, als sich die Militärgeschichte von der reinen Operations- und Technikgeschichte löste und sich neuen methodischen Ansätzen öffnete.⁴ Diese „Neue Militärgeschichte“ hat heute ihren weitgehend unbestrittenen Platz in der Geschichtswissenschaft gefunden. In den letzten zwanzig Jahren erschienen zahlreiche Studien, die sich mit dem Militär als sozialer Gruppe, mit Kriegserfahrungen von Soldaten und Zivilisten, mit den Lebensbedingungen von Soldaten oder den vielfältigen

2 Schütz, Provinzialhauptstadt, S. 377.

3 Siehe unten Kapitel 1.4.

4 Prüve, Militär, S. 53–54.

Verflechtungen von Militär und Zivilbevölkerung in einer Garnisonsstadt auseinanderzusetzen.

Zu letztgenanntem Thema wurden einige Untersuchungen veröffentlicht, die überwiegend aus dem Bereich der Stadtgeschichtsforschung stammen.⁵ Beispiele sind die bekannte Dissertation von Ralf Prüve aus dem Jahr 1995: „Stehendes Heer und städtische Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Göttingen und seine Militärbevölkerung 1713-1756“, oder die Publikation von Thomas Tippach zur preußischen Garnisons- und Festungsstadt Koblenz. Solche lokalhistorischen Arbeiten widmen sich den Festungswerken und Kasernen im Stadtbild, untersuchen die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Garnison auf die Stadt oder setzen sich mit dem Verhältnis zwischen Soldaten und Einwohnern auseinander. Die Begrenzung auf eine bestimmte Stadt ermöglicht es ihnen, die „sozioökonomischen Wechselwirkungen von Militär und Gesellschaft, Alltag und materieller Basis der Soldaten und die kulturellen Verflechtungen von Garnison und Stadtbevölkerung wie unter einem Brennglas verdichtet“ zu studieren.⁶ Dabei ist auffallend, dass die frühere Forschung die Anwesenheit einer Garnison in einer Stadt eher als Störfaktor bewertet hat, während neuere Arbeiten, wie z.B. die von Prüve, „das Militär als integralen Bestandteil der städtischen Gesellschaft“⁷ sehen und auf die positiven Auswirkungen der Garnison hinweisen.⁸

Über das Verhältnis zwischen Militär und Zivilbevölkerung in Garnisonsstädten hinaus hat sich die Forschung mit der Frau als Lebenspartnerin von Soldaten oder sogar mit der Frau als Soldatin befasst. Denn es ist zu konstatieren, dass „es bis weit in das 19. Jahrhundert hinein die für das 17. und 18. Jahrhundert beschriebene Lebensgemeinschaft von Soldat und Frau gegeben [hat], bei der die Frau zusammen mit ihrem Mann nicht nur in Quartier und Kaserne wohnte und arbeitete, sondern ihn auch in den Feldzug und die Schlacht begleitete und versorgte“.⁹ Die umfangreichste jüngste Veröffentlichung aus diesem Bereich stammt von Beate Engelen, die das Leben von Soldatenfrauen in Preußen im 17. und 18. Jahrhundert ausführlich untersucht hat. Eine vergleichbare Studie für das österreichische Militär liegt leider nicht vor; ohnehin sind sozialgeschichtliche Studien zu dieser Armee sehr selten. Zum Thema „Soldatenfrauen“ wären außerdem noch die Aufsätze „Soldatenfamilien und uneheliche Kinder“ von Markus Meumann und „Soldatenpartnerschaften. Stehendes Heer und weibliche Bevölkerung im 18. Jahrhundert“ von Jutta Nowosadtko zu nennen.

Insgesamt fällt auf, dass der zeitliche Schwerpunkt der Arbeiten, die sich mit Garnison und (nicht nur weiblicher) Zivilbevölkerung befassen, meistens in der Frühen Neuzeit,

5 Prüve, Militär, S. 88–91; Nowosadtko, Krieg, Gewalt und Ordnung, S. 158.

6 Prüve, Militär, S. 88.

7 Nowosadtko, Krieg, Gewalt und Ordnung, S. 160.

8 Prüve, Militär, S. 89.

9 Prüve, Militär, S. 79.

d.h. im 17. und 18. Jahrhundert, liegt. Auch der einschlägige wissenschaftliche Arbeitskreis, der seit 1996 die Forschung im Bereich „Militär und Gesellschaft“ durch die Veranstaltung von Tagungen und die Herausgabe einer Zeitschrift sowie einer Schriftenreihe maßgeblich fördert, beschränkt sich größtenteils auf die diesen Zeitraum.¹⁰ Der Kenntnisstand über die Frühe Neuzeit ist daher ungleich höher als derjenige über das 19. oder gar 20. Jahrhundert. Ein Grund für diese Diskrepanz liegt vielleicht darin, dass sich Staat und stehendes Heer im 17. und 18. Jahrhundert erst auszubilden begannen, weshalb die sozialen Effekte dieses Prozesses von der Forschung entsprechend thematisiert werden. Im 19. Jahrhundert dagegen wurden sowohl Staat als auch stehendes Heer als fertig ausgebildete Institutionen wahrgenommen. Jutta Nowosadtko konstatiert deshalb auch folgerichtig, „daß die Kontextualisierung des Militärwesens in seinem gesellschaftlichen Umfeld im wesentlichen ein frühneuzeitliches Projekt darstellt.“¹¹ Die Dissertation von Tippach muss dagegen schon als Ausnahme angesehen werden, da sie sich auf das 19. Jahrhundert konzentriert. Zu nennen wäre außerdem der 1998 von Bernhard Sicken herausgegebene Sammelband „Stadt und Militär 1815 - 1914: wirtschaftliche Impulse, infrastrukturelle Beziehungen, sicherheitspolitische Aspekte“. Mit „Militär, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert“ liegt allerdings seit 2006 wenigstens ein erstes Überblickswerk vor.

Die Geschichte der Festung Mainz ist prinzipiell recht gut erforscht: wer zur 300-jährigen Geschichte der Festung Mainz recherchiert, wird rund 75 Titel dazu finden.¹² Neben den drei großen Dissertationen zur Geschichte der Festung Mainz von 1619 bis 1866 gibt es zahlreiche kleinere Studien, die sich in klassisch-militärhistorischer Vorgehensweise mit einzelnen Aspekten der Mainzer Wehrbauten oder ihrer Architektur befassen. Das – vor allem baugeschichtlich orientierte – Standardwerk für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit ist die 1986 abgeschlossene Dissertation „Die Bundesfestung Mainz 1814-1866. Entwicklung und Wandlungen. Von der Blockhausfortifikation zum Steinernen Bollwerk Deutschlands“ von Hans-Rudolf Neumann. Relativ viel Aufmerksamkeit haben auch die Belagerung von 1793 und die darauffolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen um Mainz erfahren. Ein Großteil der einschlägigen Literatur zur Festung Mainz widmet sich also in der Hauptsache der Baugeschichte, der militärischen oder politischen Geschichte der Festung Mainz. Nur wenige Studien befassen sich dagegen dezidiert mit dem Einfluss der Festung und Garnison auf die Stadt Mainz und ihre (zivilen) Bewohner. Unter den genannten Vorzeichen weckten vor allem zwei Ereignisse das Interesse der Historiker: die Belagerung von Mainz 1793 und die Revolution von 1848. So hat zum Beispiel Köhler die Konflikte zwischen Militär und Bürgern im Zusammenhang mit den demokratischen

10 Arbeitskreis Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit e.V., <http://www.amg-fnz.de>

11 Nowosadtko, Krieg, Gewalt und Ordnung, S. 160–161. So auch Prüve, Militär, S. 56.

12 Dumont, Stefan: Bibliografie zur Geschichte der Festung Mainz, In: www.festung-mainz.de, URL: <<http://www.festung-mainz.de/bibliothek/literatur.html>> (zuletzt abgerufen am 25.09.2010).

Bewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts untersucht – allerdings etwas einseitig.¹³ Die Arbeiten, die sich dagegen mit den alltäglichen Auswirkungen beschäftigen, sind an einer Hand abzuzählen. Zuvorderst ist hier Susanne Schlösser zu nennen, die sich in einem Aufsatz mit dem Alltag in der Festung Mainz im 17. und 18. Jahrhundert auseinandergesetzt hat.¹⁴ Daneben befasste sich Elmar Rettinger bereits 1978 in seiner Staatsexamensarbeit mit der Garnison und ihren Beziehungen zur Bevölkerung der Stadt Mainz in diesem Zeitraum.¹⁵ Mit den Methoden der historischen Demografie ging er dem „Einfluß von Garnison und Kriegsereignissen auf die Bevölkerungsentwicklung“ nach. Methodisch gesehen verfolgte er also einen ähnlichen Ansatz wie die vorliegende Arbeit, wenn auch mit deutlich weiterem Blickwinkel, da Rettinger auch Fragen nach der Mortalität und nach der Auswirkung von Krisenjahren auf die Bevölkerungsentwicklung behandelt. Für den Zeitraum der Bundesfestung hat Ludolf Pelizaeus in einem Aufsatz die wichtigsten Auswirkungen skizziert.¹⁶ Neuere historische Studien liegen in diesem Bereich nicht vor. Als größere, aber schon etwas ältere Publikationen können nur noch zwei Bücher herangezogen werden: die „Geschichte von Mainz als Festung und Garnison“ von Alfred Börckel, erschienen 1913, sowie die „Geschichte der Bundes-Festung Mainz“ von Karl Anton Schaab. Letzteres Buch muss allerdings – zumindest für den hier in Frage stehenden Zeitraum – schon fast wie eine Quelle behandelt werden, erschien es doch bereits 1834.

Darüber hinaus wurden für diese Arbeit auch die Studien herangezogen, die vor allem die zivile Stadt Mainz in den Fokus nehmen. In Bezug auf die Stadt Mainz im 19. Jahrhundert gibt es allerdings noch einige größere Lücken. Während die französische Zeit zu Beginn des Jahrhunderts ausnehmend gut erforscht ist, gilt dies für die Zeit zwischen 1816 und 1866 nicht. Wie oben angedeutet, wurden die revolutionären Vorgänge stärker beleuchtet als die kontinuierliche Entwicklung. Als einzige Gesamtdarstellung liegt bisher nur der Aufsatz „Provinzialhauptstadt und Festung des Deutschen Bundes (1814/16–1866)“ von Friedrich Schütz vor. Im Stadtarchiv findet sich zu diesem Zeitraum noch ein Typoskript im Nachlass von Elisabeth Darapsky. Ansonsten ist man auf ältere, wenn nicht sogar zeitgenössische Literatur angewiesen.¹⁷ Insbesondere die Bevölkerungs-, Geburts- und Sterbezahlen der Stadt Mainz liegen nur in zwei Veröffentlichungen aus dem 19. Jahrhundert vor. Wie so oft hat die historische Demografie auch in Mainz nur bis zur Einführung der Zivilstandsregister 1797 geforscht.

13 Köhler, Ein Bollwerk gegen die Republik, konturiert m.E. zu stark zwischen „konservativ-reaktionärem“ Militär und demokratisch gesinnten Bürgern auf der anderen Seite. U.a. unterstellt er dabei Neumann, Bundesfestung Mainz, dass dieser in der Bundeskriegsverfassung (siehe S. 15) einen demokratischen Zug wahrnehmen würde (siehe dort S. 38–39). Das von Köhler angeführte Zitat ist aber beileibe keine Stütze für seinen Vorwurf.

14 Schlösser, Auswirkung auf den Alltag, S. 7–24.

15 Rettinger, Mainzer Garnison.

16 Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 142–155.

17 Wie z.B. Börckel, Mainz als Festung; Brühl, Mainz geschichtlich; etc.

1.4 Quellen

Möchte man sich als Historiker mit den Beziehungen zwischen Soldaten und Frauen in einer Garnisonsstadt wie Mainz befassen, erscheinen Kirchenbücher und Zivilstandsregister als geeignete Quelle. Sie verzeichnen die Geburten, Heiraten und Todesfälle einer Pfarrei bzw. einer Stadt einigermaßen vollständig und objektiv. Doch auch hier gibt es Probleme: so können Kirchenbücher und Zivilstandsregister nur die lokal gemeldeten Fälle wiedergeben. Das heißt alle Geburten, bei denen die Mutter Mainz vorher verließ und das Kind in einem anderen zur Welt brachte, werden nicht erfasst. Aber auch die gemeldeten Fällen sind nicht immer so vollständig, wie das wünschenswert wäre: In nicht zu geringer Zahl tauchen Einträge auf, die nur die ledige Mutter verzeichnen, weil sich der Vater des Kindes nicht zu diesem bekannt hat. Schließlich muss man auch feststellen, dass alle Beziehungen, in denen kein Kind gezeugt und nicht geheiratet wurde, unter den Tisch fallen.¹⁸ Auch alle Kontakte zwischen Soldaten und Frauen im Rahmen von sexuellen Dienstleistungen (Prostitution) sind in dieser Quellenart nicht zu finden.¹⁹ So verbleibt für den Historiker eine Dunkelziffer, deren Ausmaß weiter unten ausführlicher diskutiert wird.

Bei einer historischen Untersuchung, die sich mit diejenigen Frauen beschäftigt, die Soldaten heirateten oder mit ihnen Kinder zeugten, liegt es nahe, zuerst auf *Militärkirchenbücher* zurückzugreifen. In den Militärkirchenbüchern wurden – analog zu den zivilen Kirchenbüchern der Pfarreien – Taufen, Trauungen und Sterbefälle des jeweiligen Regiments vom zuständigen Geistlichen vermerkt. So hätte für diese Arbeit die prinzipielle Möglichkeit bestanden, die Militärkirchenbücher (in Österreich Militärmatriken genannt) derjenigen österreichischen und preußischen Regimenter auszuwerten, die in Mainz zwischen 1816 und 1866 stationiert waren. Allerdings ist die Überlieferungssituation schwierig, da diese Bücher zum einen über mehrere Archivstandorte verteilt und zum anderen teilweise verloren gegangen sind.

Die Militärmatriken der österreichischen Regimenter sind dabei noch am besten verfügbar. Sie lagern allesamt im Kriegsarchiv des Österreichischen Staatsarchivs in Wien. Für den hier interessanten Zeitraum 1816–66 ist der Bestand an Regimentsmatriken laut Christoph Tepperberg, dem Direktor des Kriegsarchivs, geschlossen erhalten.²⁰ Im Übr-

18 Das Problem wird in Kapitel 3.4 ausführlicher behandelt.

19 Die Prostitution kann aber u.U. durch Akten der Sittenpolizei zumindest ausschnittsweise beleuchtet werden. Siehe dazu unten Kapitel 3.6.

20 Tepperberg, Quellen. S. 8. Zur Führung der Militärmatriken siehe auch die Informationen des Österreichischen Staatsarchivs zum Bestand unter <http://www.archivinformationssystem.at/detail.aspx?ID=3102> (zuletzt abgerufen am 01.12.2010).

gen besteht in diesem Fall noch eine Besonderheit: ab 1854 wurden die Taufen, Trauungen und Todesfälle nicht von den jeweils zuständigen Truppendegeistlichen, sondern zentral (bis 1866) von der „Garnisonsseelsorge Mainz und Frankfurt“ eingetragen.²¹

Für Preußen dagegen sieht die Situation schwierig aus. Wolfgang Eger hat Anfang der 1990er Jahre zwei Verzeichnisse der heute vorhandenen Militärkirchenbücher der preußischen Armee aufgestellt.²² Sie verzeichnen zusammen rund 6300 Militärkirchenbücher an fast 200 Lagerorten. Sortiert sind diese beiden Verzeichnisse dabei nach den aktuellen bzw. ehemaligen Lagerorten, so dass man die Bücher zu einem Regiment über den vorhandenen Index zusammen suchen muss. Ein Beispiel: Vom Füsilierr-Regiment „Prinz Heinrich von Preußen“ (Brandenburgisches) Nr. 35, das von 1816 bis 1849 in Mainz durchgehend stationiert war²³, existieren heute noch Militärkirchenbücher an drei Standorten in Berlin und Leipzig. Von diesen Militärkirchenbüchern betreffen allerdings einige nur einzelne Bataillone, außerdem bestehen zum Teil erhebliche zeitliche Lücken. Schon Alexander von Lyncker bedauerte Ende der 1930er Jahre in seinen beiden Werken zur preußischen Armee, dass wahrscheinlich die Hälfte aller Militärkirchenbücher verloren gegangen war.²⁴ Anscheinend hatte man aber auch eigens für die königlich-preußische evangelische Garnisonsgemeinde in Mainz Kirchenbücher geführt, die für den gesamten Zeitraum 1816–1868 komplett vorlagen. Das vermerkt jedenfalls das Findbuch des Bestands 20 des Stadtarchivs Mainz – leider nur noch als Verlustmeldung: „Die Kirchenbücher 20/101–20/127 wurden im April 1934 an die evangelische Pfarrzentrale abgegeben und sind im August 1942 durch feindlichen Fliegerangriff verbrannt“.²⁵

Die Überlieferungslage der Militärkirchenbücher stellt sich also – zumindest für Preußen – recht schwierig dar. Demgegenüber existiert im Stadtarchiv Mainz ein geschlossener, vollständig erhaltener Bestand von Zivilstandsregistern der großherzoglich-hessischen Stadt Mainz. Anders als in den meisten anderen (rechtsrheinischen) deutschen Städten wurden in Mainz nämlich bereits 1798 Zivilstandsregister eingeführt. Der frühe Beginn der von der staatlichen Obrigkeit geführten Register hängt mit der Angliederung der linksrheinischen Gebiete an Frankreich 1797 zusammen. Dadurch wurde die städtische Zivilverwaltung nach französischem Vorbild umstrukturiert und – unter anderem – die staatliche (und nicht kirchliche) Registrierung des Lebens, Liebens und Sterbens der Mainzer Einwohner eingeführt. In Frankreich war bereits durch das Gesetz vom 20. September 1792 der Geistlichkeit die Führung der Register entzogen und den staatlichen Stellen übertragen worden. Vom 1. Mai 1798 galt das auch für die französisch besetzten Gebiete

21 Das ergibt sich aus einer Verbalnote des österreichischen Bundeskanzleramtes vom 13.02.1936 in einer Antwort auf die entsprechende Frage der deutschen Gesandtschaft nach den österreichischen Militärkirchenbüchern für Mainz. Diese Verbalnote ist als Abschrift in der Registratur des Dom- und Diözesanarchivs zu finden (ihr wurde vom DDAMZ keine Signatur gegeben).

22 Eger, Militärkirchenbücher [1993 und 1996].

23 Börckel, Mainz als Festung, S. 186.

24 Eger, Militärkirchenbücher [1993], S. XIX.

25 Stadtarchiv Mainz, Findbuch des Bestands 20, o. fol.

– also auch für „Mayence“, der französischen Départementhauptstadt Mainz. 1804 wurde dann diese Regelung zur Registrierung des Zivilstandes weitgehend in den Code civil (Art. 34–101) aufgenommen.²⁶ Die staatlichen Umwälzungen im Zuge des Wiener Kongresses und die neue territoriale Zugehörigkeit der Stadt Mainz zum Großherzogtum Hessen änderten daran kaum etwas. Die Regelungen des Code civil sollten für die neu entstandene Provinz Rheinhessen – und damit für Mainz – weiterhin gelten. Jede Änderung des Personenstandes musste also im behandelten Zeitraum 1816–66 dem Zivilstandsbüro gemeldet werden und dort von eigens abgestellten Beigeordneten bzw. vom Bürgermeister vermerkt werden.²⁷

Offen bleibt allerdings die Frage, „ob die Militärpersonen in den Registern der Stadt Mainz in der Regel wirklich vollständig erfaßt wurden.“²⁸ Braun vermerkt in der Einleitung zum Bestand Zivilstands- und Familienregister lediglich, dass Todesfälle sowohl von preußischen als auch österreichischen Soldaten dem Zivilstandsbüro in Mainz anscheinend nicht angezeigt und im Register vermerkt wurden. Für das in dieser Arbeit verwendete Geburtsregister konnte allerdings im Laufe der Arbeit allerdings festgestellt werden, dass (un-)eheliche Kinder von Soldaten verzeichnet wurden, deren Mütter aus Mainz, bzw. aus Preußen bzw. Österreich stammten. Die Geburt eines Kindes ließen also nicht nur diejenigen Soldaten eintragen, deren Freundin oder Frau aus Mainz stammten. Eine eher oberflächliche Recherche im Kriegsarchiv Wien konnte das Problem zusätzlich erhellen. Nach kursorischer Durchsicht der Militärmatriken des 49. Infanterieregimentes und der Garnisonsseelsorge Mainz und Frankfurt für die beiden entsprechenden Zeiträume kann man festhalten, dass die beiden „Datenbestände“ sich vor allem ergänzen.²⁹ Eine umfassende Auswertung war aus Zeitgründen aber leider nicht mehr möglich.

Für die vorliegende Arbeit wurden daher die Geburtsregister und Heiratsregister der großherzoglich-hessischen Stadt Mainz herangezogen. Das scheint auch deshalb sinnvoll zu sein, da es vor allem um die bereits ansässige weibliche Zivilbevölkerung geht und weniger um diejenigen (Ehe-)Frauen, die mit den Soldaten nach Mainz kamen.

Im Stadtarchiv Mainz kann im Hinblick auf die Zivilstandsregister noch auf eine ergänzende Quelle zurückgegriffen werden: die Familienregister. Sie wurden bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts angelegt und verzeichnen alle Mainzer Familien bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Einträge wurden normalerweise bei der Heirat angelegt und danach um die Kinder des Paares laufend ergänzt, so dass eine einzelne Familie dort vollständig

26 Braun, Bestand 50, S. I.

27 Eine Seite des Geburtsregisters 1825 ist im Anhang 1 abgebildet.

28 Braun, Bestand 50, S. III.

29 Im Geburtsregister des Regiments bzw. der Garnisonsseelsorge sind fast ausschließlich nur eheliche Geburten verzeichnet, während die im Zivilstandsregister vermerkten Kinder von österreichischen Soldaten meistens unehelich geboren wurden.

verzeichnet ist.³⁰ Angegeben sind neben Namen, Geburtsdatum und -ort auch Sterbedatum und -ort (falls bekannt). Seit 2006 sind die Einträge im Familienregister über die Namen der Väter in einer Datenbank im Stadtarchiv erfasst, so dass Familienforscher damit den passenden Eintrag finden können. Das Problem ist, dass gerade Soldatenfamilien dort nur ausnahmsweise erfasst wurden, ebenso wenig sind dort jene Fälle zu finden, in denen Soldaten nur ein einziges (zudem häufig uneheliches) Kind mit einer Frau in Mainz gezeugt hatten. Das jedenfalls ergab eine Stichprobe. Es sind in der Tat nur die Familien aufgenommen worden, die länger in Mainz lebten. Gleichwohl konnte das Familienregister ergänzend zu Rate gezogen werden, insbesondere als es darum ging, nachzuprüfen, ob die Ehefrau eines Soldaten Mainzerin gewesen ist. In einigen Fällen wurde nämlich nicht in Mainz bzw. nicht vor dem Standesbeamten geheiratet. Da die Geburtsregister bei ehelichen Geburten keine Angaben über die Herkunft der Ehefrau enthalten, musste diese Daten im Familienregister nachrecherchiert werden.

Ergänzend zu den in der Hauptsache benutzten Registern wurde natürlich auch im Bestand „Hessisches Archiv 1814/16 – 1945“ des Stadtarchivs Mainz nach Akten recherchiert, die Erhellendes zur Fragestellung hätten beitragen können. Dadurch, dass der Bestand 70 anhand der hessischen Gemeinderegistraturordnung gegliedert ist, kann man seine Akten in der Datenbank gut sichten. Das Ergebnis ist allerdings ernüchternd. So gibt es z.B. aus dem Bereich der Sittenpolizei für den Untersuchungszeitraum nur wenige Dokumente zur Prostitution. Grund dafür waren wohl nicht Kriegszerstörungen, sondern vielmehr Kassationen der vermeintlich uninteressanten Aktenstücke.³¹ In den Vorortarchiven, die nun im Stadtarchiv liegen, wird man im bescheidenen Umfang zu den Themen Festung und Sittenpolizei ebenfalls fündig. Ergänzend konnten noch einige wenige Akten aus dem Dom- und Diözesanarchiv hinzugezogen werden, die sittenpolizeiliche Angelegenheiten betreffen. Zwar sind dort auch noch einige Akten zur Garnisonsseelsorge erhalten, allerdings musste der größte Teil der katholischen Militärseelsorge für die preußischen Truppen deren Archiven übergeben werden.³²

30 Vgl. Bestandsbeschreibung des Stadtarchivs Mainz auf seiner Website: <<http://www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/mkuz-5t9jet.de.html>> (zuletzt abgerufen am 12.12.2010). Vgl. auch Braun, Bestand 50, S. IX.

31 So stand der Bestand des großherzoglich-hessischen Gemeindearchivs im Stadtarchiv Mainz anscheinend sogar vor der Totalkassations, die allerdings verhindert konnte, wie der stellv. Archivdirektor Dr. Teske auf Nachfrage erläuterte.

32 Das geht aus einem Schreiben des Festungs-Gouvernements vom 17. Juni 1866 an Pfarrer Merz hervor, in dem er aufgefordert wird, alle Unterlagen die preuß. Garnison betreffend zu übergeben. In: DDAMZ, Bestand 47,27 – Pfarrarchiv St. Stephan, K 54. Der noch vorhandene Karton 50 (Seelsorge in der Bundesfestung Mainz 1850–66) desselben Bestandes ist leer.

1.5 Methode

Um die Beziehungen zwischen den preußischen bzw. österreichischen Soldaten und Mainzerinnen betrachten zu können, wurde in den Geburts- und Heiratsregistern der Stadt Mainz nach Soldaten als Vätern bzw. Ehemännern gesucht. Die entsprechenden Einträge wurden in eine Datenbank übernommen, so dass die einzelnen Einträge im Geburts- und Heiratsregister wieder zu einer Familie zusammengesetzt werden können.³³ Dieses Vorgehen lehnt sich an die Familienrekonstitutionsmethode der Historischen Demographie an, die es sich Ziel gesetzt hat, aus Kirchenbucheinträgen innerhalb eines gewählten Zeitraums die Familien innerhalb eines begrenzten geographischen Gebietes zu rekonstruieren.³⁴ Außerdem wird stellenweise noch auf eine weitere Methode der Historischen Demographie zurückgegriffen: die nicht-nominativ-aggregative Methode.³⁵ Im Gegensatz zur erstgenannten Methode werden hier die Geburten, Heiraten und Sterbefälle nur nicht-namentlich gezählt. Mit diesen Daten ist dann zwar keine genauere Untersuchung der Familien möglich, man kann aber mit überschaubarem Aufwand die Bevölkerungsentwicklung nachzeichnen.

Der für die vorliegende Arbeit ausgesuchte geographische Untersuchungsraum, also die Stadt Mainz, bedarf noch einer kurzen Erläuterung. Man hätte neben dem Register der Stadt Mainz auch die Register der umliegenden Orte mit auswerten können. Denn nicht selten fuhren Soldaten in ihrer freien Zeit in die umliegenden Ortschaften, um dort Dienstmädchen zu treffen und nicht immer arbeiteten diese tatsächlich in Mainz.³⁶ Auf eine Auswertung der Zivilstandsregister der sechs Orte Kastel, Mombach, Gonsenheim, Bretzenheim, Hechtsheim und Weisenau wurde allerdings verzichtet, da anzunehmen ist, dass dies aufgrund der geringen Fallzahlen nicht zu weiterführenden Erkenntnissen geführt hätte.

Der zeitliche Untersuchungsraum erstreckt sich von 1816 bis 1866, d.h. vom Staatsvertrag zwischen dem Großherzogtum Hessen, Preußen und Österreich, der den Status von Mainz als Bundesfestung festschreibt, bis zur Auflösung des Deutschen Bundes 1866. Erhoben wurden Daten aber nur in den ersten 10 Jahren und den letzten 10 Jahren dieses Zeitraums. Der Grund dafür liegt im Zeitaufwand dieser Methode. Für die aus Heirats- und Geburtsregister aufgenommenen 1.700 Einträge waren rund zwei Monate Archivarbeit notwendig. Der Zeitaufwand dieser Methode ist wohl auch der Grund, weshalb die Historische Demographie heute nur noch selten angewandt wird.

Über die zeitliche und räumliche Eingrenzung der Familienrekonstitutionsmethode hinaus wurde für diese Arbeit eine weitere Eingrenzung vorgenommen: Es wurden nur die Familien (im weiteren Sinne) erhoben, bei denen der Vater bzw. Ehemann ein Soldat war.

33 Zur Datenbank siehe weiter unten Kapitel 1.5.

34 Imhof, Einführung in die Historische Demographie, S. 101f.

35 Imhof, Einführung in die Historische Demographie, S. 97ff.

36 Siehe S. 67.

Eine Erfassung aller Einträge – wie bei der Historischen Demografie üblich – hätte den Vorteil gehabt, zwischen Soldatenfamilien und zivilen Familien in Mainz vergleichen zu können. Allerdings hätten dafür statt den erfassten 1.700 rund 30.000 Einträge in die Datenbank eingegeben werden müssen. Diese Quellenarbeit hätte den Umfang einer Masterarbeit bei weitem gesprengt.

1.6 Datenbank

Vor Beginn der Archivarbeiten wurde zuerst die Datenbank konzipiert, mit deren Hilfe die Einträge des Zivilstandsregisters aufgenommen und ausgewertet werden sollten. Basis des Konzeptes ist ein übliches relationales Datenbankmodell, bei dem die Daten in verschiedene Spalten einer Tabelle abgelegt werden. Alle zusammengehörigen, aber unterschiedlichen Daten einer Zeile bilden einen Datensatz – das ist der Kern des relationalen Modells.³⁷

Als Datenbankmanagementsoftware, mit der die eigentliche Datenbank vom Nutzer verwaltet wird, wurde Microsoft Access 2010 verwendet, dass weitgehend die Datenbanksprache SQL unterstützt. Gründe für die Benutzung waren die Stabilität des Programms für die zu erwartende Datenmenge, die rein lokale Nutzung auf einem einzelnen Rechner und die gute Bedienbarkeit der Software. Im Hinblick auf letzteres war vor allem ausschlaggebend, dass mit Hilfe von Microsoft Access 2010 auch komplexe Formulare zur Eingabe der Daten erstellt werden können.³⁸ Entsprechende Eingabeformulare – die eine Eingabe mit SQL-Befehlen unnötig machen – waren vor dem Hintergrund der zu erwartenden großen Menge an Datensätzen notwendig, um eine zügige Dateneingabe und somit effektive Erfassung des Quellenbestandes zu gewährleisten.

Das Vorhandensein einer Datenbankmanagementsoftware nimmt dem Benutzer nicht die Arbeit ab, ein Datenmodell auszuarbeiten. Das Datenmodell beschreibt dabei auf „strukturierte und formale Art die für ein Informationssystem notwendigen Daten und Datenbeziehungen“.³⁹ Ausgangspunkt für das Datenmodell der dieser Arbeit zugrunde liegenden Datenbank waren die Registereinträge und deren einzelne Informationsbestandteile. Die Wahl der bereits genannten Familienrekonstitutionsmethode bedeutete, dass die Registereinträge nicht einfach eins zu eins erfasst und in jeweils einer Tabelle (Geburten bzw. Heiraten) abgespeichert werden konnten. Vielmehr war es notwendig, die einzelnen Personen, die in einem Registereintrag auftauchen – z.B. beim Geburtsregister Vater, Mutter und Kind – in gesonderten Tabellen abzulegen und die Datensätze untereinander in Beziehung zu setzen, um die Soldatenfamilien wieder im Rahmen der

37 Meier, Relationale Datenbanken, S. 4.

38 Das ist z.B. bei der frei und kostenlos verfügbaren Open-Source-Datenbanksoftware „OpenOffice.org – Base“ noch nicht der Fall.

39 Meier, Relationale Datenbanken, S. 13.

Möglichkeiten zu rekonstruieren. Den Kern des Datenmodells bilden die Tabellen Soldaten, Frauen und Kinder, deren Datensätze jeweils mehrere Spalten umfassen. So besteht z.B. ein Datensatz in der Tabelle „Soldaten“ u.a. aus den Spalten Name, Vorname, Geburtsort und Geburtsdatum.

Im Zuge der Datenmodellierung wurde auch eine Normalisierung vorgenommen, d.h. innerhalb einer Tabelle wiederkehrende Informationen wurden in eigene Tabellen ausgelagert und lediglich miteinander verknüpft.⁴⁰ So z.B. beim Geburtsort des Soldaten, denn es gibt es mehrere Soldaten, die in Wien geboren wurden. Ebenso wurde beim Beruf der Mütter bzw. Bräute verfahren. Auch hier wurde eine entsprechende eigene Tabelle „Berufe“ angelegt. Insbesondere letzteres macht die Vorteile deutlich: die Spalte „Beruf“ in der Tabelle „Frauen“ verweist auf die nur einmal in der Tabelle „Berufe“ abgelegte Tätigkeit, z.B. „Dienstmagd“. Dadurch können nicht nur direkte Abfragen nach dem Beruf durchgeführt werden, sondern es ist darüber hinaus möglich, dem Beruf weitere Informationen zuzuordnen, wie z.B. eine Kategorisierung nach Berufsgruppen oder sozialen Schichten und dies wiederum abzufragen.⁴¹ Bei diesen Beziehungen zwischen Tabellen kann es sich um eine 1:1 oder 1:n Beziehung handeln. Meistens ist letzteres der Fall. So entsprechen beispielsweise genau einem Datensatz „Dienstmagd“ in der Tabelle „Berufe“ 299 Datensätze in der Tabelle „Frauen“. Ein Problem stellen allerdings sog. n:m-Beziehungen dar; hier werden mehreren Datensätzen in der einen Tabelle mehrere Datensätze in einer anderen zugeordnet. So kommt ein militärischer Rang (z.B. Feldwebel) in einer Garnison im Regelfall mehrmals vor, da ihn mehrere Soldaten bekleiden. Allerdings können die Soldaten im Laufe der Zeit auch mehrere Ränge innehaben. Es liegt also eine n:m-Beziehung vor, die in einer relationalen Datenbank aber nicht direkt abgebildet werden kann. Für diesen Fall ist eine Hilfstabelle notwendig, die zwischen den eigentlich zu verknüpfenden Tabellen eingefügt wird. Hier müssen dann in einer dritten Tabelle der jeweilige Rang einem Soldaten zugeordnet werden (zusätzlich versehen mit einer Jahresangabe).

Während der Großteil der Daten in normalen Textfeldern abgelegt wurde, wurden einige Informationen in besonderen Feldern abgelegt. So ist das Feld „Geburtsdatum“ vom Typ „DATE“, was besondere Abfrage ermöglicht. Im Gegensatz zu anderen Feldern lässt sich damit ein Alter – etwa das der Braut bei ihrer Heirat, dessen Datum ebenfalls in diesem Feldtyp abgelegt wurde – mit einer Abfrage berechnen.

Trotz der oben angesprochenen Normalisierung mussten einige wenige in den Registern enthaltende Daten u.U. zweimal abgelegt werden, weil einige Informationen aufgrund der zwei verschiedenen Quellenarten (Heirats- und Geburtsregister) in zwei verschiedenen Formen vorlagen. So wird im Heiratsregister das genaue Geburtsdatum der Braut oder

40 Meier, Relationale Datenbanken, S. 34ff.

41 Siehe unten Kapitel 3.1.4.

des Bräutigams genannt. Im Geburtsregister dagegen ist jeweils lediglich das Alter, bezogen auf den Moment des Eintrags, angegeben. So entstanden in den Tabelle „Frauen“ und „Soldaten“ jeweils zwei Felder, die diese Verschiedenartigkeit der Informationen abbilden.

Nach und nach wurden so *alle* im Heirats- und Geburtsregister zu erwartenden Daten in das Datenmodell eingefügt – einschließlich der Informationen, die nicht direkt die zu rekonstruierende Familie betrafen, wie z.B. die bei der Geburt anwesenden Zeugen. Das erschien notwendig, um alle in den Registereinträgen enthaltenen Informationen bei der Auswertung zur Verfügung zu haben. Im Nachhinein hat sich das auch deshalb als sinnvoll herausgestellt, weil z.B. durch die Aufnahme der Eltern der Brautleute oder der Zeugen der soziale Hintergrund der Paare beleuchtet werden konnte. Das letztendlich entstandene Datenmodell in seiner Gänze zeigt die Grafik im Anhang 2.

Bei der anschließenden Datenerhebung – also der eigentlichen Archivarbeit – wurden somit sämtliche Informationen des jeweiligen Geburts- oder Heiratsregistereintrags in die Datenbank übernommen. Dennoch findet man Lücken in den Datensätzen. Das hängt damit zusammen, dass – obwohl es sich um amtliche Quellen handelt – der Zivilstandsbeamte nicht immer die gleichen Informationen eingetragen hat. So sind die Informationen aus den Geburtsregistern – im Gegensatz zu den Heiratsregistern – nicht homogen: Die über die Mutter vermerkten Angaben unterscheiden sich, je nachdem, ob es sich um eine eheliche oder uneheliche Geburt handelt. Bei ehelichen Geburten sind die Angaben zur Frau spärlicher, so dass z.B. deren Geburtsort fehlt. Um den Geburtsort herauszufinden, mussten andere Quellen, etwa ein entsprechender Eintrag im Heiratsregister, herangezogen werden. Da dies längst nicht für alle derartigen Fälle möglich war, weist der Datenbestand in diesen Bereichen Lücken auf. Darüber hinaus enthalten die Heiratsregister prinzipiell mehr und genauere Daten über den Soldaten bzw. die Frau (z.B. deren Eltern, deren Beruf und Wohnort) als die Geburtsregister. Dadurch unterscheiden sich die Daten der in Mainz verheirateten Soldatenehepaare von den Soldatenpaaren, die nur über die Geburt ihrer Kinder gefunden wurden, im Informationsgehalt. Einzelne Abfragen, wie z.B. die soziale Herkunft der Frau, waren im vollem Umfang nur bei den in den Heiratsregistern auftauchenden Soldatenfrauen möglich: Da die Frau oftmals keiner beruflichen Tätigkeit nachging, war häufig nichts oder „ohne Gewerbe“ vermerkt. Ihre soziale Herkunft war in diesem Fall nur über den Beruf des Vaters zu ermitteln.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Der Deutsche Bund und sein Militär

Nach den Umwälzungen der vorangegangenen 20 Jahre sollte auf dem Wiener Kongress 1814/15 Europa im Sinne einer restaurativen Ordnung und europäischen Gleichgewichtspolitik neu geordnet werden. Nach längeren Verhandlungen – insbesondere zwischen den großen Mächten – entstand in der Mitte Europas anstelle des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches mit der am 8. Juni 1815 verabschiedeten „Bundesakte“ der „Deutsche Bund“. Es handelte sich um einen „Staatenbund mit bundesstaatlichem Beiwerk, gegenseitiger Beistands- und Besitzgarantie sowie Rechtsgleichheit“.⁴² Die von manchem erhoffte bundesstaatliche Lösung, die einem Nationalstaat nähergekommen wäre, wurde nicht geschaffen. Trotzdem war der Deutsche Bund keine einfache Wiederherstellung der alten Ordnung vor 1789. Dazu waren die territorialen und staatsrechtlichen Änderungen der letzten Jahrzehnte doch zu tiefgreifend gewesen. Außerdem war der Deutsche Bund eine wichtige Komponente des neuen europäischen Staatensystems, das ohne Vormachtstellung eines bestimmten Staates auskommen sollte: „Mitteleuropa sollte sich gegen alle Hegemonialbestrebungen Russlands und Frankreichs behaupten können, ohne selbst zur Hegemonialmacht werden zu können.“⁴³ Im Kaiserreich wurde der Deutsche Bund in der Rückschau oft negativ beurteilt. Man nahm ihn als retardierendes Element auf dem Weg zum Nationalstaat wahr. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass der Deutsche Bund seine Aufgabe rund 50 Jahre gut erfüllte und für Frieden sorgte, was auch die neuere Forschung bestätigt. Seit den 1980er Jahren wird er von Historikern daher auch differenzierter und insgesamt positiver beurteilt.⁴⁴

Der Deutsche Bund umfasste neben den beiden Vormächten Preußen und Österreich sieben Mittelstaaten und 30 Kleinstaaten und freie Städte. Einige Gebiete von Preußen und Österreich lagen allerdings außerhalb des Deutschen Bundes. So gehörten Posen, Westpreußen und Ostpreußen einerseits, sowie Ungarn, Galizien, Lombardo-Venetien, Dalmatien, Siebenbürgen und die Militärgrenze auf dem Balkan andererseits nicht zum Bundesgebiet.⁴⁵ Das zentrale Entscheidungsgremium des Deutschen Bundes war die Bundesversammlung (auch Bundestag genannt), der meistens in Form des „Engeren Rates“ tagte.

Wie oben schon angedeutet, war der Sinn und Zweck des Bundes vornehmlich die „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten“, wie Art. 2 der Bundesakte Auskunft

42 Angelow, Der Deutsche Bund, S. 6.

43 Busch, Gegen Demokraten, S. 226.

44 Angelow, Der Deutsche Bund, S. 157–160.

45 Angelow, Der Deutsche Bund, S. 7.

gibt.⁴⁶ Außenpolitik wurde durch den Bund nicht betrieben, nahm er doch im Rahmen des europäischen Sicherheitssystems lediglich eine „defensive [...] und mögliche Konflikte dämpfende Aufgabe wahr“.⁴⁷ Somit sollte er auch vorwiegend die deutschen Staaten vor einem erneuten Übergriff im Westen von Seiten Frankreichs schützen, ohne gleichzeitig andere Mächte zu provozieren und das Gleichgewicht zu gefährden. In diesem Sinne war die 1817-22 ausgehandelte Bundeskriegsverfassung lediglich eine „Minimalversorgung für denkbare Kriegsfälle“ und rein defensiv ausgerichtet.⁴⁸ Neben dem Bundesheer waren bereits im Pariser Protokoll vom 3. November 1815 drei Festungen vorgesehen, die dem Deutschen Bund unterstehen und von ihm unterhalten werden sollten: Mainz, Luxembourg und Landau. Später sollten noch Rastatt (1841) und Ulm (1842) hinzukommen.

Die Bundesfestungen befanden sich allesamt im Westen, denn das vordringlichste Ziel des Deutschen Bundes war es ja, französische Eroberungszüge wie in den letzten Jahrzehnten zu verhindern – aus dem Osten sah man damals keine Gefahr. Die Idee zu gemeinschaftlich unterhaltenen Festungen kam daher bereits 1814 auf. Im Kern ging es um jene Festungen, die „nur durch Zusammentritt der Gesamtheit in gehörigem Stande erhalten werden können“⁴⁹ – die also in kleinen bis mittelgroßen Staaten lagen, die sich die notwendige Garnison und Unterhaltung nicht wirklich leisten konnten.⁵⁰ Mainz reihte sich im „strategischen Festungsglacié“ des Deutschen Bundes in dessen Rückgrat ein. Dieses wurde von den Festungen in Wesel, Köln, Koblenz und Landau gebildet. Rastatt und Ulm komplettierten es später nach Süden hin. Fast direkt an der Grenze zu Frankreich lagen die beiden Festungen Saarlouis und Luxemburg, wobei erstere eine preußische, letztere eine Bundesfestung war. Innerhalb all dieser Festungen nahm Mainz eine zentrale Stellung ein, da es im Fall einer Einnahme von Luxemburg und Saarlouis den Hauptverteidigungskampf zu führen gehabt hätte.⁵¹

Genauso wie das Bundesheer in Friedenszeiten unterstanden die Bundesfestungen der Aufsicht der Bundesversammlung, die 1819 einen „Ausschuß für Militärangelegenheiten“ und eine „Militär-Commission“ einrichtete. Der Ausschuss bestand aus Diplomaten, während die Militär-Commission sich aus Offizieren zusammensetzte.⁵² Letztere war auch die vorgesetzte Behörde des jeweiligen Festungsgouvernements.⁵³ Die Besatzungen der Bundesfestungen setzten sich aus Truppen verschiedener Mitgliedsstaaten zusammen: während in Mainz Preußen und Österreicher stationiert waren, setzte sich die Besatzung

46 Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815, Art. 2, in: <http://www.documentarchiv.de/nzjh/dtba.html>.

47 Angelow, Der Deutsche Bund, S. 12.

48 Angelow, Der Deutsche Bund, S. 15.

49 Protokoll der Bundesversammlung vom 17.02.1817 Nr. 12, S. 78. Zitiert nach: Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 29.

50 Im Fall von Mainz hatte man ja sowohl 1689 als auch 1793 gesehen, dass der Kurstaat zwar den Bau zu finanzieren mochte, nicht aber die notwendige und ausreichende Garnisonierung.

51 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 35.

52 Wienhöfer, Militärwesen des Deutschen Bundes, S. 55.

53 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 28.

der Festung Luxemburg aus preußischen und niederländischen Einheiten zusammen. Die Besatzung der Festung Landau wurde nur von Bayern gestellt – zumindest in Friedenszeiten. In Ulm waren württembergische, bayerische und österreichische Truppen stationiert, in Rastatt badische, preußische und österreichische.

2.2 Die Bundesfestung Mainz

Zwar war schon 1814 beabsichtigt worden, Mainz zu einer Festung des Deutschen Bundes zu machen, allerdings sollte es noch über zehn Jahre dauern, bis es offiziell soweit war. Während dieser Zeit wurde die Stadt und Festung Mainz (samt Kastel) von einer preußisch-österreichischen „Administrativkommission“ provisorisch verwaltet. Erst im Zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815 wurde eine Lösung gefunden: Hessen-Darmstadt trat das Herzogtum Westfalen an Preußen ab und erhielt dafür die Stadt Mainz mit den rechtsrheinischen Vororten Kastel und Kostheim sowie dem umliegenden Gebiet, das seitdem die Provinz Rheinhessen des Großherzogtums bildete. Die Festungsanlagen in Mainz sollten dagegen dem Deutschen Bund unterstellt werden. Fixiert wurde das Ergebnis nochmals in einem Staatsvertrag, der am 30. Juni 1816 zwischen Preußen, Österreich und Hessen-Darmstadt geschlossen wurde.⁵⁴ Dieser bildete die rechtliche Grundlage für die Anwesenheit der preußischen und österreichischen Truppen in den Jahren bis 1825. Denn die Bundesversammlung beschloss erst nach zweijährigen Beratungen 1820, die Bundesfestung Mainz zu übernehmen. Weitere vier Jahre gingen ins Land, bis eine „Lokalkommission“ im Auftrag der Militär-Kommission den Zustand der Festung ermittelt und die Übergabemodalitäten geklärt hatte. Dazu gehörte insbesondere die Frage, welche Gebäude dem Militär und welche der (zivilen) Stadt zuzurechnen waren. Der Abschlussbericht an die Bundesversammlung hielt 1824 die Bedeutung der Festung Mainz fest: „Mainz ist sowohl seiner strategischen Lage nach, als in Rücksicht seiner bedeutenden Ausdehnung, seiner großen Vertheidigungsfähigkeit und seiner Räume zu Unterkünften der wichtigste Hauptwaffenplatz an der westlichen Grenze des Deutsche Bundes [...]“⁵⁵ Nach Klärung der Kosten, Größe und Zusammenstellung der Garnison sowie der Organisation der Bundesfestung Mainz wurde am 18. Juli 1825 der entsprechende Beschluss in der Bundesversammlung gefasst, die offizielle Übernahme der Festung durch den Deutschen Bund erfolgte dann am 15. Dezember 1825.⁵⁶ Damit gingen die Festungswerke, verschiedene Militärbauwerke und auch zahlreiche ursprünglich zivile Gebäude in Bundeseigentum über. So beherbergte – um nur einige Beispiele zu nennen – der Osteiner Hof nun das Gouvernement und der Stadioner Hof sollte nach einigem Hin und Her dem Kommandanten als Unterkunft dienen. Das Altmünsterkloster diente (schon seit 1808)

54 Martin, Mainzer Frage, o.S.

55 Protokoll der Bundesversammlung 1824, S. 355. Zitiert nach, Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 32.

56 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 31–33.

als Garnisonslazarett, das Reichklarenkloster als Militärbäckerei. Ebenso war die Johanskirche nun kein Gotteshaus mehr, sondern ein einfaches Militärmagazin.⁵⁷

Zusätzlich zu den bestehenden Festungswerken und Militärgebäuden wurden zwischen 1825 und 1866 zahlreiche Neubauten errichtet, um die Festung Mainz wehrtechnisch auf der Höhe der Zeit zu halten. Schließlich sollte Mainz für einen französischen Angriff gewappnet sein. Im Zuge dieses Festungsausbaus wurde zuerst der Hartenberg im Nordwesten befestigt sowie im Süden der Stadt das Fort Weisenau angelegt. Auf dem rechten Rheinufer erweiterte man die Festungswerke. Später kamen die Forts Hechtsheim, Zahlbach und Marienborn hinzu, die ehemalige „Klubistenschanze“ baute man in das heute noch vorhandene Fort Stahlberg um. Mit der „Rheinkehlbefestigung“ wurde nun auch die Flussseite der Stadt besser gesichert. Nach der Entwicklung von gezogenen Geschützen um 1860 mussten die erst wenige Jahre zuvor errichteten Festungswerke aufwändig nachgebessert werden, außerdem entstanden noch das Fort Bingen und das Fort Gonsenheim. Neben den Festungswerken wurden Kasernen und Magazine errichtet: z.B. die Reduitkaserne in Kastel (1830–34), die Citadellkaserne (1861–63) und das Proviantmagazin (1862–67).⁵⁸ Die meisten neuen Kasernen wurden dabei aber in den 1860er Jahren errichtet.⁵⁹

Das Festungsgouvernement der Bundesfestung bestand aus einem Gouverneur und seinem Stellvertreter, dem Vizegouverneur, auf der einen Seite und dem Festungskommandanten samt Stellvertreter auf der anderen Seite. Die Posten wurden im fünfjährigen Rhythmus abwechselnd von Preußen und Österreich besetzt. Beide waren aber entweder durch den (Vize-)Gouverneur oder den Kommandanten vertreten. Da der Gouverneur oftmals eine hochgestellte Person des Königshauses war, darf angenommen werden, dass der Vizegouverneur ihn in der Regel vertreten musste.⁶⁰ Dennoch zeigt dies die hohe Bedeutung, die die Bundesfestung Mainz für Preußen und Österreich hatte. Dem Festungsgouvernement waren die preußische Geniedirektion und die österreichische Artilleriedirektion unterstellt. Im Gegensatz zum Festungsgouvernement wechselten diese Einrichtungen allerdings nicht die „Staatszugehörigkeit“.⁶¹

Das Festungsgouvernement hatte im Frieden weitgehende Befugnisse, die auch die Mainzer Zivilbevölkerung betrafen. So übte es unter anderem die Aufsicht über die städtische Polizei aus. Neben der Sorge um die „Sicherheit der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ war darunter die „Erhaltung eines guten Gesundheitszustandes“ zu verstehen. Insbesondere waren alle „epidemischen oder contagiösen“ Krankheiten in der Stadt und in der

57 Börckel, Mainz als Festung, S. 171–173.

58 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 256ff.

59 Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 146.

60 Reglement für die Bundesfestung Mainz, § 42. Börckel, Mainz als Festung, S. 188–189 listet die preußischen und österreichischen Gouverneure, Vizegouverneure und Kommandanten 1815–1866 auf.

61 Reglement für die Bundesfestung Mainz, § 1–5.

Umgegend meldepflichtig.⁶² Die Polizei musste alle „unbekannten oder verdächtigen Personen“ kontrollieren und an das Gouvernement melden. Maßnahmen gegen „Vagabunden“ sollten von Ortspolizei und Festungsbehörden koordiniert erfolgen.⁶³ Auch in die Feuerpolizei und die Bauaufsicht konnte das Militär eingreifen. Insbesondere durften vor den Wällen – im sog. Rayon – ohne Zustimmung der Festungsbehörden keine Gebäude errichtet werden. Das Festungsgouvernement der Festung Mainz war angehalten, „ein gutes Benehmen sowohl unter sämtlichen Truppentheilen der Besatzung, als zwischen diesen und den Civilbehörden und Einwohnern, zu erhalten“.⁶⁴ Im Belagerungsfall hatte das Festungsgouvernement natürlich umfassende Gewalt über die Stadt und Festung Mainz.

Die Besatzung der Bundesfestung Mainz sollte mindestens 6.000 Mann stark sein. Sie wurde je zur Hälfte von Preußen und Österreich gestellt. In Kriegszeiten sollten mindestens 12.000, jedoch maximal 21.000 Soldaten in Mainz stationiert sein. Die Kriegsbesatzung wäre größtenteils von den beiden deutschen Vormächten gestellt worden, allerdings hätten acht weitere Staaten Truppen zu stellen gehabt.⁶⁵ Im Regelfall wurde die Besatzung der Bundesfestung also fast ausschließlich von preußischen und österreichischen Soldaten gebildet. Tatsächlich wurde die vorgesehene Friedensstärke vor allem anfangs nicht erreicht, da insbesondere der preußische Garnisonsteil zu gering ausfiel. 1821 bestand die Garnison aus 3117 k. k. österreichischen und 1395 preußischen Soldaten. Fünf Jahre später waren 3006 Mann der k. k. Armee und 2213 Mann der preußischen Armee in Mainz stationiert. Für die späteren Jahre fehlen größtenteils Angaben zu den tatsächlich hier anwesenden preußischen und österreichischen Truppen. Zu vermerken ist nur, dass 1836 die Bundesversammlung die Sollstärke der Friedensbesatzung in der Festung Mainz auf 8000 Mann anhebte.⁶⁶ Eine Schätzung der tatsächlichen Besatzungsstärke wird zum einen dadurch unmöglich gemacht, dass nicht klar ist, ob ein ganzes Regiment oder nur einzelne Gliederungen hier stationiert waren, zudem differiert die Sollstärke der Truppenkörper stets von der tatsächlichen Mannschaftsstärke.⁶⁷ Sicher ist nur, dass anfangs deutlich weniger Preußen in der Bundesfestung stationiert waren als vorgesehen.

Die beiden Garnisonsteile sollten gut miteinander auskommen, allerdings kam es wohl des Öfteren zu Schlägereien – insbesondere nach einem langen Abend im Wirtshaus. Aufgrund dessen wurde die Stadt und Festung in zwei Hälften geteilt: „So durften in den Wirtschaften rechts von der Ludwigsstraße nur Österreicher und links davon nur Preußen einkehren“. Ebenfalls so aufgeteilt waren die Festungswerke: Die vom Gautor nördlich

62 Reglement für die Bundesfestung Mainz, § 78.

63 Reglement für die Bundesfestung Mainz, § 55 u. 59.

64 Reglement für die Bundesfestung Mainz, § 21.

65 Reglement für die Bundesfestung Mainz, § 8.

66 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 260–261.

67 Kissel, Garnisonsbewegungen, versuchte 1906 eine Übersicht über die in Mainz stationierten Regimenter und Truppenkörper zu erstellen. Allerdings ist zweifelhaft, dass diese Aufstellung immer korrekt ist.

gelegenen standen unter österreichischer, die südlichen dagegen unter preußischer Obhut. So lag die preußische Hauptwache am Liebfrauenplatz, während die österreichische am Flachsmarkt eingerichtet worden war.⁶⁸

Trotz der anfänglichen Unterbesetzung der Festung Mainz reichten die vorhandenen Kasernen nicht aus, um allen Soldaten Unterkunft zu bieten. Das war nicht verwunderlich, waren die Kasernen doch meistens ehemalige Adelspalais, Klöster und Kirchen, die in der französischen Zeit säkularisiert worden waren.⁶⁹ So waren die Gebäude zum einen gar nicht für militärische Zwecke ausgelegt, zum anderen befanden sie sich oft in schlechten Zustand. Die jährlichen Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten für die Kasernen waren recht hoch.⁷⁰ Infolgedessen wurden zahlreiche Soldaten bei den Bürgern einquartiert. Die Pflicht zur Aufnahme von Soldaten war den Bürgern schon durch den Staatsvertrag von 1816 auferlegt worden, im Reglement von 1832 wurde sie ebenfalls eingefügt, aber als Ausnahme deklariert. Nur bei „besonderer Veranlassung“ sollte das Militär „Naturalquartier“ bei den Bürgern einfordern dürfen.⁷¹ Diese Bestimmung war natürlich sehr ungenau formuliert und ließ einen weiten Interpretationsspielraum, den das Militär nutzen konnte. Dafür spricht das Reglement vorsorglich schon die Pflichten der Quartiersteller an.⁷² Genauer waren diese in einer Einquartierungsverordnung aus dem Jahr 1819 spezifiziert, die auch noch 1857 in Kraft war.⁷³ So hatten die betroffenen Bürger nicht nur eine Unterkunft zu stellen, sondern mussten auch noch die Mahlzeit des Soldaten mitzubereiten, sofern es sich nicht um Offiziere handelte.⁷⁴ Immer wieder kam es anscheinend zu Konflikten zwischen Soldaten und Militär um die Qualität der Unterbringung und die Erstattung von Aufwendungen.⁷⁵ Prinzipiell wurden die Bürger für die Quartierstellung allerdings auch entschädigt, was für manchen einen willkommenen Zuverdienst darstellte.⁷⁶

68 Börckel, Mainz als Festung, S. 197–198. Wie oft Zusammenstöße zwischen den Garnisonsteilen vorkamen – Börckel nennt sie „Ruhestörungen“ aus „jugendlichem Übermut“ – ist bisher nicht feststellbar. Ebenso wenig, inwieweit sich die Einwohner daran störten.

69 Dumont, Mayence, S. 364.

70 Sie betrugen bis 1820 rund 20.000 fl. Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 256.

71 Reglement der Bundesfestung Mainz, § 84.

72 Reglement der Bundesfestung Mainz, § 85.

73 Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 146.

74 Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 148.

75 Art und Umfang dieser Konflikte wurde für Mainz bisher noch nicht genauer erforscht. Eine differenzierte Betrachtung scheint von Nöten, weist doch Imhoff, Liebe, Leben und Leiden, S. 43, darauf hin, dass es in Landau kaum Konflikte wegen den Einquartierungen gegeben habe, wenn auch die Kindersterblichkeit dadurch erhöht worden sei. Zu letzterem vgl. auch Imhoff, Landau, S. 98; dort auch (ab S. 82) eine detaillierte Darstellung des Einquartierungswesens zur französischen Zeit.

76 Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 150. Schaab, Bundes-Festung Mainz, S. 549, äußert sich diesbezüglich sogar fast überschwänglich: „Selbst die anfangs so gefürchtete Einquartierung der Soldaten bei den Bürgern, ist jetzt denselben, besonders jenen der mittleren Klasse, die sie für sich und für die Reichen halten, wegen der richtigen Bezahlung äußerst wohlthätig“.

In welchem Umfang die Bürger Einquartierungen zu tragen hatten, ist bisher nur wenig erforscht.⁷⁷ Gerade in der Anfangszeit sind die Lasten allerdings wahrscheinlich recht hoch gewesen, wie einige beispielhafte Konflikte verdeutlichen; die Einquartierungen dauerten aber mindestens bis in die 1850er Jahre an.⁷⁸ Eine dauerhafte Kasernierung dürfte erst ab den 1860er Jahren nach den Kasernenneubauten und dem Abzug der österreichischen Garnison der Fall gewesen sein.

2.3 Relevante Aspekte zum preußischen Militär

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts stand die preußische Armee vor einem großen Umbruch. Ihre Niederlage in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt im Oktober 1806 hatte den Reformbedarf des preußischen Militärs drastisch offen gelegt. Allerdings war die Schlacht nur der Auslöser, die Überlegungen, wie man das Heer modernisieren könnte, stammten bereits aus dem 18. Jahrhundert. Eine im Juli 1807 durch den König einberufene Kommission erarbeitete unter Vorsitz des Generals Gerhard von Scharnhorst ein umfangreiches Reformpaket. Dazu gehörten die Einführung des „Krümpersystem“ und der allgemeinen Wehrpflicht, die Abschaffung von brutalen Körperstrafen, die Beseitigung des Adelsprivilegs bei der Besetzung von Offiziersstellen, die Gründung neuer Militärbildungsanstalten, die Übernahme von neuen taktischen Formen sowie die Einrichtung des Kriegsministeriums.⁷⁹ Die allgemeine Wehrpflicht wurde in ihrer endgültigen Fassung 1816 im Gesetz festgeschrieben. Danach sollte die sog. „Linie“, also die stehende Truppe, aus 20- bis 25-jährigen Männern gebildet werden. Während die ersten drei Jahrgänge der aktiven Armee angehörten, bildeten die letzten beiden die Reserve. Diejenigen Jahrgänge, die älter als 25 Jahre waren, wurden zum Dienst in der Landwehr verpflichtet, die allerdings nur in Ansätzen realisiert wurde.⁸⁰ Im Endeffekt betrug die Kerndienstzeit also 3 Jahre. Ein weiteres Hauptanliegen der Reformer war die Öffnung des Offizierskorps für Bürgerliche durch die Abschaffung des Adelsprivilegs und die Einführung des Leistungsprinzips. Nicht die Geburt, sondern militärisches Wissen, Bildung und Können sollten maßgeblich dafür sein, wer die Offizierslaufbahn einschlagen durfte. Damit sollte die Führungsebene der Armee modernisiert werden und auf den – mutmaßlich besseren – Bildungsstand der anderen Staaten gehoben werden. Oder, wie Gneisenau 1808 im Königsberger Volksfreund schrieb: „Die neue Zeit braucht mehr als Titel und Pergamente, sie braucht frische Tat und Kraft.“⁸¹ Das grundlegende Ziel der – nicht nur militärischen – preußischen Reformen schien vor allem mit der Einführung der Wehrpflicht und der

77 Pelizaeus skizziert in seinem Aufsatz die wichtigsten Grundzüge und Konflikte der Einquartierungen. Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 256ff. geht nur kurz darauf ein und schildert vor allem die unterschiedlichen Belegungskapazitäten der Kasernen aus militärischer Sicht. Eine detailliertere Untersuchung wäre wünschenswert, zumal, da im Stadtarchiv Mainz der Aktenbestand zu den jährlichen Einquartierungen noch gänzlich erhalten geblieben ist. Die zeitaufwendige Auswertung der Listen und Korrespondenzen der Einquartierungsakten musste im Rahmen dieser Arbeit allerdings unterbleiben.

78 Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 146ff.

79 Nitschke, Militärreformen, S. 206.

80 Busch, Gegen Demokraten, S. 232.

81 Zitiert nach, Nitschke, Militärreformen, S. 118.

Öffnung des Offizierskorps zumindest im militärischen Bereich erreicht worden zu sein: Der Untertanen wurde der Idee nach zum Staatsbürger gemacht.⁸² Auch die Kluft zwischen Bürgertum und Armee schien damit überwunden zu sein. Die Wirklichkeit sah allerdings anders aus, denn „die bisher freigestellten Bevölkerungsgruppen [Gutsbesitzer, Städter und Kaufmänner] lehnten es ab, die Wehrpflicht mitzutragen.“⁸³ Um dem Bürgertum die neue Wehrpflicht näher zu bringen, wurde bereits 1814 das Institut der „Freiwillig-Einjährigen“ eingeführt. Dadurch war es Bürgersöhnen mit einem bestimmten Schulabschluss möglich, nur ein Jahr dienen zu müssen. Im Gegenzug mussten sie die Kosten von Uniform und Bewaffnung tragen und sich freiwillig zum Dienst melden. Unter scheinbarer Wahrung des Prinzips der „staatsbürgerlichen Pflichtengleichheit“ wurden so wieder Ausnahmen von der allgemeinen Wehrpflicht geschaffen. Hinzu kam, dass gar nicht alle Wehrpflichtigen in die Armee aufgenommen werden *konnten*, sondern gleich in die Landwehr eingereiht wurden.⁸⁴ Auch die Öffnung des Offizierskorps für das Bürgertum wurde nur teilweise Wirklichkeit, da 1860 immer noch zwei Drittel der Offiziere aus dem Adel stammten.⁸⁵ Stephan Huck konstatiert daher: „Die Wehrpflicht hatte also nicht dazu geführt, dass das Militär verbürgerlicht wurde. Vielmehr entwickelte sich die preußische Gesellschaft dahin, dass militärische Ideen und adelige Verhaltensweisen in die bürgerliche Welt getragen und der preußische Staat insgesamt militarisiert wurde.“⁸⁶

Zu Beginn des Untersuchungsraumes 1816 standen rund 138.000 Mannschaften und Unteroffiziere im preußischen Heer unter Waffen.⁸⁷

2.4 Relevante Aspekte zum österreichischen Militär

Auch das Militär der Habsburgermonarchie befand sich am Anfang des 19. Jahrhunderts im Umbruch, denn der „allein durch Drill bis in die sorgfältig gepuderte Haarlocke hinein seiner Eigenpersönlichkeit entkleidete und im Rahmen der schwerfälligen Linientaktik wie eine Marionette agierende Soldat hatte sich dem aus dem Geist der Revolution geformten französischen Heeren [...] nicht mehr gewachsen gezeigt“.⁸⁸ Die bewaffneten Konflikte boten – wie auch in Preußen – genug Anlass für militärische Reformen. Vorangetrieben wurden diese Reformen vor allem von Erzherzog Carl, der 1801 zum kaiserlichen Feldmarschall und zum Präsidenten des Hofkriegsrates ernannt worden war. Neben einer Reorganisation der Entscheidungsabläufe und -gremien und Straffung der Verwaltung des Heeres war sein Ziel, Charakter und Bildung des Soldaten zu stärken: „Das Heer sollte nicht mehr als eine Strafanstalt für gescheiterte Existenzen und unverbesserliche

82 Huck, Zur allgemeinen Wehrpflicht, S. 142.

83 Busch, Gegen Demokraten, S. 232–234.

84 Jany, Preußische Armee, S. 117.

85 Jany, Preußische Armee, S. 119.

86 Huck, Gegen Demokraten, S. 148.

87 Jany, Preußische Armee, S. 148.

88 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 185.

Elemente angesehen werden, sondern als eine Vereinigung achtbarer, tapferer und rechtschaffener Männer, die nicht die Angst und der Drill, sondern die Ehre bei der Fahne hielt“.⁸⁹ Um die Zusammensetzung des Heeres in diesem Sinne zu ändern, wurde (vorwiegend in den österreichischen Erbländern) die bisher lebenslängliche Dienstzeit auf 10 bis 14 Jahre verkürzt – je nach Waffengattung. Als Missstand wurde auch die geringe militärische und allgemeine Bildung der fast ausschließlich adeligen Offiziere angesehen. Eine Ausnahme bildeten hier nur die Offiziere der Artillerie, die entsprechendes Fachwissen benötigten und meistens aus dem Bürgertum stammten. Zur Verbesserung der Ausbildung verfasste Erzherzog Carl selbst Lehrschriften und initiierte die Herausgabe der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“.⁹⁰ Trotz dieser anfänglichen Bemühungen sollte sich in der k. k. Armee nicht allzu viel ändern: Der Bildungsstand und die soziale Zusammensetzung des adeligen Offizierskorps blieb weitgehend gleich. Gepflegt wurde nur das seit Maria Theresia wirkmächtige Standesbewusstsein der k. k. Offiziere: „Das Offizierskorps hatte auch hier Träger des „Armeegeistes“ zu sein, der einen aristokratischen Charakter hatte. Angesichts eines im zunehmend technischen und wissenschaftlichen Zeitalter aufstrebenden Bürgertums, konnte dieses Ansinnen nur zur Groteske werden [...]“.⁹¹

Aufgrund von Sparmaßnahmen verbesserte sich das Gehalt der Offiziere nicht; bis 1858 gab es keine Marsch- und Übungszulagen.⁹² Wie in Friedenszeiten allgemein üblich, wurden auch die Beförderungen seltener. Dass ein österreichische Leutnant Schulden machte, war also kein Indiz für Leichtsinns, sondern schlicht mit der schlechten Bezahlung zu begründen. Ferdinand von Saar, der mehrere Jahre in der österreichischen Armee als Leutnant diente, konnte aus eigener Erfahrung berichten: „Kadettenjahre voller Müh‘ und Plagen, / Ein Leutnantsdasein mit geringstem Sold, / Der Beutel leer, und hungrig stets der Magen - / Nicht alles, was da eitel glänzt, ist Gold“.⁹³ Aber auch für die Mannschaften hatte sich die Situation nicht wirklich gebessert: „Langweiliger und pedantischer Gamaschendienst bei nach wie vor niedriger Besoldung und einer Dienstzeit, die man [...] wieder auf 14 Jahre anheb, um sie erst 1845 einheitlich auf acht Jahre abzusenken“.⁹⁴ Die strukturellen Veränderungen Erzherzogs Carl wurden nach den Befreiungskriegen zum Teil sogar zurückgenommen.⁹⁵

Als Vielvölkerstaat bestand die Habsburgermonarchie nicht nur aus Österreich, der Steiermark, Tirol und Illyrien; zu den Herrschaftsgebieten zählten nach dem Wiener Kongress 1815 auch Böhmen und Mähren im Norden, Ungarn, Galizien und Siebenbürgen

89 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 186.

90 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 195.

91 Busch, Gegen Demokraten, S. 250.

92 Abgesehen von einer geringfügigen Erhöhung nach 1848. Allmayer-Beck/Lessing, Die K.(u.)K.-Armee, S. 40.

93 Von Saar, Pinceliade, S. 3. Zur Biographie vgl. Saar, Ferdinand von In: Wurzbach, Biographisches Lexikon, Band 28, S. 4-6.

94 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 234.

95 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 229.

im Osten sowie Lombardo-Venetien im Süden. Im Südosten sicherte die Militärgrenze die kaiserlich-königlichen Territorien gegen das Osmanische Reich ab. In der Habsburgermonarchie wurde neben Deutsch u.a. Ungarisch, Tschechisch, Kroatisch, Slowakisch, Serbisch und Italienisch gesprochen – von den Dialekten ganz zu schweigen.⁹⁶ Infolgedessen bot das k. k. Heer eine bunte Mischung. Zwar war Deutsch in der gesamten Armee Kommandosprache, wurde aber längst nicht von allen Soldaten auch über das militärisch Notwendige hinaus beherrscht. Von zeitgenössischen Künstler wurde das Bild der k. k. Armee somit häufig als „mehr oder minder farbenprächtig, meist heiter-gemütlich, mitunter patriotisch-pathetisch [...]“ gezeichnet.⁹⁷

Mit der französischen Revolution, der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Aufstellung von Volksheeren wurde der Charakter der habsburgischen Erblande als Vielvölkerstaat zunehmend zum Problem. Die Militärs und Politiker schreckten vor einer zu starken Bezugnahme auf den nun aufkeimenden Nationalgedanken zurück. Letzterer barg eine erhebliche Gefahr für die Habsburgermonarchie, da er zu einem Zerfall des Reiches führen konnte. Die Anfang des 19. Jahrhunderts aufkommenden Ideen der Volksbewaffnung oder der allgemeinen Wehrpflicht wurden deshalb nicht umgesetzt. Das Konskriptionssystem mit Losentscheidung und Stellvertretung wurde beibehalten.⁹⁸ Für die Soldaten sollte nicht das Vaterland, sondern der Monarch weiterhin als zentraler Bezugspunkt dienen.⁹⁹ Dieses Konzept ging auf: In der Revolution von 1848/49 verdankte die Monarchie der Armee ihr Überleben, als diese im Oktober 1848 gegen die aufständischen Wiener Bürger vorging und in weiten Teilen des Reiches die vollziehende Gewalt übernahm.¹⁰⁰ Die Zeitschrift „Österreichischer Soldatenfreund“ brachte die Rolle der Armee im Dezember 1849 auf den Punkt: „Je unähnlicher allen bürgerlichen Klassen der Soldatenstand ist, um so mehr hat er vom Ritterwesen, dem er nachfolgte, das eine durch den gleichen Beruf von allen andere Ständen abgeschlossene Körperschaft bildete“.¹⁰¹

Konnte die Armee die Revolution 1848 noch meistern, so war dies beim Konflikt zwischen dem Königreich Piemont-Sardinien und Österreich um die italienischen Provinzen nicht mehr der Fall. Mit der verlorenen Schlacht bei Solferino verlor Österreich 1859 die Lombardei.¹⁰² Auch im deutschen Krieg von 1866 vermochte die Armee der modernen preußischen Kriegsführung kaum etwas entgegenzusetzen. Trotz der begonnenen Reformen konnte die k. k. Armee nicht mehr mit der politischen und militärischen Entwicklung Schritt halten: „In einem Zeitalter, das der Kriegführung die Eisenbahn, den Telegraph,

96 Dirrheimer, K. k. Armee im Biedermeier, S. 22.

97 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 233.

98 Busch, Gegen Demokraten, S. 236.

99 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 228.

100 Allmayer-Beck/Lessing, Die K.(u.)K.-Armee, S. 31, 37.

101 Zitiert nach Allmayer-Beck/Lessing, Die K.(u.)K.-Armee, S. 38.

102 Busch, Gegen Demokraten, S. 230.

den Hinterlader und damit die Schnellfeuerwaffe zur Verfügung stellte, hatten die Österreicher [...] den Krieg wie zu Zeiten Napoleons geführt.“¹⁰³

Nach 1816 zählte die k. k. Armee 58 Linieninfanterieregimenter, davon stammten lediglich sieben aus Österreich im engeren Sinne. Hinzu kamen u.a. 17 Grenzinfanterieregimenter, 20 Grenadierbataillone und 12 Feldjäger-Bataillone. Die k. k. Infanterie zählte über 196.000 Mann. Die Kavallerie bestand aus 37 Regimentern an Kürassieren, Dragonern, Cheveaux-Legers, Husaren und Ulanen mit insgesamt knapp 45.000 Mann. Die Artillerie umfasste ca. 18.000 Soldaten; dazu traten noch das Genie-Corps und die Mineure mit 2.800 Mann. Insgesamt bestand die k. k. Armee aus über 272.000 Soldaten.¹⁰⁴

2.5 Die Verhältnisse in der Stadt Mainz 1816–1866

Durch die Angliederung an Frankreich 1797 und die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches 1806 verlor Mainz seine ursprüngliche Rolle als Residenzstadt des Erzbischofs und des Adels, die es seit dem Ende der freien Stadt Mainz in der Stiftsfehde 1461 inne gehabt hatte. Die Franzosen schlossen auch die jahrhundertealte Universität, die erst wenige Jahre zuvor von Kurfürst Friedrich Karl Joseph von Erthal mit einem eigenen Fond ausgestattet worden war. Geblieben war nur die Festung. So war Mainz, als es 1816 in das Großherzogtum Hessen eingegliedert wurde, eine Stadt, die zum einen durch das Militär, zum anderen aber durch Handwerker und mittelständische Unternehmer geprägt wurde.¹⁰⁵ Hinzu kam eine nicht kleine Anzahl von Beamten, denn Mainz war auch Sitz des Kreisamtes und der Provinzialregierung.

1816 zählte die Stadt 25.251 Einwohner, 1825 waren es schon 28.409 – ohne die hier stationierten Truppen. In der Folge wuchs die Bevölkerungszahl bis 1859 auf 37.102 Einwohner an. Kurz vor dem Ende der Bundesfestungszeit, 1865, betrug die Einwohnerzahl 42.185.¹⁰⁶ Die Stadtfläche wuchs zwar mit, aber in bescheidenem Rahmen. Es war schließlich nicht mehr viel Platz da: das letzte größere offene Gebiet bildete der Abhang des Kästrich, der wegen der schwierigen Geländesituation lange nicht bebaut wurde. Erst 1845 ging man daran, ihn als Baufläche zu nutzen und legte in mehreren Jahren neue Straßen und die heute noch vorhandene Terrasse an. Ansonsten konnten nur noch kleinere Baulücken genutzt werden, denn außerhalb der Festungswerke durfte aufgrund des benötigten freien Schussfeldes kein dauerhafter Bau errichtet werden – schon gar nicht ohne Genehmigung des Militärs. So wurde eine Stadterweiterung das drängendste Anliegen der Mainzer Kommunalpolitiker. Mainz gehörte zu diesem Zeitpunkt zu den Städten

103 Allmayer-Beck/Lessing, Die K.(u.)K. Armee, S. 80.

104 Allmayer-Beck, Heer unter dem Doppeladler, S. 234. Malchus, Militär-Geographie, S. 469–470.

105 Siehe auch Brühl, Mainz geschichtlich, S. 344, der schreibt: „Der Einwohner vornehmste Nahrungsquelle, ist die Gewerbs-Industrie. Die Notenstecherei und lithographische Anstalt der Gebrüder Schott, womit zugleich eine Musikalien- und Instrumentenhandlung und eine musikalische Leihbibliothek verbunden ist, genießet einen ausgebreiteten und vortheilhaften Ruf.“

106 Helwig, Mortalitäts-Statistik, Tabelle II.

mit den höchsten Bevölkerungsdichten in ganz Deutschland. Erstaunlich ist es vor diesem Hintergrund, dass die bereits unter Napoleon angelegte Ludwigstraße mitsamt dem Gutenbergplatz erhalten wurde. An dieser Stelle wurde 1829–33 das städtische Theater nach den Plänen von Georg Moller errichtet. Ein großes Unterfangen, betrugen die Baukosten doch in etwa soviel wie der gesamte Jahreshaushalt der Stadt. Insgesamt entstanden recht wenige Neubauten zwischen 1816 und 1866 in Mainz, was natürlich vorwiegend den wenigen freien Bauplätzen geschuldet war.¹⁰⁷ Wie schwierig es in Mainz war, größere Gebäude und insbesondere Industriebetriebe zu errichten, zeigt das Bauvorhaben eines Gaswerks Anfang der 1850er Jahre: es wurde aus Platzgründen am südlichen Ende der Stadt auf militärfiskalischem Gebiet errichtet. Das Festungsgouvernement verlangte von der Stadt, dass die eigentlich zivile Anlage verteidigungsfähig gebaut werden sollte.¹⁰⁸ Daraus ergab sich der stark festungsartige Charakter des Gebäudes, das deshalb auch heute noch meistens als Festungswerk angesehen wird. Die Mehrkosten für die defensible Ausstattung des Gaswerks musste die Stadt tragen.¹⁰⁹ Auch die Anbindung der Stadt Mainz an die Eisenbahn musste erst durch die Militärbehörden genehmigt werden.¹¹⁰

Im Rahmen der seit 1821 existierenden Gemeindeordnung besaß Mainz einen eigenen Gemeinderat, der dem Bürgermeister und seinen anfangs zwei Beigeordneten beratend zur Seite stand. Zwar wurde der Gemeinderat von der Bevölkerung direkt gewählt, allerdings bestand er vorwiegend aus den „Honoratioren“ der Stadt – was wohl nicht nur verfassungsrechtliche Gründe hatte. Die Sitzungen des Stadtrates wurden seit 1832 protokolliert. Anhand der Protokolle kann man sehen, welche Themen den Gemeinderat beschäftigten. Neben den größeren städtischen Bauunternehmungen wie Theater oder Fruchthalle wurden zahlreiche Baugenehmigungsgesuche oder wiederkehrende Verwaltungsaufgaben besprochen.¹¹¹ Natürlich waren alljährlich der städtische Haushalt und die Ausgaben für die städtischen Anstalten, wie z.B. das Waisenhaus, ein Thema. Die Festung und das Verhältnis zum Militär beschäftigten die Stadtväter nur in Ausnahmefällen. So war das 1832 erlassene Reglement der Bundesfestung ein Thema, dass auch von den beiden Mainzer Abgeordneten im hessischen Landtag, Heinrich Tromler und Johann Kertel, dort in die Diskussion eingebracht wird. Zweck des Antrags im Landtag war es, die wichtigsten materiellen Interessen der Bürger im Belagerungsfall, der den Festungsbehörden unbeschränkte Gewalt über die Stadt eingeräumt haben würde, „einigermaßen zu schützen und zu wahren“. Außerdem sollte die Stadt für die in den Befreiungskriegen erlittenen

107 Schütz, Provinzialhauptstadt, S. 381–385.

108 Denkmaltopographie, 2.1., S. 202.

109 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 185.

110 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 188ff.

111 Wiederkehrende Verwaltungsaufgaben waren z.B. Lohn- und Vergütungsregelungen der städtischen Angestellten oder die Ausstellung von „Judenpatenten“, d.h. Zeugnisse für Juden, die ein Gewerbe betreiben wollten. Alljährlich wurden auch die Conskriptionslisten und damit zusammenhängende „Depotansprüche“ besprochen. Letzteres waren Gesuche von eigentlich Wehrpflichtigen um Rückstellung in die Reserve.

Verluste entschädigt werden und rechtliche Forderungen an den Deutschen Bund realisieren.¹¹² Das Verhältnis der Stadt zur Festung und Garnison in Friedenszeiten wurde dagegen in dem Antrag fast gar nicht angesprochen. Im Gegenteil, Tromler äußerte sich sogar positiv über das Festungsgouvernement:

„Zwar haben wir nicht die mindeste Ursache, uns über das bisherige Vernehmen des Militärgouvernements in Mainz zu beklagen, vielmehr gebührt demselben in jeder Hinsicht das höchste Lob. An der Spitze desselben befanden sich bisher immer Männer, welche, ausgezeichnet durch Bildung, Humanität und Gerechtigkeitsliebe, sich stets bestrebten, das gute Einverständniß zwischen Bürgern und Militär zu erhalten, Collisionen und Mißhelligkeiten zu entfernen und zu beseitigen sich bemuehten, und durch strenge Handhabung der Disciplin, Ordnung zu erhalten wußten.“¹¹³

Daher war die Garnison auch im Mainzer Gemeinderat in all den Jahren kaum Thema. Nur bei besonders einschneidenden Ereignissen – während der Revolution von 1848 und bei der Explosion 1857 – wurde die Präsenz des Militärs in Mainz in diesem zentralen städtischen Gremium diskutiert.¹¹⁴ Es ist daher davon auszugehen, dass Probleme zwischen der Stadt und ihren Einwohnern auf der einen Seite und der Garnison und Festung auf der anderen Seite überwiegend durch die Verwaltungsbehörden, insbesondere durch die Bürgermeisterei oder die Polizei, besprochen wurden. Die bürgerliche Oberschicht in Mainz, die ja im Gemeinderat vorwiegend vertreten war, hatte also anscheinend prinzipiell kein größeres Problem mit der Garnison.¹¹⁵ Das soll nicht heißen, dass es keine Konflikte zwischen Einwohnern und Soldaten gegeben hat.¹¹⁶

Wirtschaftlich war die Stadt Mainz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Stadt des Handwerks und des Handels. So waren 1834 in Mainz von 11.000 Erwerbstätigen über 2800 Gewerbetreibende und 3700 Gesellen bzw. Lehrlinge in Handwerksberufen. Arbeiter in Fabriken waren noch in der Minderheit. Hinzu kamen noch die ungelernten Tätigkeiten, denen ein Drittel aller Erwerbstätigen nachgingen: Dazu gehörten zum einen die rund 1000 Tagelöhner und zum anderen die knapp 3000 Dienstboten. Die letzte Be-

112 Kertel, Reden der beiden Abgeordneten, S. 1. Gefordert wurde vom Deutschen Bund vor allem eine Entschädigung von militärisch genutzten städtischen Gebäuden zwischen 1816 und 1825.

113 Kertel, Reden der beiden Abgeordneten, S. 3.

114 Das ergab jedenfalls eine Durchsicht der Indizes aller Gemeinderatsprotokolle 1832–1866.

115 Vgl. auch Reis, Silhouetten, S. 144–145 sowie Schaab, Bundes-Festung Mainz, S. 549.

116 Köhler, Ein Bollwerk gegen die Republik, S. 38–39, kritisiert Börckel, dass dieser ein „idyllisches Zusammenleben“ von Garnison und Einwohnern suggeriere, obwohl tatsächlich Konflikte den Alltag bestimmten. In der Tat erwähnt Börckel Schlägereien und alltägliche Konflikte nur sehr knapp, während er den zahlreichen Verbindungen zwischen Stadt und Militär breiten Raum einräumt. Das ist nicht verwunderlich, da Börckel dem Bürgertum entstammte und im Kaiserreich lebte, in dem das Militär in der Gesellschaft hochangesehen war. In der Tat gab es wohl öfters Konflikte zwischen Soldaten und Mainzern. Darauf weisen zumindest die spärlich erhaltenen Akten, insbesondere der Vorräte hin, in denen über durch Militär zerstörte Felder, randalierende Soldaten oder Angriffe auf Schildwachen berichtet wird. Inwieweit dies aber den Betroffenen alltäglich erschien oder eben nicht, müsste eine eigene Untersuchung klären.

rufsgruppe bestand vorwiegend aus Frauen, die sich ihren Lebensunterhalt als Dienstmagd verdienten.¹¹⁷ Andere Möglichkeiten, wie z.B. die Erlernung von Handwerksberufen, standen Frauen in dieser Zeit noch nicht offen, so dass der hohe Anteil an den Dienstboten nicht erstaunlich ist. Als Arbeitgeber trat auch das Festungsgouvernement auf, denn für die oben geschilderten größeren Bauvorhaben (insbesondere die neu zu errichtenden Festungswerke) wurden zahlreiche Arbeitskräfte benötigt. Zeitweise wurden über 2.000 zivile Arbeiter beschäftigt.¹¹⁸

Gehandelt wurde in Mainz vorwiegend mit Wein, Getreide und Früchten. Nicht zuletzt durch die Lage am Rhein und dem seit dem Mittelalter existierenden Stapelrecht bot sich Mainz zumindest prinzipiell als guter Handelsplatz an. Das Stapelrecht sorgte für regen Schiffsverkehr und einen regen Speditionshandel. Beide Berufszweige gerieten aber Anfang der 1830er Jahre in die Krise, als 1831 die Rheinschiffahrtskonvention beschlossen wurde und damit das Umschlagsrecht verloren ging. Hinzu kam die immer stärkere Konkurrenz durch neue Dampfschiffe und später die Eisenbahn. Gleichzeitig mit dem Niedergang des Schiffsverkehrs erfolgte auch ein Versiegen der wichtigsten städtischen Einnahmequelle: dem Oktroi, d.h. den Hafengebühren. Ärgerlich für die Stadt waren in diesem Zusammenhang die Abgabenbefreiungen der Lieferungen an die Garnison der Bundesfestung.¹¹⁹

Der skizzierte Alltag in Mainz wurde nur durch zwei größere Ereignisse unterbrochen: die Revolution von 1848 und die Pulverexplosion von 1857. Beide Ereignisse machten das Konfliktpotential deutlich, das der Status als Festung mit sich brachte. Es ist hier allerdings nicht der Ort, näher auf diese Ereignisse einzugehen, weil – wie schon gesagt – die kontinuierlichen Entwicklungen im Fokus dieser Arbeit stehen und nicht die Zäsuren.

2.6 Die soziale und rechtliche Stellung der Frau in Rheinhessen

Trotz der in der französischen Revolution erhobenen Forderungen von „égalité“ und Rechten, die für alle Menschen gleich gültig sein sollten, hatte sich die Situation der Frauen am Beginn des 19. Jahrhundert nicht wesentlich verändert – gerade auch im französischen Bereich. Die Frau wurde immer noch ausschließlich in der Rolle als Ehegattin und Mutter wahrgenommen. Sie war zuständig für die Führung des Haushaltes und die Erziehung der Kinder. Bildung für Mädchen und Frauen gab es zwar schon in Ansätzen, blieb aber vorwiegend dem Bürgertum vorbehalten; außerdem bestand ein Großteil des Unterrichtes für Mädchen immer noch im Handarbeitsunterricht, eine formale Bildung vergleichbar mit der für Jungen war selten.¹²⁰ Im Bereich der Emanzipation der Frauen trug die Französische Revolution keine Früchte – im Gegenteil: „Im Rückzug auf die private Sphäre

117 Schütz, Provinzialhauptstadt, S. 397

118 Neumann, Bundesfestung Mainz, S. 339. Vgl. auch Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 156.

119 Pelizaeus, Spannungsfeld, S. 147. Corvin, Erinnerungen, S. 159 beschreibt, wie Soldaten und Kaufleute von der Abgabenfreiheit profitierten.

120 Weber-Kellermann, Frauenleben, S. 55.

und den individuellen Innenraum der Häuslichkeit kamen die Frauen zu einer wiederum reduzierten Hausfrauen-Geltung, die man nach den emanzipatorischen Anfängen der vorhergehenden Epoche nicht erwartet hätte.¹²¹ Die Frauen der unteren Schichten blieben von Bildung so gut wie ausgeschlossen, so dass Frauen größtenteils als Dienstmägde in Haushalten oder als ungelernete Tagelöhnerinnen arbeiteten, wenn sie denn überhaupt einer Tätigkeit außerhalb des eigenen Haushaltes nachgingen – war doch die „günstige Versorgung durch eine angemessene Heirat“ das Ziel der Frau – zumindest im damals vorherrschenden weiblichen Rollenbild.¹²² Alleinstehende Frauen gab es daher eher selten und auch Witwen strebten meistens möglichst rasch die Wiederverheiratung an.

Das gesellschaftliche Rollenbild der Frau spiegelte sich im Rheinhessen des 19. Jahrhunderts auch in der Rechtsordnung wieder. Diese bestand im Zivilrecht vorwiegend aus dem Code civil, der 1804 in den damals französischen Gebieten eingeführt worden war. Nach der Eingliederung von Mainz und Rheinhessen in das Großherzogtum Darmstadt blieben diese „Rheinischen Institutionen“ in Rheinhessen weiter bestehen.¹²³ In den übrigen Gebieten des Großherzogtums galt anderes Recht. Der Code civil machte zwischen der ledigen Frau und dem ledigen Mann keinen Unterschied: ab dem 21. Lebensjahr waren Männer wie Frauen voll prozeß- und geschäftsfähig; „Unverheiratete, erwachsene Frauen waren somit erwachsenen Männern auf dem Gebiet des Zivilrechts grundsätzlich gleichgestellt.“¹²⁴ Eine Geschlechtsvormundschaft gab es nicht. Und so konnte eine in Rheinhessen ansässige ledige Frau über 21 Jahre ohne weiteres heiraten. Eine Erlaubnis der Eltern zur Heirat war nur nötig, wenn sie noch minderjährig war oder eben nicht aus Rheinhessen, sondern einer anderen hessischen Provinz stammte.

Allerdings täuscht dieses Ergebnis letztlich über das Frauenbild, das dem Code civil zu Grunde liegt, hinweg. In der Tat machte der Code civil nur wenig explizite Aussagen über die Rechtstellung der unverheirateten Frau; meistens muss man sie den Abschnitten über die Ehegattin entnehmen.¹²⁵ Die verheiratete Frau war also immer noch der „Normalfall“ und sie war gegenüber ihrem Ehemann durch einige Regelungen benachteiligt, vor allem im Bereich des Scheidungsrechts.¹²⁶ Und auch bei der unverheirateten Frau darf man nicht vergessen, dass sie von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen war.¹²⁷ Darüber hinaus wurde die ledige Mutter eines nichtehelichen Kindes benachteiligt: Während die Erforschung der nichtehelichen Mutterschaft erlaubt war, wurde die Erforschung nichtehelichen Vaterschaft verboten. Begründet wurde das Verbot mit Hinweis auf die damalige Unmöglichkeit einer sicheren Vaterschaftsbestimmung und mit dem Schutz der Männer vor falschen Unterstellungen seitens einer Frau. Außerdem wollte man damit dem

121 Weber-Kellermann, Frauenleben, S. 49.

122 Weber-Kellermann, Frauenleben, S. 56.

123 Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 72–73.

124 Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 79.

125 Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 79.

126 Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 113.

127 Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 118.

„Leichtsinn“ unverheirateter Frauen, mit einem Mann Geschlechtsverkehr zu haben, entgegenwirken.¹²⁸ Insbesondere an dieser Begründung erkennt man, dass der Frau die Hauptschuld am „unsittlichen“ Verhalten gegeben wurde. Nichtsdestotrotz war die unverheiratete Frau zivilrechtlich weitgehend dem Mann gleichgestellt. Letztendlich konstatiert Jung zu Recht: „Die Redaktoren des französischen Zivilgesetzbuches respektierten die Freiheit des Einzelnen, waren aber erfüllt von der Skepsis gegenüber der menschlichen Natur. Sie kritisierten die Ungerechtigkeiten des alten Rechts, wollten den Familienkern jedoch nicht destabilisieren. Konsequenz dieser Furcht vor Destabilisierung der Familie durch weitgehende Individualisierung und eine damit einhergehende Lockerung familiärer Beziehungen war vor allem die Privilegierung der Ehe und legitimen Familien zum Nachteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die Vorherrschaft des Mannes in der Familie.“¹²⁹

128 Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 106.

129 Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 76.

3 Beziehungen zwischen Soldaten und Mainzerinnen

3.1 Eheliche Beziehungen

Will man die Beziehungen zwischen Soldaten und Einwohnerinnen einer Garnisonsstadt untersuchen, liegt es nahe, zuerst nach den Heiraten zwischen ihnen zu fragen. So wurden auch bei der vorliegenden Studie die entsprechenden Heiratsregister für die erste Dekade (1816–1825) und letzte Dekade (1857–1866) des Untersuchungszeitraums herangezogen. Insgesamt wurden 203 Heiratseinträge im Erhebungszeitraum erfasst. Allerdings ist an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, dass einige Paare nicht in Mainz, sondern in der Heimatstadt des Soldaten heirateten und dadurch im Mainzer Heiratsregister nicht auftauchen.

Im Geburtsregister ist leider bei ehelichen Geburten der Geburtsort der Mutter nicht angegeben. Hinweise auf die Mainzer Herkunft der Mutter geben in solchen Fällen dann die Zeugen, die die Richtigkeit des Geburtseintrages bestätigten. Taucht dort ein Mann mit gleichem Namen wie der (stets angegebene) Mädchennamen der Mutter auf, und gab dieser Zeuge als Wohnort Mainz an, so liegt die Vermutung nahe, dass die Frau eigentlich aus Mainz stammt – und nicht etwa aus Preußen.¹³⁰ Auch durch das Familienregister¹³¹ könnte man überprüfen, ob eine Ehefrau aus Mainz stammt, da dort der Geburtsort der Eltern angegeben ist. Die Recherche ist allerdings zeitaufwendig, da nicht nach der Frau gesucht werden kann, sondern nur ihrem Vater. Es sind – wie schon oben angesprochen – auch nicht alle Mainzer Familien darin erfasst. Letztendlich könnte nur ein genauer Abgleich mit den Regimentsbüchern Klarheit bringen. Aus den bekannten Gründen wurde dies aber unterlassen.¹³² Die oberflächliche Durchsicht der Militärmatriken im Kriegsarchiv Wien brachte zumindest folgendes zu Tage: Zwischen 1817 und 1825 sind 151 Heiraten im Militärkirchenbuch des 49. Infanterieregiments verzeichnet. Diese umfassen aber zum einen auch Angehörige anderer k. k. Truppen, deren Einheit offensichtlich kein eigenes Heiratsregister führte (sogar ein preußischer Soldat findet sich in dem Register). Zum anderen kamen nur 60 Bräute aus Mainz oder der weiteren Region¹³³, der überwiegende Rest stammte aus Österreich.¹³⁴ Für den zweiten Untersuchungszeitraum (1857–1866) wurden insgesamt 63 Heiraten gezählt, von denen 50 Bräute *nicht* aus der

130 Ein solcher Fall ist bspw. Friederike Auguste Stellmacher, die am 27. Januar 1863 einen Sohn zur Welt bringt (Geburtsregister 1863/139). Als einer von zwei Zeugen tritt Johann Karl Stellmacher in Erscheinung, seinen Angaben nach Maler in Mainz.

131 Siehe oben S. 9.

132 Siehe oben S. 8.

133 Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau, preußische Rheinprovinz etc.

134 Register der Trauungen des k. k. Infanterieregiments Nr. 49, Band 1813–1844, in: Kriegsarchiv Wien, Kriegsmatrikenabteilung, Sig. 02028.

Habsburger Monarchie stammten.¹³⁵ Insofern bieten uns die Mainzer Heiratsregister nur einen begrenzten Einblick. Inwiefern das die Aussagekraft der hier verwendeten Quellen mindert, wird weiter unten erörtert.

Vor dem Zivilstandsbeamten der Stadt Mainz wurden zwischen 1815¹³⁶ und 1825 insgesamt 54 Heiraten geschlossen, bei denen der Bräutigam Soldat gewesen ist. Geht man von einer Überschneidung der Trauungen in den erwähnten österreichischen Kriegsmatriken mit denen in den städtischen Zivilstandsregister aus¹³⁷, so ergeben sich insgesamt 91 Heiraten für den ersten Untersuchungszeitraum. Ihr Anteil fiel gegenüber der Anzahl an allen in Mainz standesamtlich geschlossenen Ehen in diesem Zeitraum (1898 Heiraten) mit insgesamt 4,7% recht niedrig aus. In der letzten Dekade sieht die Situation etwas anders aus: die Soldatenehen nahmen etwas zu. Das wird vor allem dann deutlich, wenn man diese Zahlen in Relation zur der mittlerweile ebenfalls gestiegenen Zahl aller Heiraten in Mainz setzt. Der Anteil stieg demnach von durchschnittlich 4,7% auf 7%. Insgesamt betrachtet, machten die zwischen Soldaten und Frauen in Mainz abgeschlossenen Heiraten also nur einen kleinen Anteil aus. Dieses Ergebnis erstaunt nicht, gab es doch seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert in vielen Ländern Vorschriften, die die Heirat eines Soldaten erschwerten.

3.1.1 Heiratsbeschränkungen für preußische Soldaten

Für das preußische Militär ist eine solche Regelung z.B. in Art. 29 der „Kriegsartikel für die Unteroffiziere und gemeinen Soldaten“ vom 3. August 1808 enthalten:

„Kein Soldat darf ohne Vorwissen und Bewilligung seines Kompagnie-Chefs sich mit einem Frauenzimmer ehelich verloben, noch weniger ohne erhaltenen Trauschein die Ehe durch Trauung vollziehen. Wenn er solches dennoch thut, so soll er mit dreimonatlicher Vestungsstrafe bestraft, auch das Verlöbniß oder die Ehe als nichtig erklärt und aufgehoben werden, wenn auch das Eheversprechen eidlich geschehen, oder das Frauenzimmer mit Bezug auf dasselbe geschwängert seyn sollte.“¹³⁸

Der Soldat musste also erst seinen Kompaniechef um Erlaubnis fragen, bevor er einer Frau legal versprechen konnte, sie zu heiraten. Für die Heirat selbst musste er sich die Erlaubnis bescheinigen lassen, die er wiederum dem Pfarrer bzw. in Mainz dem Zivilstandsbeamten vorlegen musste. Ähnliches galt im Übrigen auch für Offiziere. Heiratsbeschränkungen für Soldaten waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts keine Neuheit – es

135 Kirchenbücher der Garnisonsseelsorge Mainz und Frankfurt 1854–1866, Trauungen, in: Kriegsarchiv Wien, Kriegsmatrikenabteilung, Sig. 04093.

136 Die Heiraten wurden bereits ein Jahr vor dem eigentlichen Untersuchungszeitraum aufgenommen.

137 Die Überschneidung wurde nicht überprüft, ist allerdings als wahrscheinlich anzunehmen, da standesamtliche Heiraten ohne nachfolgende kirchliche Trauung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts recht selten vorgekommen sein werden.

138 Kriegsartikel für die Unteroffiziere und gemeinen Soldaten. Vom 3ten August 1808. In: Sammlung der für die Königlichen Preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27sten Oktober 1810. Berlin 1822. S. 253–264. Hier S. 258.

gab sie in Preußen schon seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert, als das Militär sich von der „Lagergesellschaft des Dreißigjährigen Krieges“ zur „Garnisonsgesellschaft des 18. Jahrhunderts“ weiterentwickelte.¹³⁹ So wurde bereits 1681 vom Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg per Edikt die Anzahl der verheirateten Soldaten pro Kompanie auf 30 bis 40 Mann begrenzt.¹⁴⁰ Ein Jahr später übertrug er dann den Kompaniechefs die Vollmacht, entscheiden zu dürfen, welcher einfache Soldat – innerhalb dieses Rahmens – heiraten durfte und welcher nicht. Ab 1709 folgte die entsprechende Regelung für die Offiziere. Deren Heiratsgenehmigung erteilte ab 1717 sogar der König selbst. Zuwiderhandlungen wurden bestraft: im 18. Jahrhundert mit mehrmaligem „Gassenlaufen“ für den Soldaten bzw. Zwangsarbeit im Spinnhaus für die Frau.

Sinn und Zweck solcher Heiratsbeschränkungen war es erstens, den militärischen Nutzen eines Soldaten voll abzuschöpfen, in dem man seine Lebensumstände und sein Verhalten möglichst ganz den Bedürfnissen des Militärs unterwarf. Zweitens wollte man Kosten für die Versorgung von Soldatenfrauen und -kindern nach dem Tod eines Soldaten vermeiden.¹⁴¹ Drittens gab es immer wieder Probleme mit der Einquartierung von Soldatenfrauen: Stieß bei den Bürgern der Garnisonsstädte schon die Inanspruchnahme ihrer Häuser und Wohnungen für Soldaten auf wenig Gegenliebe, so führte die zusätzliche Einquartierung einer Soldatenfrau zu noch mehr Konflikten. Neben dem bürgerlichen entstand dadurch nämlich ein zweiter Haushalt in ein und derselben Wohnung.¹⁴² Die Heiratsbeschränkung war aus Sicht der preußischen Landesherren also eine „wirksame Disziplinierungsmaßnahme, die den Grad an Professionalität in der Armee erhöhte und gleichzeitig kostenintensive soziale Ansprüche von Seiten der Familienmitglieder minimieren sollte.“¹⁴³

Abgesehen von einigen Ausnahmen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts änderte sich an dem Konzept der Heiratsbeschränkung in Preußen bis ins 19. Jahrhundert hinein nichts Wesentliches, wie man an dem bereits erwähnten Kriegsartikel von 1808 sieht. Nur der vorgesehenen Strafe sieht man die Modernisierung des entsprechenden Kriegsartikels durch die preußischen Militärreformen an. Das ist insofern erstaunlich, als es durchaus auch gute Gründe für eine Rücknahme der Heiratsbeschränkungen gegeben hätte. So nahmen bereits einige zeitgenössische Militärs des 18. Jahrhunderts an, dass sich verheiratete Soldaten disziplinierter verhalten würden und seltener desertierten als ledige.¹⁴⁴ In

139 Engelen, Soldatenfrauen, S. 43.

140 Engelen, Soldatenfrauen, S. 49.

141 Engelen, Soldatenfrauen, S. 57 u. 61. Siehe auch Prüve, Stehendes Heer, S. 103 und Wilson, Women and War, S. 137–138.

142 Engelen, Soldatenfrauen, S. 231–232 u. Nowosadtko, Soldatenpartnerschaften, S. 304. Die Einquartierungslasten gingen natürlich mit der Weiterentwicklung der Garnisonsgesellschaft zurück, da vermehrt Kasernen errichtet wurden (ebd. S. 227). Gerade für Mainz am Beginn des 19. Jahrhunderts ist dieser Aspekt aber nicht zu vernachlässigen, da es an entsprechenden Bauten fehlte (siehe oben S. 20).

143 Engelen, Soldatenfrauen, S. 67.

144 Prüve, Stehendes Heer, S. 103–104, und Engelen, Soldatenfrauen, S. 64–65. Hier auch Anm. 122–123.

Preußen versuchte man sich dagegen 1809 auch der erwähnten Versorgungspflicht von Soldatenfrau und -kind zu entledigen, wie aus einer Kabinettsorder hervorgeht:

„Der Soldat, der von jetzt an heirathet, darf schlechterdings nicht darauf rechnen, daß seiner Ehefrau und seinen Kindern irgend eine besondere Rücksicht wiederfahren werden, es muß vielmehr einem jeden, der sich von nun an zum Trauschein meldet, mit dem gehörigen Ernste erklärt werden, daß in Rücksicht auf seine Militairverhältnisse er fortdauernd als unverehlicht müsse betrachtet werden, daß daher auf seine Ehefrau weder Servis, noch auf seine Kinder das Kindergeld werde verabreicht, oder bei etwaigen Garnisons-Veränderungen auf die Fortschaffung seiner Ehefrau und Kinder nur im geringsten werde Bedacht genommen werden.“¹⁴⁵

Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts scheinen in Preußen die Regelungen bezüglich der Heirat von Soldaten verschärft worden zu sein, denn spätestens ab den 1830er Jahren muss ein preußischer Offizier einen Nebenverdienst von 600 Talern jährlich vorweisen können – im Regelfall wohl Zinsen aus einem Vermögen.¹⁴⁶ Wie schwierig es dadurch für einen Offizier wurde, zu heiraten schildert Otto von Corvin, der um 1830 als preußischer Leutnant in Mainz stationiert war¹⁴⁷:

„Die Ertheilung dieses Consenses hängt von mancherlei Bedingungen ab. Zunächst muss das "Commisvermögen" da sein – wie es die Officiere scherzhaft nennen. Dass heißt, das heirathslustige Paar muß außer dem Lieutenants-Gehalt die Zinsen eines Capitals von 12,000 Thalern jährlich zu verzehren haben. – Bei Hauptleuten ist der Nachweis eines Vermögens nicht nöthig. Will ein Lieutenant ohne Vermögen heirathen, so muß er warten, bis er Hauptmann wird. In Friedenszeiten ging es aber damals mit dem Avancement der Officiere entsetzlich langsam [...]“¹⁴⁸

Zur Begründung dieses Vermögensnachweises schob man das Unvermögen insbesondere der Unteroffiziere vor, eine Familie zu ernähren: „Das Gehalt eines Unterofficiers ist zu gering, um Frau und Kind ernähren zu können, auf Verdienst der Frau ist nicht zu rechnen, [...] es bleibt daher nur übrig darauf zu halten, daß solche Leute einiges an Vermögen

145 Allerhöchste Kabinetts-Order wegen nicht mehr statt findender Begünstigungen für verheiratete Soldaten. Vom 27sten November 1809. In: Sammlung der für die Königlichen Preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27sten Oktober 1810. Berlin 1822. S. 614–615.

146 Von Griesheim, Gustav: Der Compagnie-Dienst. Ein Handbuch für Infanterie-Officiere der Königl. Preussischen Armee. 2. Aufl., Berlin 1838. Nachdruck Starnberg 1988. S. 130.

147 Otto Julius Bernhard von Corvin-Wiersbitzki, geboren 1812 in Gumbinnen, kam Anfang der 1830er Jahre „als Lieutenant zum 36. Infanterieregiment ins „goldene“ Mainz, wo er mit Leichtsinn und angeborener Lebenslust sich unter den Jungesellen der Besatzungsofficiere hervorthat in fidelem Treiben“. Nachdem er 1835 den Militärdienst quittierte, arbeitete er als Schriftsteller. Siehe Fränkel, Corvin, S. 531–538. Vgl. hierzu auch Haacke, Corvin-Wiersbitzki, S. 370f.

148 Corvin, Lebenserinnerungen, S. 188–189.

besitzen um gegen den drückenden Mangel bei Unglücksfällen, Krankheit etc. geschützt zu sein.¹⁴⁹

3.1.2 Heiratsbeschränkungen für österreichische Soldaten

Für den vorliegenden Fall der Stadt Mainz muss man aber nicht nur die Situation der Verehelichungsmöglichkeiten im preußischen Militär in den Blick nehmen, sondern mindestens auch die der österreichischen Soldaten. Schließlich stellten diese ja die andere Hälfte der Garnison. Im österreichischen Militärrecht findet man ebenfalls eine entsprechende Verordnung, die die Heirat von Soldaten Beschränkungen unterwirft. Sie wurde am 10. August 1812 vom Hofkriegsrat erlassen und in späteren Ergänzungen meistens als „Heirats-Normale“ bezeichnet. Sie umfasst 43 Paragraphen und füllt in einer zeitgenössischen Gesetzessammlung zum österreichischen Militär fast 18 Seiten.¹⁵⁰ Genauso wie die preußischen Soldaten mussten österreichische Militärangehörige ihre Heirat von der dafür bestimmten Person genehmigen lassen. Bei einer Verehelichung ohne Erlaubnis drohte die Entlassung oder eine Gefängnisstrafe.¹⁵¹ Auf mehreren Seiten sind detailliert diejenigen Vorgesetzten benannt, die die Heirats-erlaubnis für den jeweiligen Truppenkörper und die jeweilige Charge erteilen dürfen. Auch der Anteil der verheirateten Soldaten in einem Regiment wurde festgelegt: während in einem Offizierskorps 17% der Soldaten verheiratet sein durften, betrug die Quote bei den Unteroffizieren und Mannschaften insgesamt nur 4–10%.¹⁵² Damit gehören die österreichischen Heiratsquoten wohl zu den niedrigsten. Nach Pröve waren von im 18. Jahrhundert in Göttingen stationierten Regimentern zwischen einem Drittel und der Hälfte der Soldaten verheiratet. Er stellt außerdem fest: „Verheiratetenanteile zwischen 30% und 50% wurden auch in anderen militärischen Korporationen erreicht und sogar übertroffen. In Preußen war meist die Hälfte verehelicht, in Mecklenburg-Schwerin lag die Quote je nach Regiment zwischen 52% und 73% und in Frankfurt/Main betrug der Anteil Verheirateter 1733 30% und 1753 63%“.¹⁵³

Bevor eine Heirats-erlaubnis erteilt werden durfte, musste der jeweilige österreichische Offizier prüfen, dass „die Braut von guter Aufführung und unbescholtenen Rufe, wie nicht minder von solcher Abkunft sey, damit der Charakter des die Heurath Ansuchenden, und das Ansehen des Militärstandes durch eine unanständige Heurath nicht herabgesetzt

149 Griesheim, Compagnie-Dienst, S. 131.

150 Heirats-Normale vom 10. Juni 1812. Abgedruckt in: von Bundschuh, Carl: Uibersicht des des bey der K. K. Oesterreichischen Armee bestehenden Militär-Oeconomie-Systems und aller darauf bezugnehmenden Gesetze. Band 3. Prag, 1813. S. 54–72. Fälschlicherweise ist hier die Verordnung auf den 10. August datiert.

151 Heirats-Normale § 25; diese Straftatbestand wird im österreichischen Militärstrafgesetzbuch § 780 ein wenig genauer gefasst. Vgl. hierzu: Das Militär-Strafgesetzbuch über Verbrechen und Vergehen vom 15. Jänner 1855 für das Kaiserthum Oesterreich. Erläutert von Martin Damianitsch. 2. Aufl., Wien 1861. S. 562.

152 Heirats-Normale § 5 Nr. 1 (Offiziere) bzw. § 32 (Unteroffiziere und Mannschaften). Die Quote für Unteroffiziere und Mannschaften differiert je nachdem, ob es sich um beim Truppenkörper um Infanterie, Kavallerie oder Verpflegs-Bäcker handelt.

153 Pröve, Stehendes Heer, S. 100-102. Die Daten beziehen sich zwar auf das 18. Jahrhundert, allerdings dürften sie sich immer noch für einen Vergleich nutzen lassen, zumal für das 19. Jahrhundert solche Zahlen nicht vorliegen.

werde“. Darüber hinaus sollte der „Chef“ sich davon überzeugen, dass „bey Heurathen in den oberen Chargen bis zum Unterofficier der standesmäßige Unterhalt während der Ehe, und für die Braut während ihres etwaigen künftigen Witwenstandes gesichert sey; bey den Heurathen vom Unterofficier abwärts aber, der Heuraths-Werber seine Umstände merklich bessere.“¹⁵⁴ Bei diesen eher allgemein gehaltenen Anweisungen beließ es der Hofkriegsrat aber nicht. Er forderte, dass „an Individuen bis zum Unterofficier [abwärts] in keinem Falle eine Heuraths-Erlaubnis erteilt werden kann und darf, bevor nicht bestimmte Nebeneinkünfte, welche das Brautpaar außer dem Gehalte des Bräutigams, und die Braut für den Fall des künftigen Witwenstandes zu beziehen haben soll, ausgewiesen und sichergestellt worden sind [...]“.¹⁵⁵ In den folgenden Paragraphen werden dann die je nach Rang abgestuften Nebeneinkünfte auf jährlich 200 bis 800 Gulden Wiener Währung festgelegt. So war zur Heirat ein erklecklicher Nebenverdienst notwendig. Beispielsweise muss der österreichische Platzmajor Ildephons Eugen Joseph Dubois, der 1818 Klara Joseph Horn heiratete, 600 Gulden Wiener Währung an jährlichen Nebeneinkünften nachgewiesen haben.¹⁵⁶ Die folgenden Paragraphen der Heirats-Normale beschäftigen sich dann detailliert mit den zulässigen Nebeneinkünften, deren Berechnung, Gewährleistung für die Zukunft und Prüfung durch die entsprechenden Behörden. Alles musste genauestens geprüft und ausführlich dokumentiert werden. Die Sicherstellung der Versorgung der Familie und Frau des Soldaten steht also deutlich im Mittelpunkt der Verordnung von 1812.

Die Heirats-Normale von 1812 war übrigens keine Neuerung: Bereits 1750 hatte Maria Theresia für ihre Offiziere eine Heiratsvorschrift erlassen, die als Genehmigungsvoraussetzung eine Kautionsforderte. Damals handelte es sich tatsächlich noch um eine fixe Summe, die vor der Heirat hinterlegt werden musste.¹⁵⁷ Der Begriff blieb 1812 bestehen, auch wenn es sich nun um jährliche Nebeneinkünfte handelte.

Bezüglich der Unteroffiziere und gemeinen Soldaten wurden keine Nebeneinkünfte beziffert, die Heirat sollte aber die Lebensumstände des Soldaten deutlich verbessern.¹⁵⁸ Was darunter zu verstehen war, lag im Ermessen des entsprechenden Kommandeurs. Die Verordnung aus dem Jahr 1812 blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein bestehen, lediglich die Höhe der erforderlichen Nebeneinkünfte wurde mehrmals durch ergänzende Vorschriften angepasst, so z.B. 1861.¹⁵⁹

154 Heirats-Normale §5 Nr. 2 bzw. 3.

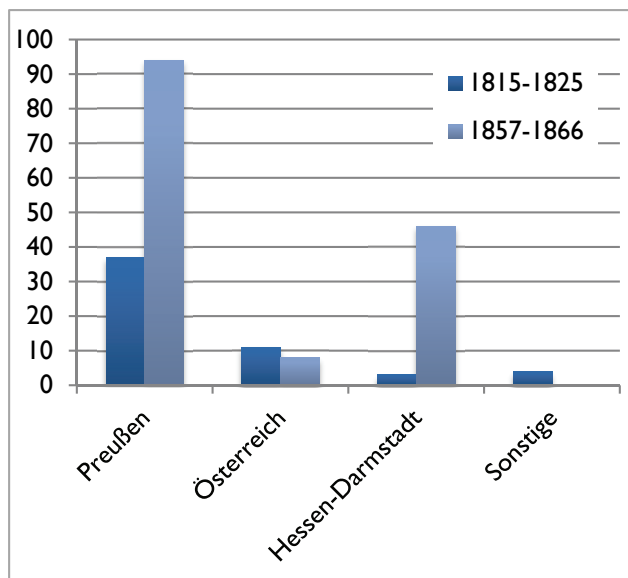
155 Heirats-Normale § 6.

156 Heirats-Normale § 8.

157 Déak, K.(u.)K. Offizier, S. 169.

158 Heirats-Normale § 5 Nr. 3. Siehe Zitat oben S. 36.

159 Déak, K.(u.)K. Offizier, S. 170.



Grafik 1: Staatsangehörigkeit der vor dem Zivilstandsbeamten der Stadt Mainz heiratenden Soldaten

Die erforderlichen Nebeneinkünfte und deren langwierige Prüfung führten dazu, dass die österreichischen „Offiziere erst spät oder überhaupt nicht heirateten“.¹⁶⁰ Auch bei den Mannschaften und Unteroffizieren dürfte die Situation nicht besser ausgesehen haben. Hier erschwerten wahrscheinlich die äußerst niedrigen Quoten die Heiratsaussichten österreichischer Soldaten. Österreich besaß also anscheinend – im Vergleich zu Preußen – die deutlich restriktiveren Heiratsvorschriften für seine Soldaten. Diese Vermutung scheint

durch die erfassten Daten zu den Heiraten vor dem Mainzer Zivilstandsbeamten gestützt zu werden. Eine Abfrage nach der Staatszugehörigkeit des Bräutigams ergibt (siehe **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**), dass die Preußen in den beiden Erhebungszeiträumen mit Abstand die größte Gruppe (64% bzw. 60%) stellen. Die Österreicher sind deutlich seltener vertreten. In dem Erhebungszeitraum von 20 Jahren sind in den Zivilstandsregistern 22 Heiraten verzeichnet, in denen der Bräutigam ein österreichischer Soldat gewesen ist. Bei all diesen Bräutigamen handelt es sich übrigens, um – meistens höhergestellte – Offiziere, wie z.B. den oben schon erwähnte Platzmajor Dubois. Dieses Bild muss man allerdings relativieren, wenn man die Militärmatriken im Kriegsarchiv Wien hinzuzieht.¹⁶¹ Dort sind für den Zeitraum 1816–25 über 60, für den Zeitraum 1857–66 immerhin noch 50 Heiraten verzeichnet, bei denen die Frau aus Mainz oder der weiteren Umgebung stammt. Ob die k. k. österreichische Armee tatsächlich einen deutlich niedrigeren Verheiratetenanteil als die preußische aufwies, könnte man nur mit umfassenden Erhebungen im Kriegsarchiv Wien belegen oder wenn man versuchte, die Dunkelziffer der Heiraten der preußischen Garnison in Mainz zu fassen.¹⁶²

3.1.3 Heiratsvorschriften für großherzoglich-hessische Soldaten

Wenn man die Bräutigame nach ihrer Staatszugehörigkeit aufschlüsselt, fällt außerdem auf, dass in der zweiten untersuchten Dekade der Anteil der Soldaten aus Hessen-Darmstadt einen beträchtlichen Teil ausmacht. Von diesen 47 hessischen Soldaten stammen die

¹⁶⁰ Déak, K.(u.)K. Offizier, S. 170. Die kleine, natürlich nicht-repräsentative Gruppe von in Mainz heiratenden österreichischen Offiziere bestätigt übrigens auch das von Déak festgestellte *spätere* Heiraten: deren Alter bei der Verheiratung beträgt durchschnittlich 34,25 Jahre, während es bei den Preußen 30,83 Jahre beträgt.

¹⁶¹ Siehe oben S. 7 u. 9.

¹⁶² D.h. dass man die im städtischen Zivilstandsregister enthaltenen Daten über Soldatenehen mit denen in den preußischen Regimentskirchenbüchern – soweit noch erhalten – abgleicht.

meisten aus Mainz und Umgebung, weshalb sie auch im Heiratsregister der Stadt Mainz auftauchen. Im Großherzogtum Hessen wurden die männlichen Einwohner mit ihrem 20. Geburtstag kriegsdienstpflichtig, mit Ablauf des 26. Lebensjahres hörte die Verpflichtung auf, sofern sie bis dahin ohne ihr Verschulden nicht einberufen wurden.¹⁶³ Die Dienstzeit betrug im Regelfall sechs Jahre. Nach der Musterung des neuen Jahrgangs entschied unter den tauglichen Wehrpflichtigen das Los, wer letztendlich Kriegsdienst leisten musste.¹⁶⁴ Dem Kriegsdienst konnte sich legal nur entziehen, wer sich in das „Depot“ versetzen ließ oder einen Stellvertreter stellte. Wer sich beim Kriegsdienst vertreten lassen wollte, musste eine bestimmte Summe vorab an die Einstandskasse entrichtet werden, die dann im Normalfall für einen „Einsteher“ sorgte. Söhne vermögender Eltern konnten so den Kriegsdienst vermeiden. Und so finden sich auch ausschließlich Handwerker unter den erhobenen hessischen Soldaten, soweit ein ziviler Beruf im Heirats- oder Geburtsregister vermerkt wurde. Eine allgemeine Wehrpflicht gab es zu dieser Zeit im Großherzogtum Hessen nicht. Allerdings hatte man durch die „Depotversetzung“ ebenfalls eine Ausnahme für soziale Härtefälle vorgesehen, etwa „wenn der Dienstpflichtige dem Haushalte elternloser Geschwister“ vorstand und unvermögend war.¹⁶⁵ Über diese Depotansprüche entschied in erster Linie die Bürgermeisterei, der Gemeinderat wurde aber hinzugezogen, wenn es zu beurteilen galt, ob der betreffende vermögend genug sei, um sich vertreten zu lassen. So finden sich auch in den Gemeinderatsprotokollen der Stadt Mainz alljährlich entsprechende Einträge zu Depotansprüchen.

Genauso wie die Preußen und Österreicher mussten die hessischen Soldaten für eine Heirat die vorgesetzten Militärbehörden um Erlaubnis fragen. Diese durften die Heiraten nur nach längerer Dienstzeit genehmigen. Hinzu kam ab 1852, dass der Bräutigam mindestens 25 Jahre alt sein musste.¹⁶⁶ Die gesetzlichen Vorgaben spiegeln sich denn auch im durchschnittlichen Heiratsalter der hessischen Soldaten wieder: fast alle heirateten mit 27 Jahren, also am Ende ihrer angenommenen Dienstzeit. Außerdem konnten einige Fälle festgestellt werden, in denen der Soldat als Zivilist, also nach dem mutmaßlichen Ende seiner Dienstzeit, heiratete.¹⁶⁷

3.1.4 Die Ehefrauen der Soldaten

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung reicht es nicht aus, sich nur mit den Soldaten zu beschäftigen. Auch die Situation ihrer Ehefrauen, insbesondere ihre soziale Herkunft, muss untersucht werden. Dadurch lassen sich nämlich Rückschlüsse auf das Ansehen der

¹⁶³ Küchler, Lokal-Staatsverwaltung, S. 37.

¹⁶⁴ Küchler, Lokal-Staatsverwaltung, S. 48.

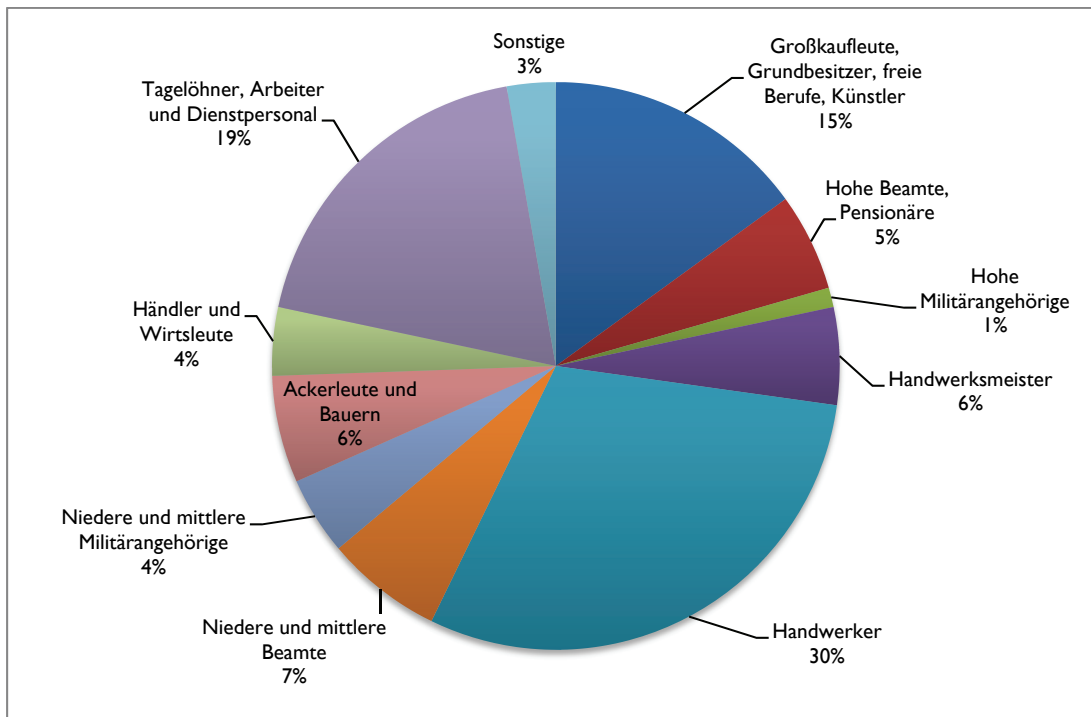
¹⁶⁵ Küchler, Lokal-Staatsverwaltung, S. 41.

¹⁶⁶ Küchler, Lokal-Staatsverwaltung, S. 123–124.

¹⁶⁷ So z.B. Heinrich Martin Jung, der 1859 als Musketier im großherzoglich-hessischen Infanterieregiment Nr. 4 dient. Seine Freundin, die Büglerin Anna Baptistella, bekommt 1859 von ihm ein Kind. Bei seiner Heirat ein Jahr später ist er wieder Zivilist. Geburtsregister 1859/1326, Heiratsregister 1860/235.

in Mainz stationierten Soldaten und den Grad der Verflechtungen zwischen ziviler und militärischer Gesellschaft ziehen.

Grafik 2: Berufszugehörigkeit der Brautväter



Die in den städtischen Heiratsregistern enthaltenen Angaben sind, wie in der Einleitung schon bemerkt, sehr detailliert. Neben den Angaben zu Geburtsort, Geburtsdatum und evtl. Beruf der Braut sind auch deren Eltern mit verzeichnet. Die Angabe, welchen Beruf die Braut ausübte, trägt allerdings nur wenig dazu bei, deren soziale Herkunft zu bestimmen. Von den 203 abgeschlossenen Heiraten geben gut dreiviertel Auskunft über den Beruf der Frau: der ganz überwiegende Teil (122 Frauen) ging dabei anscheinend keiner beruflichen Tätigkeit nach, jedenfalls lässt ein „ohne Gewerbe“ darauf schließen. Bei den übrigen 23 angegebenen Tätigkeiten handelt es sich um Berufe, mit denen sich eine Frau aus der Unterschicht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Lebensunterhalt verdienen musste: z.B. Dienstmagd oder Näherin. Das lässt immerhin schon die vorsichtige Vermutung zu, dass die Ehefrauen der Soldaten vorwiegend nicht aus der Unterschicht kamen. Ein genaueres Bild erhält man, wenn man die Berufe der Brautväter auswertet und in Berufsgruppen sortiert.¹⁶⁸ Ins Auge fällt zuerst die mit über einem Drittel größte Gruppe: die Handwerker. Zusammen mit denjenigen Brautvätern, die als Tagelöhner, Arbeiter oder als Dienstboten tätig waren, bilden sie knapp die Mehrheit. Das korrespondiert

¹⁶⁸ Das geschah in Anlehnung an die Tabelle „Familiäre Herkunft von Soldatenbräuten des Regiments Prinz Heinrich von Preußen“ in Engelen, *Soldatenfrauen*, S. 73. Zu besserer Analyse und weil im 19. Jahrhundert einige Berufsgruppen dazugekommen sind, wurde für die vorliegende Arbeit eine weitere Differenzierung vorgenommen.

mit den Ergebnissen von Beate Engelen für das in Königsberg in der Neumark stationierte Regiment „Prinz Heinrich von Preußen“ im 18. Jahrhundert.¹⁶⁹ Dort ist ebenfalls die Mehrheit der Brautväter Tagelöhner oder Handwerker. Ein Beispiel aus Mainz ist Maria Carolina Thirion, die Tochter eines Wormsers Wollspinners. Nach dem Tod ihres Vaters mit ihrer Mutter nach Mainz gezogen, heiratete sie 1821 mit 25 Jahren den nur zwei Jahre älteren Musketier Gerhard Klucken aus dem preußischen 35. Infanterieregiment. Mit ihrer Heirat legitimierten die beiden ihren anderthalb Jahre alten Sohn Heinrich. Zusammen hatten sie 12 weitere Kinder, von denen aber nur fünf Kinder das Erwachsenenalter erreichten – alle anderen starben schon im 1. oder 2. Lebensjahr. 1836 stirbt Gerhard Klucken, Maria Carolina blieb weiterhin in Mainz ansässig.¹⁷⁰ Mit einem Vermögen in Höhe von 2000 Gulden war sie nicht schlecht versorgt.¹⁷¹ Einer ihrer Söhne, der 1825 geborene Johann Peter, arbeitete übrigens später für die preußische Genie-Direktion.¹⁷²

Durch die Heirat waren Soldatenfrauen recht gut durch die Armee versorgt. Die k. k. Armee bot beispielsweise nicht wenige Vorteile: „[...] die Weiber [...] können sich bey ihren Männern in den Quartiers-Stationen aufhalten, theilen mit ihren Männern die unentgeltliche Unterkunft, erhalten im Erkrankungs-falle, in so fern sie nach den Chargen ihrer Männer dazu geeignet sind, die unentgeltliche Pflege im Spitale, und nach dem Tode ihrer Männer, die angemessene Abfertigung.“¹⁷³ Die Versorgung der Witwe nach dem Tod des Soldaten war auch in Preußen wichtig. So bestimmte eine Allerhöchste Kabinettsorder vom 19. Juli 1810:

„Alle Offiziere von der aktiven Armee sollen hinführo, im Fall ihrer Verheirathung, ohne Ausnahme verbunden seyn, der Offizier-Witwenkasse beizutreten, und es muß jedesmal gleich bei Nachsuchung des Heiratskonsenses angezeigt werden, welche Pensionssumme der künftigen Gattin im nächsten Rezeptionstermine versichert werden wird. Unterbleibt diese Anzeige, so wird das Gesuch um den Heirathskonsens unberücksichtigt bleiben.“¹⁷⁴

Aufgrund oben angeführten Hürden – vor allem monetärer Art – waren die Heiraten mit Soldaten zwar schwierig, lohnten sich aber im Nachhinein für eine Frau schon, da ihre Versorgung nicht nur durch ein regelmäßiges Einkommen – den Sold – gesichert war, sondern auch durch weitere Einrichtungen, sogar über den Tod des Partners hinaus.¹⁷⁵ Für Töchter aus dem Bürgertum war die Versorgungsfrage nicht unerheblich, kamen

169 Engelen, Soldatenfrauen, S. 72–73.

170 Ein zweites Mal geheiratet hat sie nicht. Familienregister Nr. 8545.

171 Gesuch der Witwe Klucken an den Gemeinderat. Gemeinderatsprotokolle der Stadt Mainz, 1838, fol. 350v–352r (StadtA Mz 70/7036). Zum Vergleich: ein Arbeiter verdiente in Mainz 1864 in einer Schuhfabrik 4–6 Gulden, eine Arbeiterin 3 Gulden pro Woche. Pott, Wirtschaftliche Entwicklung, S. 84.

172 Geburtsregister 1825/257 und 1858/851.

173 Heirats-Normale § 33.

174 Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 19ten Juli 1810, betreffend den Beitritt der sich verheirathenden Offiziere zur Offizier-Wittwenkasse. In: Sammlung der für die königlich preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen, S. 722.

175 Vgl. hierzu auch Engelen, Soldatenfrauen, S. 76f.

doch eigene Einkommensquellen kaum in Frage. Im 19. Jahrhundert gehörte die Frau, die sich um den Haushalt und die Kinder kümmert, zum Kern des bürgerlichen Geschlechterbildes und Rollenverständnisses.¹⁷⁶

Betrachtet man die Grafik zur Berufszugehörigkeit weiter, so fällt auf, dass auch die Oberschicht recht gut vertreten war: 20% der Brautväter stammen aus der Mainzer Oberschicht. Bei diesen 38 Hochzeiten zählte der Vater der Braut entweder zur Wirtschaftselite in Mainz oder bekleidete einen hohen Beamtenposten. So heiratete bereits 1815 die Tochter von Christian Lauteren, Maria Margretha, den vier Jahre älteren großherzoglich-hessischen Major Heinrich Christian von Esebeck. Lauteren war ein Handelsmann, Ergänzungsrichter am Handelsgericht, Mitglied der Handelskammer und wohnte in einem großzügigen Haus in der Emmeransgasse.¹⁷⁷ Ein anderes Beispiel: Maria Barbara Hadamar, die 22-jährige Tochter des hiesigen Obergerichtspräsidenten, wurde 1824 mit dem fast doppelt so alten Joseph Ignaz von Collard, Hauptmann im österreichischen 49. Infanterieregiment, verehelicht. 1862 heiratete die 21-jährige Magdalena Bell, Tochter des Rheinschiffahrtsinspektors Jacob Bell, den zwölf Jahre älteren preußischen Hauptmann des Carl Friedrich Hugo Vollbrecht. Auch die beiden Töchter des Musikalienhändlers Carl Franz August Schott (der gleichnamige Musikverlag existiert noch heute) heirateten 1859 jeweils preußische Offiziere. Die Liste ließe sich fortsetzen.¹⁷⁸ Zu den eindeutig als Angehörige der Oberschicht identifizierten Frauen muss man wahrscheinlich auch noch einige weitere zählen, die aus dem Handwerk stammten. So war der Vater von Klara Josepha Horn, die 1818 den österreichischen Major Dubois ehelichte, Küfermeister gewesen. Seine Werkstatt und Wohnung war ein größeres Haus am Leichhof.¹⁷⁹ Als seine Tochter Klara Josepha sich verheiratete, war er schon verstorben. Dafür wurde sie immerhin durch die beiden Stadträte Kaspar Herpen und Joseph Adam Voltz begleitet, die als Zeugen im Heiratsregister auftauchen.¹⁸⁰ Die Mainzer Oberschicht verheiratete ihre Töchter also nicht ungern an Offiziere der in Mainz stationierten Truppen. Im Hinblick auf den bereits genannten Anteil von ca. 20% an den Soldatenheiraten, kann man sogar sagen, dass junge Frauen aus der Oberschicht überproportional oft Offiziere heirateten. Die Voraussetzungen hierfür waren gegeben, kamen doch die militärischen und zivilen Oberschichten allein schon durch die Einquartierung miteinander in Kontakt. So waren ein oder mehrere k. k. österreichische Offiziere bei den Kaufleuten und Gemeinderäten Karl

176 Weber-Kellermann, *Frauenleben*, S. 56–57.

177 Wegweiser der Stadt Mainz 1825, S. XI, XIII u. 132.

178 Siehe Datenbank.

179 Adressbuch der Stadt Mainz 1801, S. 19.

180 Heiratsregister 1818/1.

und Heinrich Meletta, die im Bentzelschen Hof am Karmeliterplatz wohnten, untergebracht.¹⁸¹ Ebenso bei Karl Anton Schaab, Richter am Kreisgericht¹⁸², oder bei Joseph Hämmerlein, Kaufmann und Gemeinderatsmitglied, der am Brand wohnte.¹⁸³ Die Liste ließe sich problemlos fortsetzen, allein im zweiten Halbjahr 1817 beherbergten über 370 Bürger Offiziere in ihren Wohnungen.¹⁸⁴ Es ist im Übrigen nicht erstaunlich, dass Offiziere oftmals bei angesehenen Bürgern einquartiert waren, boten doch deren Häuser am ehesten angemessene Wohnräume für die höheren Chargen. Schließlich stellt Schütz daher zu Recht fest: „Unverkrampft war das Verhältnis der bürgerlichen Mittel- und Oberschicht zu den Offizieren. Man verkehrte auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens miteinander.“¹⁸⁵ So veranstalteten sowohl Militärs als auch Bürger gerne Maskenbälle, die sicherlich eine gute Gelegenheit für Heiratsanbahnungen boten, wie Otto von Corvin andeutet: „Die Säle waren bei unserer Ankunft bereits gefüllt und die Pracht war groß. Die reichen Mainzerinnen – oder vielmehr ihre Väter – hatten sich auf das Äußerste angestrengt.“¹⁸⁶ Man „besuchte“ sich auch gegenseitig: entweder bei dem sonntäglichen Konzert der Regimentsmusik in der Neuen Anlage oder ab 1833 bei Opern- und Theateraufführungen im neu errichteten Theater. Die Mittel- und Oberschicht hatte kein prinzipielles Problem mit dem Militär. Wie bereits oben erläutert, traten die Festung und Garnison nur zu außergewöhnlichen Ereignissen wie der Revolution von 1848 und der Pulverexplosion von 1857 oder zu schöneren Anlässen, z.B. bei der Verabschiedung des österreichischen 49. Infanterieregimentes 1837, in den Fokus der Diskussionen des Gemeinderats.¹⁸⁷ Für letzteres wurde nämlich im Gemeinderat vorgeschlagen, einen Festakt für das abziehende Regiment auf Kosten der Stadt zu veranstalten.¹⁸⁸ Schließlich verließen damit auch einige Töchter (und Söhne, siehe S. 76) aus Mainz für immer ihre Heimatstadt.

Umgekehrt waren genauso die Töchter der Mainzer Mittelschicht für die Offiziere eine „gute Partie“. Neben dem angemessenen Stand brachten sie oftmals einen entsprechenden Betrag mit in das gemeinsame Vermögen, das – wie wir bereits gesehen haben – ziemlich wichtig für die Erteilung eines Heiratskonsenses war. Dies ist auch gut am Beispiel der schon erwähnten Kathinka Halein, der Mainzer Schriftstellerin und späteren Ehefrau des Revolutionärs Franz Zitz, zu sehen. Kathinka Halein wurde 1801 als Tochter des Mainzers Anton Viktor Halein geboren, der mit Teppichen, Wandbehängen und

181 Liste der Offiziersquartiere im k. k. österreichischen Revier vom 5.2.1817, in: StadtA Mz 70/582. Zum Gebäude C 284 (Bentzelscher Hof) vgl. Mitternachtsgasse 1, in: Denkmaltopographie, 2.2, S. 268 sowie StadtA Mz BPSP 399 C. Zur Tätigkeit der Gebrüder Meletta siehe Wegweiser der Stadt Mainz 1825, S. III u. 35.

182 Ebd., in: StadtA Mz 70/582; Wegweiser der Stadt Mainz 1825, S. X u. 69.

183 Ebd., in: StadtA Mz 70/582; Wegweiser der Stadt Mainz 1825, S. III u. 38.

184 Namensverzeichnis der Quartierträger der königlich preußischen und k. k. österreichischen Offiziere vom 1.5. bis 30.11.1817 bzw. vom 1.3. bis 30.9.1817, mit Betragsangabe der Vergütung, StadtA Mz 70/582.

185 Schütz, Provinzialhauptstadt, S. 378.

186 Zitiert nach Börckel, S. 205.

187 Siehe oben S. 27.

188 Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29.3.1837, Gemeinderatsprotokolle 1837, § 25 (StadtA Mz 70/7035).

Briefpapier handelte.¹⁸⁹ 1817 lernte sie – angeblich in ihrem Elternhaus – den preußischen Leutnant Karl Wild kennen.¹⁹⁰ Leutnant Wild warb um Kathinka und fand bei ihr zuerst auch Gefallen. Schließlich verlobten sie sich 1819 mit Zustimmung von Kathinkas Vaters. Da Wild als preußischer Leutnant nicht genug Geld besaß, versprach der Brautvater für die Kosten der Heirat aufzukommen. Da die Geschäfte des Vaters aber zunehmend schlechter gingen und das Vermögen der Familie erheblich abnahm, konnte er sein Versprechen nicht einlösen. Nach dem Tod ihrer Mutter 1825 verließ Kathinka Mainz, um in Darmstadt als Erzieherin zu arbeiten.¹⁹¹ In dieser Zeit kamen ihr anscheinend auch grundsätzliche Zweifel an der Beziehung zu Wild, da er „Mangel an Bildung“ hätte und sie „keine rechte Liebe für ihn empfand“.¹⁹² Während Kathinka in Darmstadt war, lernte Wild eine reiche Frau kennen, die er später anscheinend heiratete. Dafür löste er 1829, als Kathinka wieder nach Mainz zurückgekehrt war, die Verlobung wieder auf.

Zu erwähnen sind an dieser Stelle noch die Belege von Heiraten innerhalb der Garnisonsgesellschaft selbst. So zum Beispiel die im Mai 1863 geschlossene Heirat zwischen dem preußischen Feldwebel Ernst Andreas Christian Wackernagel und Catharina Josephina Jähne. Letztere wurde 1839 als Tochter eines – damals noch im aktiven Dienst stehenden – preußischen Vice-Feldwebels in Mainz geboren. So gab es im wahrsten Sinne des Wortes Generationen von Soldatenfamilien in der Bundesfestung Mainz. Wie man auch aus der bereits angeführten Grafik 2 erkennen kann, machten diese innerhalb der Garnisonsgesellschaft geschlossenen Heiraten immerhin 5% aus – eventuell würde der Anteil auch noch höher ausfallen, wenn man die nicht vor dem Mainzer Zivilstandsbeamten geschlossenen Ehen miteinbeziehen könnte.

Nach der Heirat durften die Soldaten offiziell mit ihren Frauen zusammenziehen und zusammenleben. Soldat, Frau und eventuell ihre Kinder bildeten dann einen gemeinsamen Haushalt. Sie wohnten entweder in einer vom Soldaten angemieteten Wohnung oder in einer Kaserne, wie es der oben erwähnte Paragraph aus der österreichischen Heiratsvorschrift andeutet. Gustav von Griesheim schreibt in seinem „Handbuch für den Infanterie-Officiere der Königl. Preussischen Armee“:

„Die unverheirateten Mannschaften vom Feldwebel abwärts, werden in der Regel ganz kasernirt. Von jeder Compagnie dürfen jedoch auch 3 verheiratete Soldaten mit ihren Frauen, ohne Rücksicht auf die Zeit ihrer Verheirathung, in die Kaserne aufgenommen werden, und zwar unbedingt eine als Wäscherin, eine Köchin, insofern nicht von den

189 Bock, Kathinka Zitz-Halein, S. 12-13.

190 Bock, Kathinka Zitz-Halein, S. 42. Laut der Quartierliste im k. k. österreichischen Revier vom 5.2.1817, in: StadtA Mz 70/582, stellten die Haleins (wohnhaft in D 336 an der Großen Bleiche) tatsächlich ein Quartier für einen Offizier, allerdings für einen k. k. österreichischen Offizier. Das geht aus dem Namensverzeichnis mitsamt Vergütungsaufstellung hervor (siehe Anm. 184).

191 Bock, Kathinka Zitz-Halein, S. 42–43.

192 Zitiert nach: Zehendner, Revolution von 1848, S. 23–24.

Mannschaften selbst gekocht wird, und eine Marketenderin, wenn nach der isolierten Lage der Kaserne das Bedürfnis dazu vorhanden ist.“¹⁹³

Auch in Mainz gibt es Hinweise darauf, dass die Ehefrauen von preußischen Soldaten mit diesen zusammen in Kasernen untergebracht waren. Die bereits oben erwähnte Maria Carolina Thirion wohnte bis 1822 in der Bocksgasse am Rhein, genauer gesagt im Haus A 77. Sie wohnte dort offensichtlich zusammen mit ihrer Mutter, Margreth Collin, und vielleicht nach ihrer Heirat auch mit ihrem Mann, dem Unteroffizier Gerhard Klucken.¹⁹⁴ 1823 zog sie in die Hundsgasse, A 113 – möglicherweise war dort ihr Mann einquartiert. 1825 dann wohnte sie – sicherlich zusammen mit ihrem Mann – schließlich in der Neutorkaserne.¹⁹⁵ Nur zwei Straßen weiter – allerdings 40 Jahre später – brachte Catharina Josephina Jähne ihre beiden Kinder in die Kaserne in der Jakobsberger Gasse zur Welt bringt.¹⁹⁶ Und wie Corvin uns in seinen Lebenserinnerungen mitteilt, lebten in der Universitätsstraße ebenfalls verheiratete Soldaten mit ihren Frauen – jeweils im ersten Stock.¹⁹⁷ Auch die Kasernen auf der Eisgrube und am Schlossplatz waren offensichtlich von Soldatenfamilien bewohnt.¹⁹⁸ Einige sind sogar in Außenwerken wie dem Fort Heiligkreuz untergebracht.¹⁹⁹ Ob man dort komfortabel wohnte, muss dahingestellt bleiben. Anscheinend war es aber nicht unüblich, in Friedenszeiten in Außenwerken Soldatenfamilien unterzubringen. In der preußischen Festung Koblenz gibt es nämlich ebenfalls Belege, dass Soldatenfamilien in Festungswerken – dort auf der Festung Ehrenbreitstein – untergebracht wurden.²⁰⁰

Erwähnenswert ist noch, dass knapp die Hälfte aller Heiraten keine Spuren im Mainzer Geburtsregister hinterließ, d.h. es wurden keine Kinder verzeichnet. Möglicherweise wurden diese Geburten nur noch im Taufregister des Regiments eingetragen und nicht mehr im städtischen Zivilstandsregister. Es könnte aber auch ein Hinweis darauf sein, dass einige Paare erst heirateten, kurz bevor der Soldat aus Mainz abgezogen wurde.

Zusammenfassend betrachtet, fanden Heiraten zwischen Soldaten und Mainzerinnen in allen Schichten statt. Dies ist ein Indiz dafür, dass Garnisons- und Zivilgesellschaft nicht

193 Griesheim, Compagnie-Dienst, S. 305. Laut Böckling, Frauen, S. 51 endete die „Frauenwirtschaft“ in den Kasernen angeblich bereits 1816. Wie sich das mit dem Erscheinungsdatum (1838) des erwähnten Handbuches verträgt, bleibt unklar.

194 Da sie dort laut Geburtsregister 1820/542 unverheiratet ihr erstes Kind zur Welt brachte, liegt es nahe, dass sie zu diesem Zeitpunkt auch noch dort wohnte. Ihre Mutter ist im Adressbuch 1825 unter dieser Adresse verzeichnet.

195 Geburtsregister 1825/257.

196 Geburtsregister 1863/1309 gibt die „Jakobsberggasse 6“ an; wie ein Stadtplan von 1865 zeigt, handelt es sich bei dieser Hausnummer um die Jakobsberger Haus-Kaserne.

197 Corvin, Erinnerungen, S. 158–159. Vgl. auch die spätere, meistens im 1. Stock befindliche, sog. Bel-etage.

198 Geburtsregister 1860/572 und 1862/414

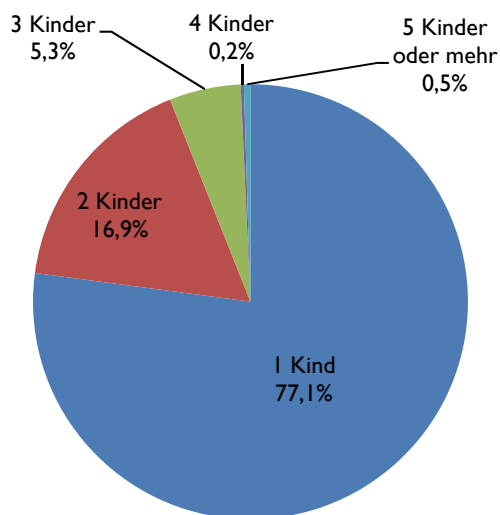
199 Geburtsregister 1862/10

200 Böckling, Frauen, S. 52. Dieser Beleg stammt allerdings aus der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg.

nebeneinander, sondern tatsächlich miteinander in Mainz lebten. Die insgesamt niedrige Anzahl ist den militärrechtlichen Rahmenbedingungen geschuldet.

3.2 Nicht-eheliche Beziehungen mit mehreren Kindern

Es ist zu vermuten, dass es neben den Ehen auch nicht-eheliche, aber dennoch langfristige Beziehungen zwischen Mainzerinnen und hier stationierten Soldaten gegeben hat. Solche Beziehungen sind davon gekennzeichnet, dass Soldat und Frau monogam und über einen längeren Zeitraum in einer festen Beziehung leben, dass beide Partner zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Basis beitragen und eventuell sogar einen gemeinsamen Haushalt bilden. Es fehlt allerdings am rechtlichen Rahmen einer gültig geschlossenen Ehe, da die bereits aufgeführten Heiratsbeschränkungen für Soldaten eine Verheichelung verhindern, obwohl beide Partner sie sich wünschen würden.



Grafik 3: Kinderzahl der nicht verheirateten Müttern 1816–1825

Solche Beziehungen sind nicht direkt – wie die Heiraten – nachzuweisen, gibt es doch im 19. Jahrhundert keine rechtliche Beziehung minderer Qualität²⁰¹ unterhalb der Ehe. Zwar führte Friedrich II. von Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Verbindungsform eigens für Soldaten und ihre Freundinnen ein, die Engelen „Liebsten-Konkubinät“ nennt.²⁰² Sie wurde aber nach dem Tod des „Alten Fritz“ in den 1790er Jahren wieder abgeschafft.

Mit Hilfe der eingangs dargestellten Methode der Familienrekonstitution lassen sich dennoch Spuren von solchen nicht-ehelichen langfristigen Beziehungen finden. Durch die

²⁰¹ Abgesehen von der Verlobung, die allerdings nur einen (nicht mal eigens im Code civil erwähnten) Zwischenschritt zu Ehe darstellt, da sie das Eheversprechen bezeichnet. Vgl. auch Jung, Zivilrechtliche Stellung der Frau, S. 80.

²⁰² Engelen, Soldatenfrauen, S. 110–112.

bereits beschriebene²⁰³ Aufnahme der Geburtsregistereinträge in einer Datenbank lassen sich nicht nur die ehelichen, sondern auch die nicht-ehelichen Familien rekonstruieren. Die nebenstehende Grafik gibt einen Überblick über die Kinderzahl der 415 nicht verheirateten Soldatenfrauen zwischen 1816 und 1825.

Davon bekommen rund 77% nur ein Kind von ihrem Partner; 70 Frauen (16,87%) haben zwei Kinder, 22 (5,3%) haben drei Kinder. In drei Fällen haben die Frauen 4 bzw. 5 Kinder von einem Partner. Vor dem Hintergrund, dass eine Schwangerschaft von der Empfängnis (Konzeption) an gerechnet durchschnittlich 269 Tage dauert²⁰⁴ und zusätzliche Faktoren die postnatale Unfruchtbarkeit der Frau verlängern können,²⁰⁵ ergibt sich ein durchschnittlicher zeitlicher Abstand von mindestens 11 Monaten zwischen zwei Geburten.

Man darf wohl zu Recht annehmen, dass Frauen, die mit einem Soldaten zwei oder mehr Kinder zeugten, eine längerfristige Beziehung mit ihm pflegten. Insofern ergibt sich, dass zumindest knapp 23% der illegitimen Soldatenkinder zwar unehelichen, aber dennoch festen Beziehungen entstammen. Der Anteil dürfte allerdings noch höher liegen. Denn wahrscheinlich befinden sich auch unter den übrigen 77% einige Frauen, die – trotz nur eines „nachgewiesenen“ sexuellen Kontakts – längerfristige Beziehungen mit Soldaten führten. Denn zum einen führte natürlich nicht jeder Geschlechtsverkehr zu einem Kind. Wir können also nicht bei allen Frauen, die nur mit einem Kind im Geburtsregister auftauchen, das Bestehen einer längerfristigen Beziehung von vorneherein verneinen. Zum zweiten sind die Grenzen der beiden Untersuchungszeiträume zu berücksichtigen. So fallen aus der ersten Dekade (1816–1825) alle Geburten jener Beziehungen heraus, die am Ende dieses Zeitrahmens beginnen und darüber hinaus bestehen blieben. Aus der letzten Dekade werden dementsprechend jene Paare nicht sichtbar, deren Kinder (bis auf eins) vor 1857 geboren wurden. Dieser Effekt sollte nicht allzu groß ausfallen, ist aber mit zu bedenken. Drittens ist der im Geburtsregister eingetragene Soldat selbst ein Indiz dafür, dass auch die Beziehungen, denen mutmaßlich nur ein uneheliches Kind entstammt, mehr als nur flüchtige Bekanntschaften gewesen sein dürften. Denn der Vater wird ja nicht von der Mutter oder einem Dritten angegeben, sondern die Vaterschaft muss selbst durch den betroffenen anerkannt werden. Ein Mann erkennt also zehn Monate nach dem sexuellen Kontakt ein Kind als das seinige an, obwohl ihn niemand dazu zwingt. Das rheinhessische

203 Siehe oben S. 11.

204 Schwangerschaft. In: Roche Lexikon Medizin, S. 1671.

205 Zu diesen Faktoren zählt zum einen das Wochenbett, d.h. die Zurückbildung der anatomischen und physiologischen Schwangerschaftsveränderungen, die insgesamt rund sechs Wochen dauert (Breckwoldt et al., Gynäkologie, S. 473). Hinzu kommt die Stillzeit. Vielfach wurde früher, besonders in der Historischen Demografie, die empfängnisverhütende Funktion des Stillens diskutiert. Medizinische Studien haben dies prinzipiell bestätigt, allerdings auch darauf hingewiesen, dass die temporäre Unfruchtbarkeit durch Stillen nur bei 80% der Frauen vorkommt und das Stillen außerdem sehr häufig und regelmäßig erfolgen muss. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Unfruchtbarkeit aber deutlich verlängert werden (Laktationssterilität In: Roche Lexikon Medizin, S. 1069; Breckwoldt, Gynäkologie, S. 475).

Recht verbietet ja eine Erforschung der Vaterschaft, die damals auch praktisch nicht durchführbar gewesen wäre.²⁰⁶ Die Rechtslage in Preußen und Österreich dürfte nicht viel anders ausgesehen haben. Dass Soldaten ein Kind männlichen Geschlechts nur deshalb anerkannten, um dadurch bei Bedarf (und späterer Heirat) einen Stammhalter vorweisen zu können, ist nicht ganz auszuschließen. Das Verhältnis von Jungen zu Mädchen beträgt allerdings 422 zu 466 (unter den unehelichen Kindern) und bleibt damit ganz im Rahmen der allgemeinen Zahlen für Mainz.²⁰⁷ Viertens werden in den Geburtsregistern nicht die Tot- und Fehlgeburten erfasst. Erstere wurden zwar im Sterberegister vermerkt, konnten allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht ausgewertet werden. Darüber hinaus können empfängnisverhütende Methoden oder Abtreibungen die Kinderzahl verringern.²⁰⁸

Einen kleinen Einblick in eine nicht-eheliche Beziehung zwischen einem Soldat und einer Mainzerin erhalten wir durch das Leben der Anna Holdenreuter, die 1801 in Mainz als Tochter eines ansässigen Zimmergesellen geboren wurde.²⁰⁹ Bereits mit 19 Jahren brachte sie ihr erstes Kind zur Welt: Ferdinand.²¹⁰ Der Vater war der aus Prag stammende Peter Steinert, Korporal im österreichischen Feldartillerieregiment Nr. 1. Von ihm bekam sie fünf Jahre später auch noch ein zweites Kind, Anna Josepha, das in der Entbindungsanstalt geboren wurde.²¹¹ Obwohl die beiden anscheinend mehrere Jahre eine Beziehung miteinander hatten, taucht Peter Steinert nach 1825 nicht mehr in den Zivilstandsregistern auf. Nach einem Vermerk im Familienregister muss er Ende der 1820er Jahre nach Prag zurückgekehrt und dort gestorben sein.²¹² Anna Holdenreuter fängt dagegen eine neue Beziehung mit einem anderen österreichischen Soldaten an: Balthasar Hitzfeld, einem fünf Jahre jüngeren österreichischen Mineur, der aus Prerau in Mähren (heute Přerov in Tschechien) stammt. Mit ihm hat sie von 1831 bis 1841 vier Kinder, von denen das erste aber mit drei Jahren stirbt. Leider wissen wir nicht, ob und wie die Familie tatsächlich zusammen gewohnt hat. In einer Kaserne durften sie sicherlich nicht wohnen, dies stand nur verheirateten Soldatenfrauen zu. Wenn Hitzfeld privat einquartiert worden war, dann ebenfalls höchstwahrscheinlich nicht zusammen mit seiner Freundin und ihren Kindern. Der Eigentümer des Quartiers hätte freiwillig sicherlich nicht zusätzlich zu den Soldaten noch eine Frau und mehrere Kinder aufgenommen. Dazu verpflichtet gewesen wäre er nicht, und die Einquartierungsbehörde wäre auch eingeschritten, da schon die Anwesenheit einer verheirateten Soldatenfrau auf das Missfallen der Quartiergeber stieß. Bildete sich doch damit im Haushalt des Quartiersgebers sehr leicht ein zweiter Haushalt, was

206 Siehe oben S. 29.

207 So beträgt 1825 unter den unehelich Neugeborenen in Mainz das Verhältnis Jungen zu Mädchen 174 zu 184, während unter den ehelichen Neugeborenen 340 Jungen nur 303 Mädchen gegenüberstehen.

208 Siehe hierzu Kapitel 3.4 .

209 Familienregister Nr. 2546.

210 Geburtsregister 1820/366.

211 Geburtsregister 1825/234.

212 Familienregister Nr. 7270.

leicht zu Konflikten führen konnte. Möglicherweise wohnte Hitzfeld aber bei seiner Freundin, war sie doch als Näherin tätig und nicht als Dienstmagd.

Nach über zehn Jahren Beziehung verlässt 1842 Balthasar Hitzfeld Mainz – wieso, ist unklar. Entweder, weil seine Einheit wieder in die Doppelmonarchie verlegt wurde, oder weil er, aus dem Militärdienst entlassen, sein Glück in seiner Heimatstadt suchen wollte. Letzteres legt ein Gesuch von Anna Holdenreuter an den Gemeinderat der Stadt Mainz nahe. Darin bittet sie den Gemeinderat, ihr „eine Unterstützung von 40 bis 50 fl als Beitrag zu den Reisekosten nach Prerau in Mähren zu bewilligen, wohin sie sich mit ihren drey unehelichen Kindern, die sie mit einem hier in Garnison gelegenen und jetzt dort etablierten ehemaligen Mineur Namens Hitzfeld erzeugt hat, begeben will, indem letzter sie zu ehelichen versprochen hat.“²¹³ Zuvor hatte Anna Holdenreuter schon den Provinzialkommissar, Freiherr von Lichtenberg, um Unterstützung gebeten. Der hatte aber abschlägig geantwortet und verwies auf die Stadt Mainz. Im Gemeinderat setzte sich das Ratsmitglied Karl Valentin Dahm ein – warum, bleibt offen. Und so bewilligte der Gemeinderat überraschenderweise die Reisekostenunterstützung und führte als Gründe dafür an, dass „es nicht nur der Bittstellerin möglich gemacht wird an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen und durch deren Verehelichung mit ihrem früheren Liebhaber der öffentlichen Moral Vorschub geleistet, sowie auch den Kindern ihren rechtmäßigen Vater und Ernährer gesichert wird, sondern was besondere Beachtung verdient, weil die hiesige Stadt durch die Wegbegebung und Verehelichung der Rubrikatin von einer Familie die ihr bey dem geringsten Anlaß zur Last fallen müßte befreit wird.“²¹⁴ Letzteres meint natürlich den Fall einer Krankheit oder sogar den Tod der Frau, wodurch dann die Stadt gezwungen wäre, sich um die noch kleinen Kinder zu kümmern. Der Fall der Anna Holdenreuter gibt uns ein gutes Beispiel davon, wie prekär die Situation von solchen nicht-ehelichen Soldatenfamilien werden konnte: Musste der Mann mit dem Regiment in eine andere Garnison oder gar in den Krieg ziehen, bedeutete das für die Frau mit ihren gemeinsamen Kindern ein erhebliches Risiko, da die eine wirtschaftliche Hälfte der Familie (die zudem noch ein regelmäßiges Gehalt bezog) wegfiel und jede Krisensituation – wie ein Krankheitsfall – nun die Familie umso stärker bedrohte.²¹⁵ Im Gegensatz zu den verheirateten Frauen durfte eine Frau, die eine nicht-eheliche Beziehung mit einem Soldaten führte, ja nicht auf die Versorgungsleistungen durch das Militär hoffen. Auch ein etwaiger Umzug der Frau musste bei einem Garnisonswechsel des Freundes aus eigener Tasche bezahlt werden, wie man an diesem Beispiel sieht. Für Mainzerinnen wurde eine solche Situation nochmals dadurch erschwert, dass die Soldaten ja zu landesfremden Truppen gehörten. In diesem Fall hätte Anna Holdenreuter zusammen mit ihren drei Kindern, von denen der älteste, Joseph, gerade sieben Jahre alt war, die beschwerliche

213 Gemeinderatsprotokolle der Stadt Mainz, Bd. 1842, 234v.

214 Gemeinderatsprotokolle der Stadt Mainz, Bd. 1842, 234v–235r.

215 Trennungen bedeuteten auch schon für verheiratete Soldatenfrauen ein Risiko, siehe Engelen, Soldatenfrauen, S. 92.

Reise von über 800 km nach Mähren auf sich nehmen müssen. Natürlich gab es auch Fälle, in denen der neue Garnisonsort nicht so weit weg lag, wie zum Beispiel Koblenz.²¹⁶

Das Gesuch von Anna Holdenreuter um Reisekostenunterstützung wurde also bewilligt. Allerdings hat sie davon keinen Gebrauch gemacht. Balthasar Hitzfeld scheint es sich anders überlegt zu haben und kehrte – als Zivilist, nicht als Soldat – nach Mainz zurück, wo er seine Freundin Anna Holdenreuter 1844 heiratete.²¹⁷ Vielleicht glaubte er, in Mainz bessere Arbeit finden und den Lebensunterhalt seiner Familie bestreiten zu können; denn gegenüber dem Städtchen Prerau, das rund 4.000 Einwohner zählte, nahm sich Mainz wie eine Großstadt aus.²¹⁸ Letztendlich können wir über Hitzfelds Motive aber nur Vermutungen anstellen. In Mainz jedenfalls verdiente er seinen Lebensunterhalt von nun an als Schuhmacher. Die gewährte Reisekostenunterstützung wurde natürlich nicht ausbezahlt; Karl Valentin Dahm sollte das Geld nur herausgeben, wenn die Reise auch wirklich angetreten wurde. Dass es sich bei dem Gesuch um Reisekostenunterstützung lediglich um eine List der Anna Holdenreuter gehandelt haben sollte, um an Geld zu kommen, erscheint unwahrscheinlich. Ist es doch zum einen das einzige Gesuch dieser Art überhaupt in den Gemeinderatsprotokollen bis 1866 und auch der Stadtrat Dahm wird sich nicht ohne weitere Prüfung für sie eingesetzt haben. 1844 bekam sie – fast genau neun Monate nach ihrer Hochzeit – noch ein weiteres Kind von Balthasar Hitzfeld. Ein letztes Kind gebar sie 1848 – im Alter von 47 Jahren – es starb aber bereits ein halbes Jahr später. Merkwürdigerweise trägt diese Tochter aber nach Anna Holdenreuters ersten Freund den Namen Maria Steinert. Ob sie sich zu diesem Zeitpunkt wieder von ihrem Mann getrennt hat, bleibt unklar. Sie und ihr Mann sterben 1857 bzw. 1863 in Mainz. Während ihre drei Söhne aus der Beziehung mit Balthasar Hitzfeld in Mainzer Familien einheiraten, verehelicht sich ihre Tochter Klara 1864 mit einem österreichischen Feldwebel und verlässt anscheinend Mainz.²¹⁹

Die Heiratsbeschränkungen sicherten also auf der einen Seite die Versorgung der Soldatenfrauen. Auf der anderen Seite standen aber diejenigen Frauen völlig ungesichert dar, deren Freund sie nicht heiraten durfte bzw. konnte. Zog der Mann ins Feld oder musste mit seinem Regiment den Garnisonsort wechseln, blieb die Frau mit den Kindern alleine zurück und musste selbst zusehen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestritt. So sparte der Militärapparat zwar vielleicht Geld, verhinderte aber nicht das Abrutschen der Soldatenfamilie ins soziale Elend. In den meisten Fällen sparte der *Staat insgesamt* auch kein Geld, fiel doch die Familie dann der kommunalen Armenkasse zur Last, wie das im vorliegenden

216 So zum Beispiel Christian Carl, der 1860 nach Koblenz versetzt wird. Er war allerdings auch verheiratet. Heiratsregister 1860/310.

217 Familienregister 10515.

218 Wolny, Gregor: Die Markgrafschaft Mähren, topographisch, statistisch und historisch geschildert. Band 1: Prerauer Kreis. Brünn 1835. S. 398.

219 Darauf deutet zumindest der Eintrag im Familienregister (10515) hin, der von einem Entlassungs-Attest spricht, den Klara Hitzfeld 1864 erhalten haben soll, um sich mit dem genannten Soldaten zu verheiraten.

Fall im Gemeinderat auch befürchtet wurde. Nur im speziellen Fall von Mainz wurden die Belastungen auf einen anderen Staat, hier Hessen-Darmstadt, abgeschoben.

3.3 Nicht-eheliche Beziehungen mit einem Kind

Neben den langfristigen nicht-ehelichen Beziehungen, denen mehrere Kinder entstammen, gibt es auch zahlreiche nicht-eheliche Beziehungen, in denen nur Kind gezeugt wird. Sie machen sogar den Großteil der im Geburtsregister nachweisbaren Beziehungen aus. Zwar muss man sicherlich, wie oben angesprochen, einen Teil davon zu den unehelichen Beziehungen rechnen, denen zwei Kinder oder mehr entstammten.²²⁰ Aber auch wenn man deshalb einen Teil abziehen würde, bliebe das Gesamtergebnis gleich: Zwei Drittel der unverheirateten Paare haben nur ein Kind zusammen. Das bedeutet, dass anscheinend der Großteil der Soldaten Beziehungen mit Mainzerinnen einging, die letztendlich nicht länger als 1–2 Jahre dauerten. Warum diese – nennen wir sie mittelfristigen – Beziehungen endeten, bleibt unklar. Möglicherweise war die Beziehung einfach in die Brüche gegangen oder der Soldat wurde mitsamt seinem Truppenteil abgezogen. Vielleicht ist dem Soldaten auch irgendwann die Sorge um Frau und Kind zu viel geworden und er hat sich einer anderen Frau zugewandt. Bevor man allerdings das Stereotyp vom promiskuitiven Soldaten bedient, sollte man nicht vergessen, dass es sich bei den soeben skizzierten mittelfristigen Beziehungen wahrscheinlich nicht um eben solche Soldaten handelt. Immerhin haben sie das Kind ja anerkannt, wofür kein rechtlich zwingender Grund bestand.

Aufschlussreich ist es, die Berufe derjenigen Frauen zu betrachten, die nur ein (uneheliches) Kind von einem Soldaten bekamen. Im ersten Untersuchungszeitraum 1816–1825 sind immerhin von 320 Frauen rund 40 % als Dienstmagd tätig. Beim Rest wurde – bis auf ein paar wenige Ausnahmen – keine Angabe zum Beruf gemacht.²²¹ Im zweiten Untersuchungszeitraum 1857–1826 ergibt sich ein ähnliches Bild: von 222 Frauen sind 48 % als Dienstmagd tätig und hier erhalten wir auch detaillierte Auskunft über andere Berufe. Als weiter verbreitete Tätigkeit kann man so noch „Näherin“ nennen. Rund 30 % gingen anscheinend keiner beruflichen Tätigkeit nach. Das Ergebnis zeigt, dass diese mittelfristigen Beziehungen vor allem Frauen der Unterschicht betrafen. Dazu gehören zweifellos die Dienstmägde, Näherinnen, Kleidermacherinnen, Büglerinnen und einige der Berufe, die unter Sonstiges gesammelt wurden.²²² Welchen sozialen Hintergrund diejenigen Frauen hatten, bei denen „ohne Gewerbe“ angegeben wurde, konnte nicht festgestellt werden. Man kann aber davon ausgehen, dass hierzu auch Töchter der Mittelschicht, etwa von Handwerkern, gehörten. Sie mussten vielleicht im Elternhaus oder im väterlichen

220 Siehe oben S. 46

221 Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Angestellten im Zivilstandsbüro in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts stellenweise noch etwas ungenau notierten.

222 Berufe, die nur einmal oder zweimal genannt wurden: Cigarrenhändlerin, Friseurin, Haushälterin, Kantinenwirtin, Köchin, Lehrerin, Musikerin, Putzarbeiterin, Putzmacherin, Speisewirtin, Stiefelstepperin, Tagelöhnerin und Wäscherin.

Betrieb mithelfen, allerdings keiner aushäusigen Arbeit nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das durften sie auch gar nicht, weil das bürgerliche Geschlechterbild maßgeblich propagierte, dass sich Frauen um Kinder und Haushalt zu kümmern hätten, während die Versorgung der Familie dem Mann zugedacht wurde. Frauen aus der Unterschicht konnten sich so einen Rückzug aufs Private nicht leisten. Sie mussten ebenfalls arbeiten, da der Verdienst des Mannes nicht ausreichte. Die Frauen arbeiteten im 19. Jahrhundert dabei meistens als Dienstmägde, Näherinnen oder Tagelöhnerinnen. In der Fabrik arbeiten im Laufe des 19. Jahrhunderts zwar zunehmend mehr Frauen, allerdings bleibt diese Tätigkeit selbst um 1900 noch hinter den drei bereits genannten zahlenmäßig zurück. Auch in Mainz bestätigt sich dieses Bild. So arbeitete 1834 die Mehrzahl der Frauen – wenn sie denn einer Tätigkeit außerhalb des Haushaltes nachgingen – als Dienstbotinnen:

Tabelle 1: Tätigkeiten, denen Männer und Frauen 1834 in Mainz nachgingen²²³

	Männer	Frauen	Insgesamt
Tagelöhner/-innen	563	480	1043
Arbeiter/-innen	238	8	291
Dienstboten	469	2488	2957

Die Dienstmägde als größte Gruppe bei den Müttern unehelicher Soldatenkinder überrascht nicht. Die generell schwierige Situation der unverheirateten Soldatenfreundinnen und ihrer Kinder, die sich aus den Heiratsbeschränkungen ergab, wurde weiter oben schon besprochen. War die Freundin des Soldaten als Dienstmagd tätig, so verschärfte sich diese schwierige Situation zusätzlich. Denn ihre Tätigkeit war durch die zivile Obrigkeit streng reglementiert, so auch in Mainz. Der hessische Landtag befasste sich seit seiner ersten Sitzung 1820 mit diesem Thema, konnte sich aber in den 1820er Jahren noch zur keiner Verabschiedung durchringen. Damit lag das Groß-Herzogtum Hessen im Trend, denn bis 1830 wurden auch in den übrigen deutschen Gebieten nur wenige Gesindeordnungen erlassen, u.a. 1819 im Herzogtum Nassau und 1822 in Frankfurt.²²⁴ Der in Rheinhessen weiterhin geltende Code civil enthielt keine Regelungen zum Gesinderecht. Im Abschnitt „Von Verdingung der Dienstboten und Arbeitsleute“ konstatiert es lediglich: „Man kann seine Dienste nur auf bestimmte, oder für eine bestimmte Unternehmung, verdingen“.²²⁵ Im Oktober 1826 sah in Mainz der Bürgermeister Freiherr von Jungenfeld

²²³ Dael, Bevölkerungsverhältnisse, S. 31. Die drei Berufe sind von ihm nach Geschlecht aufgeschlüsselt.

²²⁴ Ramm, Gesinderecht, S. 265, 270.

²²⁵ Code civil, Art. 1780. Vgl. auch Ramm, Gesinderecht, S. 266.

allerdings die Notwendigkeit „Maaßregeln zur Aufsicht über die Dienstboten [...] zu treffen“ und erließ eine neue Dienstbotenordnung.²²⁶ Vom 1. Januar 1827 an mussten sich alle Dienstboten in ein zentrales Register bei der Polizei eintragen lassen, die bei dieser Gelegenheit gleich auch die Pässe der von auswärts kommenden Dienstboten prüfte. Mit der Registrierung erhielten die Dienstboten ein Dienstbuch, in das neben ihren persönlichen Daten die einzelnen Beschäftigungsverhältnisse eingetragen werden mussten. Akribisch sollten darin Dienstbeginn, Dienstende und ein kurzes Zeugnis von der „Dienstherrschaft“ eingetragen werden. Gesinde ohne dieses Buch durfte nicht beschäftigt werden; der Verlust (ob absichtlich oder nicht) brachte die Dienstboten in große Schwierigkeiten.²²⁷ Zur weiteren und besseren Überwachung, aber auch Vermittlung, der Dienstboten wurde eine „Gesinde-Verdingung“ eingerichtet. Der Verdinger bzw. die Verdingerinnen²²⁸ vermittelten – gegen Gebühr natürlich – das arbeitssuchende Gesinde an die Arbeitskräfte suchende Dienstherrschaft und umgekehrt. Männliche bzw. weibliche Dienstboten hatten sich dort zu registrieren und ihre Anstellung bzw. Entlassung umgehend zu vermerken. Die Verdinger wiederum hatten entsprechende Meldepflichten gegenüber der Polizei. Insgesamt war es dem „[...] Verdinger und den Verdingerinnen auf's Strengste geboten, alle Manns- und Weibspersonen, welche sich durchzubringen im Stande sind, und den Verfügungen gegenwärtiger Verordnung Genüge zu leisten, verabsäumen würden, auszukundschaften und der Polizei anzuzeigen.“²²⁹ Zu den Pflichten der Dienstboten macht die Verordnung nur allgemeine Angaben.²³⁰ Gründe, die zur Ausweisung auswärtiger Dienstboten führen, sind dagegen angegeben. So haben Entlassungen „wegen nächtlicher Abwesenheit aus der Wohnung der Herrschaft ohne Erlaubnis derselben, wegen Einbringung schlechter Weibs- und Mannspersonen bei Nacht in deren Wohnung“ die Ausweisung zur Folge.²³¹ Die Dienstboten durften auch keine Wohnungen außerhalb des Hauses ihrer Dienstherrschaft anmieten; die Verordnung verbietet in diesem Fall sogar Haus- und Wohnungseigentümer direkt eine entsprechen Vermietung an Dienstpersonal. 1838 erließ dann das hessische Innen- und Justizministerium endlich eine für das ganze Großherzogtum geltende Verordnung, „die polizeiliche Aufsicht über die Dienstboten betreffend“. Sie knüpfte inhaltlich an die Mainzer Verordnung an und in

226 Dienstbotenordnung der Stadt Mainz vom 23. Oktober 1826. In: G.W. Freiherr von Wedekind (Hg.): Vaterländische Berichte für das Großherzogthum Hessen. Band 1. Darmstadt 1835. S. 208-212. Bereits 1810 hatte es anscheinend Regelungen für Dienstboten in Mainz gegeben, die betreffende Verordnung konnte aber nicht ausfindig gemacht werden.

227 Budde, Dienstmädchen, S. 152. Ein solches zeitgenössisches Arbeitsbuch (allerdings mit ausschließlich untadeligen Vermerken) ist im Stadtarchiv Mainz noch von der Dienstmagd Elisabeth Bloes, die aus Mainz stammte, aber in Straßburg arbeitete, erhalten: StadtA Mz VOA 08/371.

228 Diese Einrichtung war strikt geschlechtergetrennt. Da es deutlich mehr weibliche Dienstboten gab als männliche, gab es auch mehrere Verdingerinnen, aber nur einen Verdinger.

229 Dienstbotenordnung, Art. 16. Zu der Besetzung der Stellen der Verdinger/-innen vgl. StadtA Mz 70/14834.

230 Was den Herausgeber des oben in Anm. 226 genannten Buches auch zur Bemerkung veranlasst: „[...] allein man vermißt hier wie anderwärts über gegenseitige Rechte und Pflichten beider Theile nähere Bestimmungen.“ Ebd. S. 212.

231 Dienstbotenordnung, Art. 15.

ihr überwog das „Überwachungsinteresse, der Schutz vor Übernahme der Armenversorgung und die Vorbeugung von Prostitution“. ²³² Diese Regelungen wurden größtenteils 1855 ins Polizeistrafgesetz aufgenommen, und 1857 wurde nochmals eine Verordnung zur Klarstellung erlassen. Zwar begründeten diese Verordnungen kein der alten ständischen Ordnung verpflichtetes Recht, die tatsächliche Ungleichheit zwischen Gesinde und anderen Arbeitnehmern (von der Dienstherrschaft ganz zu schweigen) war aber enorm: „Das Gesinde befand sich auf der untersten Stufe des gesellschaftlichen Rangverhältnisses.“ ²³³

Die rechtlichen Regelungen lassen es schon vermuten: Der Alltag des Dienstpersonals in einer bürgerlichen Familie war nicht einfach. Die häusliche Arbeitsteilung „verbannte“ das Gesinde vorwiegend in die Küche, allerdings kümmerten sich die Dienstmägde auch um die Kinder der Familie. Zwar konnten es Dienstmägde gut getroffen haben und bei einer Familie arbeiten, bei der sie sich wohlfühlten. ²³⁴ Dennoch waren sie immer noch in der patriarchalischen Ordnung des Haushaltes eingebunden. Und das beinhaltete neben der möglichen Geborgenheit eines Familienlebens auch dessen andere Seite: körperliche Züchtigung und die umfassende Aufsicht des Hausherrn – bzw. der Hausfrau – über das Privatleben des Personals. ²³⁵ Die Dienstmägde blieben solange in diesem „kindlichen Abhängigkeitsverhältnis“, bis sie heirateten. ²³⁶ Die Arbeitszeiten des Dienstpersonals wurden ganz nach den Bedürfnissen des Arbeitgebers ausgerichtet: 16-Stunden-Tage waren keine Seltenheit. ²³⁷ Freizeit wird den Dienstmägden nur in sehr begrenzten Umfang zur Verfügung gestanden haben; ob sie abends ausgehen durften, hing von der Erlaubnis des Hausherrn oder der Hausfrau ab. Am ehesten konnten sich die Mainzer Dienstmägde wohl sonntags im Haus entbehrllich machen. Dann konnten sie sich mit anderen Männern, insbesondere mit Soldaten, die dienstfrei hatten, treffen. Als Ausflugsziel wählte man gerne die umliegenden Ortschaften. ²³⁸ Und an Fastnacht wird es den Hausherrn sicherlich schwer gefallen sein, ihre Dienstmägde im Haus zu behalten, wenn draußen gefeiert wurde. Die großen Maskenbälle waren zwar den höheren Chargen und dem Bürgertum vorbehalten, allerdings fand das fastnachtliche Treiben natürlich auch auf den Straßen und in den Wirtshäusern statt. Und das wohl nicht zu knapp: 1823 sah sich der Bürgermeister genötigt, das Maskentragen auf der Straße auf drei Tage zu beschränken und mit weiteren Auflagen zu versehen. ²³⁹

²³² Ramm, Gesinderecht, S. 272.

²³³ Ramm, Gesinderecht, S. 274.

²³⁴ Weber-Kellermann, Frauenleben, S. 38.

²³⁵ Weber-Kellermann, Frauenleben, S. 66.

²³⁶ Weber-Kellermann, Frauenleben, S. 38.

²³⁷ Budde, Dienstmädchen, S. 160–161.

²³⁸ Schütz, Provinzialhauptstadt, S. 389.

²³⁹ Schenk, Fastnacht, S. 28–30.

Für die Mainzer Dienstmägde gab es also sowohl rechtliche als auch praktische Schwierigkeiten, eine Beziehung zu einem österreichischen oder preußischen Soldaten zu pflegen. Gerade für Dienstmägde konnte es bei einer solchen Beziehung gefährlich werden: Es drohte der Verlust des Arbeitsplatzes oder sogar die Ausweisung aus dem Ort. Gerade das Schicksal schwangerer Dienstmädchen war oft hart, wenn ihr Arbeitgeber sie auf die Straße setzte. Die bereits genannten Vorschriften sollten das zwar verhindern, verschärften aber die Situation letztendlich nur. Aber es musste nicht einmal zu einer Schwangerschaft kommen; schon der Umgang mit einem Soldaten konnte die Dienstmädchen dem Verdacht der „Unzucht“ und „Sittenlosigkeit“ aussetzen – das verdeutlicht ein Schreiben des Kreisamtes Mainz an die umliegenden Ortschaften aus dem 1853. Grund dafür ist „das Uiberhandnehmen der syphilitischen Krankheiten bei der Garnison in Mainz“. Anscheinend hatte sich das Festungsgouvernement schon des Öfteren über die zunehmenden Geschlechtskrankheiten der Soldaten bei den zivilen Behörden beschwert. Über die bereits in der Stadt Mainz selbst getroffenen Maßnahmen hinaus – wie Kontrolle der Prostitution²⁴⁰ und Ausweisung der „lüderlichen Dienstmägde“ – bittet das Kreisamt die Bürgermeistereien der Ortschaften um Mainz um Unterstützung:

„Es ist nämlich notorisch, daß es auch nicht in den Nachbargemeinden von Mainz an Dirnen fehlt, welche ihren Körper für Geld preisgeben und namentlich mit den Soldaten der hiesigen Garnison in unzüchtigem Umgang leben. Es sind diese Frauenspersonen meistens keine Ortsangehörigen, sondern diejenigen Mägde, welche ihrer Lüderlichkeit wegen, von der Polizei hier nicht mehr geduldet werden; um ihren Verkehr mit den Soldaten nicht aufgeben zu müssen, in den benachbarten Gemeinden in Dienst zu treten pflegen, oder sich auf sonstige Weise den Aufenthalt darin zu verschaffen wissen. Ich empfehle ihnen daher, derartigen Frauenspersonen, von welchen es in der Gemeinde bekannt ist, daß sie Umgang mit Soldaten haben, fortan streng zu überwachen, und wenn dieselben auf Ermahnung hin diesen Umgang nicht sofort aufgeben, sie unnachsichtlich auszuweisen, so wie auch keine fremde Dienstmagd oder sonstige Frauensperson, welche wegen lüderlicher Aufführung von hier ausgewiesen worden ist, den Aufenthalt auch nur vorübergehend zu gestatten. Ob dermalen in Ihrer Gemeinde Frauenspersonen – seien es einheimische oder fremde – und welche unzüchtigen Verkehr mit den Soldaten der hiesigen Garnison unterhalten und ob sich etwa Soldaten in dem Ort selbst bei denselben den Tag über aufzuhalten pflegen, darüber erwarte ich Bericht von Ihnen zur weiteren Verfügung.“²⁴¹

Typisch für das 19. Jahrhundert sind die im Schreiben deutlich hervortretenden fließenden Grenzen zwischen außerehelichen Beziehungen und der gewerbsmäßigen Prostitu-

240 Zur Prostitution siehe unten S. 81ff.

241 Abschrift eines Schreibens des Kreisamtes Mainz vom 26. Februar 1853 an die Bürgermeister der umliegenden Orte betreff „das Uiberhandnehmen der syphilitischen Krankheiten bei der Garnison in Mainz“. Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Bischöfliches Ordinariat, Abteilungen Nr. 65/22.

tion. Außereheliche sexuelle Kontakte von Frauen der Unterschicht wurden oft von vornherein mit dem Verdacht der Prostitution belegt. Unter den im Schreiben angesprochenen „lüderlichen Dienstmägde“ waren sicherlich viele, die eine längere Beziehung zu einem Soldaten pflegen wollten. Insbesondere wenn die Dienstmagd nicht aus derselben Stadt oder dem jeweiligen Ort stammte, wird es zu Problemen gekommen sein. Von den im Geburtsregister nachweisbaren Soldatenfreundinnen, die ein uneheliches Kind zur Welt brachten, stammte nur ein Drittel aus Mainz.²⁴² Die übrigen kamen überwiegend aus der weiteren Region. Prinzipiell ist festzuhalten, dass die Schuld an der „Unzucht“ und den auftretenden Geschlechtskrankheiten vorwiegend den Frauen angelastet wurde.²⁴³ Aber auch Soldaten drohten durchaus disziplinarische Maßnahmen, wenn sie mit einer Frau außereheliche sexuelle Kontakte hatten. Belegt ist dies im Fall von Mainz allerdings nur am Beispiel eines großherzoglich-hessischen Soldaten:

„Betreffend die Widersetzlichkeit des beurlaubten Soldaten Peter Müller von Bretzenheim, gegen die an ihn geschehene Aufforderung das mit einer ledigen Weibsperson unterhaltende Zusammenleben aufzugeben. [...] In Rücksicht indessen die diesen Soldaten von Ihnen ertheilte Warnung und Zurechtweisung voraussichtlich von keinem Erfolg seyn wird empfehle ich Ihnenn nach der gedachten Vorschrift den ganzen Vorfall der betreffenden Compagnie [...] anzuzeigen.“²⁴⁴

Ob und inwieweit der Soldat Peter Müller nach der Rückkehr zu seiner Compagnie tatsächlich bestraft wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Unwahrscheinlich ist es aber nicht, da er nicht zur preußischen oder österreichischen Garnison gehörte, sondern als Landeskind seinen Dienst in einer großherzoglich hessischen Garnison tat. Insofern müssten auch die militärischen Behörden ein größeres Interesse daran gehabt haben, dass es nicht zu außerehelichen sexuellen Kontakten kam: aus moralischen, wie auch aus fiskalischen Gründen. Vorstellbar ist, dass es in der Stadt und Bundesfestung Mainz anders gehandhabt wurde, da eine Kontrolle der Soldaten prinzipiell schwieriger war und die die Truppen auch auswärtigen Mächten angehörten. Das Militär hatte hier wahrscheinlich weniger moralische und noch weniger fiskalische Gründe, Kontakte zu unterbinden. Die einzige wesentliche Sorge des Festungsgouvernements bestand im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten (näheres dazu im Kapitel 3.6). Dennoch war der außereheliche Geschlechtsverkehr sowohl in Preußen, als auch in Österreich strafbar, wenn der Soldat vorher der Frau versprochen hatte, sie zu heiraten:

242 Genauer gesagt 237 von 688 Frauen, siehe Datenbank.

243 Nowosadtko, Soldatenpartnerschaften, S. 304.

244 Schreiben des Kreisrats an den Bürgermeister von Bretzenheim vom 22.8.1838, in: StadtA Mz VOA 4/26.

„Wer eine Frauensperson zur Gestattung des Beischlafs dadurch verleitet, daß er eine Trauung vorspiegelt oder einen anderen Irrthum erregt, in welchem sie den Beischlaf für einen ehelichen halten mußte, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.“²⁴⁵

Bzw. die entsprechende Regelung für Österreich:

„Die Verführung und Entehrung einer Person unter der nicht erfüllten Zusage der Ehe, soll mit strengem Arreste von einem bis zu drei Monaten bestraft werden. Außerdem bleibt der Entehrten das Recht auf Entschädigung vorbehalten.“²⁴⁶

Beide Regelungen waren Teil des allgemeinen Strafrechts.²⁴⁷ Der österreichische Paragraf war zwar dem Militärstrafgesetzbuch entnommen, übernahm aber im Wortlaut die Fassung des zivilen Strafgesetzbuches. Obwohl beide Paragraphen Gesetzeskodifikationen entstammen, die erst in den 1850er Jahren eingerichtet wurden, ist anzunehmen, dass es ähnliche Regelungen bereits vorher gab. Der wesentliche Unterschied der beiden Paragraphen lag im unterschiedlichen Strafraumen. Während in Österreich den Täter eine maximale Strafe von drei Monaten Arrest erwartete, drohten ihm in Preußen bei Ausschöpfung des Strafraumes fünf Jahre Haft. Inwieweit aber diese beiden Straftatbestände tatsächlich auch geahndet wurden, kann nicht abschließend geklärt werden. Wie konnte eine im Sinne der beiden Paragraphen „betrogene“ Frau eine Strafverfolgung erreichen oder – im österreichischen Fall – eine Entschädigung einklagen? Für eine Beantwortung im Rahmen dieser Arbeit ist allein schon die rechtlichen Situation in der Bundesfestung zu diffizil: unterstanden die Soldaten der Jurisdiktion des jeweiligen Heeres, fielen die Frauen in der Regel als Untertanen unter die großherzoglich-hessische Gerichtsbarkeit. Erst nach einer Verheiratung galten sie als preußische bzw. österreichische Untertanen.²⁴⁸ Dass in einem solchem Fall über Staatsgrenzen hinweg aber der Norm durchaus Geltung verschafft werden sollte, zeigt das Beispiel des Mainzers Casper Schürger. Er arbeitete Anfang der 1830er Jahre in dem westpreußischen Dorf Jastrow bei dem Brauereibesitzer Jaros Peter. In dessen Haushalt lernte er das Dienstmädchen Hanna Luggert kennen, die sich, nach seinem Versprechen, sie zu heiraten, „zum Beischlaf verleiten [hat] lassen, und ein Kind weiblichen Geschlechts [...] zur Welt gebracht“.²⁴⁹ Da Schürger sein Eheversprechen sogar schriftlich wiederholt hatte, erkundigte der Magistrat von Jastrow sich in Mainz, ob er dort zu finden sei, damit er, „da die Hanna Luggert jetzt armuthshalber der

245 Preußisches Strafgesetzbuch, § 145. Zitiert nach: Reinhardt, H.: Das Preußische Strafrecht nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung. Berlin 1864. S. 60.

246 Österreichisches Militärstrafgesetzbuch § 779. Zitiert nach: Das Militär-Strafgesetzbuch über Verbrechen und Vergehen vom 15. Jänner 1855 für das Kaiserthum Oesterreich. Erläutert von Martin Damiantsch. 2. Aufl, Wien 1861. S. 561.

247 Die allgemeinen preußischen Strafgesetze galten auch für den Soldaten, siehe Prinz, Militärstrafrecht, S. 123.

248 So stellt der Gemeinderat 1838 fest, dass „Bittstellerin [Maria Caroline Thirion] durch ihre Verehelichung mit einem Ausländer [d.h. ein preußischer Soldat] das Orts und Staatsbürgerrecht verlustig geworden [...] ist“. Gemeinderatsprotokolle der Stadt Mainz, 1838, fol. 351r (StadtA Mz 70/7036).

249 Schreiben des Magistrats von Jastrow vom 20.11.1834 an den Bürgermeister der Stadt Mainz. In: VOA 5/1560.

Stadt zur Last fällt, einen Beschwängerungs-Prozeß gegen den Schürger einleiten“ könne.²⁵⁰ Der Ausgang der Sache bleibt leider im Dunkeln, aber der Versuch zeigt deutlich, dass zumindest preußische Behörden mutmaßlichen Vätern unehelicher Kinder nachgingen. Voraussetzung hierfür wird aber wahrscheinlich ein schriftlicher Beweis oder Zeugen für das Heiratsversprechen gewesen sein.

Was genau mit denjenigen Dienstmägden geschah, die ein Kind von einem Soldaten bekamen, ist noch nicht untersucht. Einige konnten wohl auch weiterhin in „ihrer“ Familie arbeiten. Wahrscheinlich half eine Anerkennung des Kindes durch den Soldaten auch dabei, der Ausweisung durch die Polizeibehörden zu entgehen, weil dann zwar immer noch eine nicht-eheliche Beziehung bestand, das Ziel einer Familiengründung aber „offiziell“ gemacht wurde.²⁵¹ Trotzdem war ein Familienleben unter der Voraussetzung, dass die Frau weiterhin als Dienstmagd arbeiten musste, sicherlich kaum zu realisieren. Schließlich stand der Dienstmagd – wenn überhaupt – nur eine kleine Kammer zur Verfügung. Ein Zusammenwohnen wird meist nicht möglich gewesen sein. Anders sah es vielleicht bei denjenigen Frauen aus, die als Näherinnen tätig waren. Sie standen nicht im Fokus der Behörden und u.U. konnten sie mit ihrem Partner in einer gemeinsamen Wohnung wohnen.

Tatsache ist allerdings, dass ein unverheirateter Soldat, ohne Nachteile zu befürchten, Frau und Kind verlassen konnte. Eine Vaterschaft konnte, wenn nichts Schriftliches vorlag, im 19. Jahrhundert nur schwierig nachgewiesen werden, in Rheinhessen war die Nachforschung sogar verboten.²⁵² Die Mutter dagegen musste dann sehen, wie sie sich und ihr Kind über Wasser halten konnte. Eine soziale Kontrolle, wie auf dem Land, bei der dann die Familie der Frau oder des Mannes entsprechenden Druck ausgeübt hätte, gab es in der Stadt nur in einem sehr geringem Maß.

250 Ebd.

251 Zumindest in Wien konnten von der Polizei festgenommene ledige Frauen, die der Prostitution verdächtigt wurden, durch ihren Freund (soweit dieser keinen schlechten Ruf hatte) vor einer Strafe gerettet werden. Vgl. Schrank, Prostitution in Wien, S. 267. Gleichzeitig wurden auch ledige Schwangere für „sittlich verkommen“ gehalten. Vgl. ebd. S. 271.

252 Siehe oben S. 29. Vgl. hierzu auch Wilson, Women and War, S. 148 sowie Meumann, Soldatenfamilien, S. 228–229.

Exkurs: Illegitimität in Mainz: von der Garnison verschuldet?

Der Großteil der in Mainz geborenen Soldatenkinder entstammte einer unehelichen Beziehung. Aufgrund der Heiratsbeschränkungen für Soldaten und der Lebenssituation der Paare ist – wie oben dargelegt – dieser Befund nicht sonderlich überraschend. Allerdings ergibt sich nun die Frage, inwieweit die Garnison Anteil an *allen* in Mainz geborenen unehelichen Kindern hatte. Wurde die Mainzer Illegitimitätsquote etwa durch die Anwesenheit einer Garnison merklich erhöht? Um diese Frage beantworten zu können, muss man die Geburtenentwicklung in Mainz insgesamt betrachten und in den Kontext der europäischen demografischen Entwicklung stellen.

Die Mainzer Bevölkerungsentwicklung wurde für das 17. und 18. Jahrhundert anhand von Kirchenbüchern umfassend von Walter G. Rödel untersucht. Für das 19. Jahrhundert gibt es eine ähnliche Studie nicht, allerdings liegen hier zwei zeitgenössische statistische Arbeiten von Dael und Helwig vor, die relevantes Datenmaterial bis 1872 verfügbar machen.²⁵³ Stellt man die Daten zusammen, so kann man sich ein recht gutes Bild von der demografischen Entwicklung in Mainz im 18. und 19. Jahrhundert machen (siehe Grafik im Anhang 3). Zu Beginn des 18. Jahrhunderts werden in Mainz pro Jahr im Schnitt 670 Kinder geboren, gegen dessen Ende sind es durchschnittlich rund 800 Neugeborene, ein Vierteljahrhundert später schon über 1000 Geburten pro Jahr. In den 1860er Jahren werden jährlich über 1700 Kinder geboren. Die Sterbefälle liegen ab den 1720er bis ins 19. Jahrhundert hinein über der Zahl der Geburten, ein natürlicher Bevölkerungszuwachs findet also nicht statt. Anfang des 19. Jahrhunderts fallen zwei große Spitzen bei den Sterbefällen auf: 1806/07 und 1813/14. In der letzten Spitze spiegeln sich die beiden letzten Jahre der französischen Herrschaft: Nach der Niederlage bei der „Völkerschlacht“ bei Leipzig im Herbst 1813 zogen sich die französischen Truppen zurück, betraten bei Mainz erstmals wieder französischen Boden und ließen sich deswegen hier zu einer längeren Rast nieder. Allerdings brachten die Franzosen das Fleckfieber mit, das sich daraufhin in Mainz ausbreitete. Die Epidemie raffte innerhalb weniger Monate 17.000 Soldaten und 2400 Zivilisten dahin, unter den Opfer befand sich auch der französische Präfekt der Stadt Jeanbon St. André. Erst im Frühsommer, als die Franzosen nach dem Ersten Pariser Frieden Mainz verlassen mussten, bessert sich die Lage wieder.²⁵⁴

Ab 1815 stabilisierte sich die Sterblichkeit auf einem Niveau von etwa 30 ‰.²⁵⁵ Die Zahl der Todesfälle lag seitdem – abgesehen von einigen wenigen Jahren – für die nächsten 60 Jahre unter denen der Geburten. Ab den 1830er Jahren bewegen sich die Geburten und

253 Dael, Bevölkerungs-Verhältnisse; Helwig, Mortalitäts-Statistik. Zur Diskussion der Daten siehe Anmerkungen zur Tabelle im Anhang 4.

254 Dumont, Mayence, S. 372–373.

255 Die Sterbeziffer bezieht sich auf 1000 Einwohner.

Todesfälle erst wenig, dann ab etwa 1850 aber deutlich auseinander. Erstmals seit über 150 Jahren setzte ein natürlicher Bevölkerungszuwachs ein.²⁵⁶

Und wie sieht es mit der Illegitimität aus? Im 18. Jahrhundert wurde die ganz überwiegende Anzahl der Mainzer Kinder noch in einer Ehe geboren: Die Illegitimitätsquote²⁵⁷ beträgt im 18. Jahrhundert bis 1780 durchschnittlich nur 2,24%. Erst in den beiden letzten Jahrzehnten gibt es einen deutlichen Anstieg: zuerst in den 1780er Jahren von 2,70% auf 8,04%, in den 1790er Jahren dann auf 10,65%. In der französischen Zeit steigt sie weiter auf bis zu 21% an. Nach einem kurzen Absinken zu Beginn der hessischen Zeit wächst die Illegitimitätsquote weiter und erreicht ihren Höhepunkt mit über 40% um 1860. Danach scheint sie stark abzufallen.

Der lokale Befund für Mainz passt somit gut in die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert. Es ist ein deutschlandweit zu beobachtendes Phänomen, dass die Bevölkerung im „langen“ 19. Jahrhundert stark anwuchs, indem mehr Menschen geboren wurden als starben. In Deutschland begann dieser demografische Prozess nach den napoleonischen Kriegen.²⁵⁸ Im Vorfeld dieses Bevölkerungswachstums ist ein weiteres demografisches Phänomen zu beobachten: eine deutliche Zunahme des Anteils der unehelichen Kinder an den Geburten. Seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stieg die Illegitimitätsquote von einigen wenigen Prozent auf deutlich zweistellige Werte an – gebietsweise sogar über 60%.²⁵⁹ Dabei handelt es sich um ein Phänomen, das vor allem die Unterschichten betraf.²⁶⁰ Beide Entwicklungen – Bevölkerungswachstum und Illegitimitätsanstieg – sind zwar in zahllosen Studien festgestellt worden, über die Gründe dagegen wird seit den 1970er Jahren diskutiert. Auf der einen Seite standen die Forscher, die die Ursache in einem veränderten Sexualverhalten sahen. Den Anfang machte hier 1971 Edward Shorter mit seiner These von der „sexuellen Revolution“. Nach seiner Auffassung setzte sich in der Unterschicht zwischen 1750 und 1860 der Wunsch nach (nicht nur sexueller) Selbstverwirklichung gegenüber den Zweckheiraten durch und hätte somit einen Wandel im Sexualverhalten bewirkt, was wiederum das Ansteigen der Illegitimitätsquote zur Folge gehabt hätte.²⁶¹ Demgegenüber vermuteten Louise Tilly, Joan Scott und Miriam Cohen, dass das Sexualverhalten gleich geblieben

256 Siehe Grafik im Anhang 3.

257 Als „Illegitimitätsquote“ wird in der vorliegenden Arbeit die sog. *illegitimacy ratio* bezeichnet, d.h. der Anteil der unehelichen Geburten an allen Geburten eines Jahres. Ein präziserer Messwert wäre die *illegitimacy rate*, d.h. der Anteil der unehelichen Geburten pro 1000 unverheirateten Frauen im gebärfähigen Alter. Letzterer Messwert wäre vorzuziehen, da die *illegitimacy ratio* von den ehelichen Geburten abhängig ist. Mit dem vorliegenden Datenmaterial für die Zeit zwischen 1816 und 1866 lässt sich die *illegitimacy rate* allerdings nicht berechnen, so dass auf die einfachere Variable zurückgegriffen werden musste. Siehe hierzu auch Shorter, *Sexual Revolution*, S. 259.

258 Ehmer, *Bevölkerungsgeschichte*, S. 6–9.

259 Mitterauer, *Ledige Mütter*, S. 23 u. 26. Es gab allerdings auch einige Gebiete mit traditionell hohen Illegitimitätsraten, wie z.B. der Ostalpenraum oder die skandinavischen Länder. Für den größten Teil Europas gilt jedoch die beschriebene *Zunahme* der Illegitimität – wenn auch natürlich mit regionalen Differenzen.

260 Mitterauer, *Ledige Mütter*, S. 16.

261 Shorter, *Sexual Revolution*, S. 252–253, 259.

sei, während sich die sozialen Umstände durch die Industrialisierung, Proletarisierung und Urbanisierung veränderten: „Rather, old attitudes and customary behavior interacted with greatly changed circumstances – particularly in the composition of populations – and led to increased illegitimate fertility“.²⁶² Tilly et aliae widersprechen Shorter in seiner zentralen Annahme, dass die jungen Frauen nun sich selbst verwirklichen wollten, indem sie u.a. sexuelles Vergnügen suchten:

„The women who bore illegitimate children were not pursuing sexual pleasure, as Shorter have us believe. Most expected to get married, but the circumstances of their lives – propertylessness, poverty, large-scale geographic mobility, occupational instability, and the absence of traditional social protection – prevented the fulfillment of this expectation. A number of pressures impelled young girls to find mates. One was the loneliness and isolation of work in the city. Another was the economic need: Wages were low and employment for women unstable. The logical move for a single girl far from her family would be to find a husband with whom she might re-establish a family economy.“²⁶³

Zu den Frauen, die sich in der von Tilly et aliae beschriebenen Situation befanden, gehörten daher vornehmlich in der Stadt arbeitende Dienstmägde oder Näherinnen: oftmals auf dem Land aufgewachsenen, fanden sie dort keine Arbeit und mussten sich nach einer Anstellung in der Stadt umsehen. So fanden sie sich in einer fremden Stadt und fremden Familie wieder. Hier fehlte das überschaubare soziale Umfeld der eigenen Familie und der Dorfgemeinschaft, die auf die Frau – aber auch auf den Mann – eine entsprechende Kontrolle ausübten und voreheliche sexuelle Kontakte wenn nicht unterbanden, so doch zumindest beschränkten.²⁶⁴ Zwar vertraten gerade auch bürgerliche Haushalte des 19. Jahrhunderts eine restriktive Sexualmoral, die entsprechende Kontrolle durch die „Herrschaft“ fand aber im Hinblick auf die Dienstmägde nur in Maßen statt. Zum einen verhinderte dies die Unüberschaubarkeit des städtischen Arbeitsumfeldes von Dienstmägden. Zum anderen waren die Bürger vielmehr um ihre Töchter besorgt, deren Kontakte zum männlichen Geschlecht von den Eltern sorgsam überwacht und gelenkt wurden. Den „Problemfall“ einer ledigen, aber schwangeren Dienstmagd konnte eine bürgerliche Familie ohne viel Aufsehen loswerden – für eine Tochter galt dies nicht.

Schlussendlich sind die Ursachen für die ansteigende Illegitimitätsquote in weiten Teilen Europas zwischen 1850 und 1860 bis heute immer noch nicht eindeutig geklärt, aber – wie auch schon bei Tilly et aliae deutlich wird – eines steht fest: die Ursachen setzen sich aus mehreren Faktoren zusammen, die sich zudem noch regional stark unterscheiden

262 Tilly et aliae, *Women's work*, S. 452.

263 Tilly et aliae, *Women's Work*, S. 464.

264 Rettinger, *Umgebung der Stadt Mainz*, S. 232–233. Mitterauer, *Ledige Mütter*, S. 56.

können. Letzteres betont auch Michael Mitterauer.²⁶⁵ Im Zentrum dieses heute bevorzugten „Erklärungsbündel“ steht sicherlich die Abnahme der sozialen Kontrolle an der Wende von der Frühen Neuzeit zur Neuzeit. Das verweist vorwiegend auf die von Tilly et aliae beschriebene „Entwurzelung“ alleinstehender Frauen vom Land in den Städten, schließt aber auch Säkularisierungserscheinungen, prinzipielle Veränderungen der Familienstrukturen und anderes mehr ein.²⁶⁶

Vor diesem Hintergrund ist nun die Entwicklung der Illegitimitätsquote in Mainz zu betrachten. Dabei wird schnell klar, dass in Mainz einige spezifische lokale Faktoren zu beachten sind. In erster Linie ist hier die Einrichtung der kurfürstlichen Hebammen-Lehranstalt zu nennen. Diese – später auch „Accouchement“ bzw. „Entbindungsanstalt“ genannte – Einrichtung wurde 1784 im Pfarrsprengel von St. Emmeran eingerichtet. Der Mainzer Erzbischof Friedrich Karl Joseph von Erthal verfügte, dass ledige Frauen aus Mainz und Umgebung dort ihr Kind zur Welt bringen sollten. Dafür wurde den Frauen im Gegenzug Straffreiheit für ihren „Fehltritt“ gewährt. Rödel hat deshalb die illegitimen Geburten in St. Emmeran von 1781 bis 1798 genauer untersucht: Werden dort 1781 bis 1783 jährlich nur 7 bzw. 9 uneheliche Kinder registriert, sind es 1784 – im Jahr der Einrichtung – schon 23. Im Jahr darauf zählt er 56 illegitime Kinder. In den folgenden Jahren steigt die Anzahl weiter an und pendelt sich bis 1792 bei über 70 ein, bis sie danach wieder abfällt.²⁶⁷ Die Hebammen-Lehranstalt erweist sich also als nicht zu vernachlässigender lokaler Faktor für die Illegitimitätsquote in Mainz, den Rödel sogar vorsichtig einzuschätzen versucht: „Unter Ausschluß der Ortsfremden und vorsichtiger Hochrechnung der Anzahl der von Gemeindemitgliedern von St. Emmeran geborenen illegitimen Kinder könnte man bei grober Schätzung ein Ansteigen der Illegitimenquoten für die gesamte Stadt auf 4,5 bis 5,6% – statt 8,04 bzw. 10,65% – vermuten.“²⁶⁸ Die Vermutung geht also dahin, dass die Entbindungsanstalt die Zunahme der unehelichen Geburten „mitverschuldet“ hat, da dort auch auswärtige ledige Frauen ihr Kind zur Welt brachten. Ende 1793 wurde das Reichklarakloster allerdings an die Benediktiner abgetreten und es war somit nur noch theoretischer Unterricht für die Hebammen möglich. Schwangere Frauen konnten nicht mehr aufgenommen werden. Von 1793 bis zur Wiedereröffnung 1806 entfällt also die Hebammen-Lehranstalt als Faktor für den Illegitimitätsanstieg.

Ein zweiter lokaler Faktor für die Illegitimitätsquote war die Frömmigkeit und Religiosität der Mainzer Bevölkerung, die im 18. Jahrhundert noch stark gewesen war. In Mainz, das bis 1792 Sitz des Erzbischofs war und zahlreiche Klöster und Kirchen beherbergte, fanden jährlich über 5000 Messen, Andachten, Prozessionen und Kirchenfeste statt – unter großer Beteiligung der Bevölkerung. Daher „konnten sich eine Dechristianisierung und

265 Mitterauer, *Ledige Mütter*, S. 29,

266 Insbesondere Mitterauer, *Ledige Mütter*, S. 41ff. befasst sich mit Verwandtschaftssystem und Familienform; beides ist aber für Mainz als „Großstadt“ eher weniger relevant.

267 Rödel, *Bevölkerung*, S. 170.

268 Rödel, *Bevölkerung*, S. 170.

eine „laxe Haltung“ nicht breitmachen. Sicherlich hat auch die Furcht vor einem öffentlichen Skandal und vor kirchlichen Strafen, worauf sich in vielen Kirchenbuch-Eintragungen Hinweise finden, zu diesem Verhalten beigetragen.²⁶⁹ Bestätigt wird Rödel's Annahme durch die Erkenntnisse Jüttes, dass in Mainz im 18. Jahrhundert empfängnisverhütende Methoden eher nicht verbreitet gewesen sind.²⁷⁰ Aus Sicht der katholischen Theologie war Empfängnisverhütung nämlich eine Sünde am vom Gott geschenkten Leben, schon der *coitus interruptus* wurde von der Kirche kritisch betrachtet.²⁷¹ Diese Ergebnisse korrespondieren mit denen von Michael Mitterauer, der zwar zwischen evangelischen und katholischen Gebieten keine prinzipiellen Unterschiede in den Illegitimitätsquoten feststellen kann, aber auf die lokal unterschiedliche kirchliche Bindung bzw. die tatsächliche Durchsetzung der kirchlichen Normen hinweist. Der religiöse Faktor zeigt bezüglich der Illegitimität somit vor allem im regionalen oder sogar lokalen Rahmen Wirkung.²⁷²

Diese Bedingungen änderten sich um die Wende zum 19. Jahrhundert, als Mainz französisch wurde. In dieser Zeit fand eine bis dahin ungekannte Umwälzung der städtischen Gesellschaft statt: Mainz verlor seine Funktion als barocke Residenzstadt des Erzbischofs; Adel und weite Teile des Klerus hatten Mainz verlassen. Die auf den Adel und seine Bau- und Kaufkraft ausgerichtete Wirtschaft musste sich mühsam umstellen. Die nun leerstehenden Adelspalais wurden vorwiegend als Kasernen oder Militärmagazine genutzt. Auch die alte Wirtschaftsordnung wurde abgeschafft: die Zünfte wurden aufgelöst und die Gewerbefreiheit eingeführt. An die Stelle der bisher aristokratischen Oberschicht rückte so eine neue Elite aus großbürgerlichen Handels- und Kaufleuten sowie den neuen Beamten. Innerhalb weniger Jahre war Mainz eine bürgerliche Stadt geworden, die in dieser Hinsicht allerdings auf keinerlei Tradition – wie etwa Frankfurt – zurückblicken konnte.²⁷³ Zusammen mit diesen Transformationsprozessen fand auch eine beispiellose Säkularisierung statt: Die neuen städtischen Behörden übten sich – zumindest in den ersten Jahren – in antiklerikalen Schmähungen und verboten Prozessionen und Wallfahrten.²⁷⁴ Wie eingangs erwähnt, wurden auch die Registrierung der Lebensabschnitte Geburt, Heirat und Tod „verstaatlicht“, indem die Zivilstandsregister eingeführt und die Kirchenbücher eingezogen wurden. Im Juli 1802 wurden schließlich die Klöster und Stiftskirchen verstaatlicht. Diejenigen Ordensleute, die bis dahin Mainz noch nicht verlassen hatten, taten dies spätestens jetzt. Die ehemals kirchlichen Gebäude wurden weitgehend an Bürger verkauft und dienten nun als Lagerhallen oder Werkstätten.²⁷⁵ Im Hinblick auf die Problematik der Illegitimität ist nun vor diesem Hintergrund eine Frage besonders interessant: wie wirkte

269 Rödel, Bevölkerung, S. 176.

270 Jütte, Persistenz des Verhütungswissens, S. 217. Siehe auch oben S. 74.

271 Noonan, Empfängnisverhütung, S. 490 u. 500.

272 Mitterauer, Ledige Mütter, S. 33–35.

273 Dumont, Mayence, S. 351–352.

274 Dumont, Mayence, S. 355.

275 Dumont, Mayence, S. 364.

sich diese von oben ausgelöste Säkularisierung auf die Wertevorstellung der Mainzer Bevölkerung aus? Wandelten sich deren bisher stark katholisch geprägten Moralvorstellungen? Anfangs zumindest nicht – dafür sorgte die allzu rigide betriebene kirchenfeindliche französische Religionspolitik: „Die ganz überwiegende Mehrheit der Mainzer hatte noch eine sehr enge Bindung an ihre katholische Kirche.“²⁷⁶ Das in Wort und Tat rüde Vorgehen der französischen Behörden vor allem gegen die katholische Kirche wird die Mainzer daher vielleicht eher in eine proklerikale Haltung gezwungen haben. Erst als Napoleon später die Religion wieder rehabilitierte – wenn auch im Rahmen einer für alle Konfessionen geltenden Religionsfreiheit –, hat sich diese proklerikale Haltung vielleicht gelockert, weil die Bürger sich mit der neuen Ordnung nun eher arrangieren konnten. Man muss außerdem auch berücksichtigen, dass nicht nur die Französische Revolution Träger einer allgemeinen Dechristianisierung war. Schon vor diesem epochalen Einschnitt wurde durch den Humanismus und die Aufklärung eine Säkularisierung in Gang gesetzt, die freilich viel langsamer und subtiler wirkte: „Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte offenbar der barocke Gott der Rache und der Strafe an Akzeptanz verloren. An seine Stelle trat ein ferner Schöpfergott, der die Welt eingerichtet hatte, aber seitdem darauf verzichtete, ihren Gang und das Schicksal der Menschen durch Wunder oder strafendes Unglück zu beeinflussen.“²⁷⁷ Zu vermuten ist daher, dass diese schleichende Säkularisierung durch die französische kirchenfeindliche Politik eher gebremst denn beschleunigt wurde. Erst durch die vordergründige Versöhnung Napoleons mit der Religion konnte sie – vor dem Hintergrund der veränderten Gesellschaftsordnung nun vielleicht aber stärker – wieder ihre Wirkung entfalten.

Neben die Säkularisierung traten gleichzeitig andere Faktoren, die die Illegitimitätsquote beeinflussten. So eröffnete 1806 die Hebammen-Lehranstalt als „Accouchement“ wieder ihre Pforten²⁷⁸, in der sogar 1811 eine Drehlade („Triller“) zur Abgabe unerwünschter Neugeborener eingerichtet wurde, die sich bis 1815 dort befand. Letztgenannte Einrichtung erhöhte abrupt und deutlich die Zahl der ausgesetzten und verlassenen Kinder. Ob die Drehlade den Kindsmord verhinderte oder die Aussetzung begünstigte, wie bereits von Zeitgenossen gegargwöhnt wurde, blieb fraglich und so wurde sie 1815 abgeschafft.²⁷⁹ Die Hebammen-Lehranstalt dagegen blieb weiterhin bestehen und zog auch viele auswärtige ledige Mütter zum Entbinden nach Mainz – u.a. aus Darmstadt, Frankfurt und Rheinhessen. Im Jahr 1820 beispielsweise wurden 245 uneheliche Kinder geboren; 61

276 Dumont, Mayence, S. 355.

277 Schlögel, Glaube Alteuropas, S. S. 79–80.

278 Dumont, Helfen und Heilen. S. 789.

279 Wiehler, Verlassene Kinder, S. 20–21.

Kinder davon hatten eine Mutter, die nicht aus Mainz stammte und auch nicht hier arbeitete.²⁸⁰ Zeitgenössische Autoren schoben daher auch die „Schuld“ am Anstieg der unehelichen Geburten in Mainz vorwiegend ortsfremden Müttern zu, die aus dem gesamten Großherzogtum Hessen kamen, um in der Entbindungsanstalt ihr Kind zur Welt zu bringen.²⁸¹ Dabei ist allerdings zu beachten, dass von den älteren Autoren, wie Dael oder Helwig, als „Mainzerinnen“ nur diejenigen Frauen angesehen wurden, die hier geboren worden waren oder deren Familie hier schon länger lebte. Frauen, die nur in Mainz arbeiteten wurden anscheinend nicht mit gezählt.²⁸²

Bezüglich des 18. Jahrhunderts stellte schon Rettinger die Frage, welchen Einfluss die Garnison auf die illegitimen Geburten hatte.²⁸³ Für den Zeitraum von 1700 bis 1720 hat er die Pfarrei St. Stephan genauer betrachtet, die er als „Militärpfarrei“ charakterisiert, da dort vermehrt Soldaten in den Kirchenbüchern auftauchen.²⁸⁴ Seine Vermutung ist, dass daher dort eine größere Anzahl von unehelichen Kindern zu erwarten wäre. Im genannten Zeitraum kann er aber von insgesamt 1478 Kindern nur 24 Kinder illegitimer Herkunft feststellen, was einem Anteil von 1,62% ergibt. Die Hälfte dieser unehelichen Kinder hat einen Soldaten zum Vater, was Rettinger aber nur als Beleg dafür sieht, dass es lediglich einen hohen Prozentsatz an Militärs in dieser Pfarrei gegeben hat. Für drei verschiedene Zeiträume des 18. Jahrhunderts (die beiden ersten Jahrzehnte, der Siebenjährige Krieg sowie das letzte Jahrzehnt) hat er außerdem die Garnisonsstärken der Illegitimitätsquote gegenübergestellt – für die Jahre 1789 bis 1797 sogar recht genau mit Hilfe der illegitimen Konzeptionen.²⁸⁵ In der Tat erschließt sich bei der Betrachtung der Grafik (siehe Anhang 6) kein direkter Zusammenhang zwischen den unehelichen Konzeptionen und der Anzahl der Soldaten. Als Ergebnis hält Rettinger daher fest: „Die Frage nach dem Einfluß der Garnison auf die Höhe der Illegitimitätsquoten konnte für die Stadt Mainz negativ beantwortet werden“.²⁸⁶ Rettinger unterscheidet in der Grafik allerdings nur nach der Staatszugehörigkeit der Truppen. Es ist fraglich, ob das ausreichend ist, um einen etwaigen Zusammenhang zwischen der Anwesenheit von Soldaten und der Illegitimitätsquote nachweisen zu können. So wurde nicht bedacht, dass unterschiedliche Truppenteile auch unterschiedlich stark Kontakt zur weiblichen Zivilbevölkerung herstellen konnten. In die-

280 Eigene Zählung im Geburtsregister 1820. Gezählt wurden alle Frauen, deren Geburtsort und Wohn- bzw. Arbeitsort nicht Mainz war und die zudem in der Entbindungsanstalt ihr Kind zur Welt gebracht hatten.

281 Dael, Bevölkerungsverhältnisse, S. 11–12; Helwig, Mortalitäts-Statistik, S. 7–8; sowie Brühl, Mainz geschichtlich, S. 340.

282 Das legt zumindest die Tabelle Dael, Bevölkerungsverhältnisse, S. 11, nahe, der für 1846 263 uneheliche Kinder zählt, von deren Müttern nur 30 aus Mainz wären.

283 Rettinger, Mainzer Garnison, S. 117.

284 Rettinger, Mainzer Garnison, S. 118. Als Begründung führt er an, dass es „Schwerpunkte in der Präsenz von Soldaten in den Kirchenbüchern gibt“ (ebd. S. 11). Gleichzeitig konstatiert er jedoch, dass es noch der Klärung bedürfe, ob es in Mainz eine Militärpfarrei gab.

285 Rettinger, Mainzer Garnison, Anhang Fig. 9 und 10.

286 Rettinger, Mainzer Garnison, S. 120.

sem Zusammenhang ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass die österreichischen Soldaten längst nicht immer aus deutschsprachigen Gebieten stammten. Auch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Waffengattungen oder logistischen Truppenteilen mag Einfluss auf die Kontakte zu Mainzerinnen gehabt haben. Insgesamt sind die Ausführungen Rettingers zu diesem Problem also zu knapp geraten, als dass sie wirklich eine abschließende Antwort zuließen.

Rödel hat sich deshalb dem Problem später nochmals angenommen. Für den Siebenjährigen Krieg stimmt er Rettingers Ergebnis zu, erklärt es aber auch: Die Garnison wurde nämlich nicht verstärkt, sondern im Gegenteil verringert, da ein Kontingent im Felde stand. Darüber hinaus wurde die Festung auch in keiner Weise vom Krieg berührt. Für den besonders interessanten Zeitraum in den 1790er Jahren untersuchte Rödel nochmals zwei Mainzer Pfarreien im Hinblick auf den Beruf der Väter. Für St. Stephan zählt er – wie Rettinger auch – 234 Soldaten als Väter unehelicher Kinder, was einem Anteil von über 50% entspricht. Kein überraschendes Ergebnis in einer Pfarrei, die vorwiegend von Unterschichten und in Kasernen einquartierten Soldaten besucht wurde. Dann zieht er aber zusätzlich mit der Pfarrei St. Quintin ein Gegenbeispiel heran, da diese „eine Pfarrei des Mittelstandes und Zentrum des Handels“ gewesen sei. Obwohl sich dort der „Anteil der Soldaten bei den unehelichen Vätern viel bescheidener ausnehmen müsste“, konnte er einen Anteil von rund 40% feststellen. Rödel bilanziert daher: „Es ist müßig, die Illegitimenquote von Mainz unter Ausschluß des militärischen Elements in der Stadt eruieren zu wollen, was die theoretische Konstruktion einer äußerst „tugendsamen“ Stadt implizieren würde, doch muß aus dieser Sicht der Dinge Rettinger widersprochen werden, der der Garnison keinen Einfluß auf die Illegitimenquote zugebilligt hat“.²⁸⁷ Im Gegensatz zu Rettinger verweist auch Rödel auf das grundlegende Problem der Heiratsbeschränkungen für Soldaten. Beide beschäftigen sich aber nicht weitergehend damit, so dass leider für das 18. Jahrhundert keine Hinweise auf entsprechende Quellen, z.B. Artikel in kurmainzischen Kriegsreglements, vorliegen. Auch wird von beiden das Problem vernachlässigt, dass sich zwar eine große Anzahl an Soldaten in der Stadt aufgehalten, aber teilweise nur in relativ kurzen Zeiträumen von einigen Monaten. Auch die gespannte Lage in einer immer wieder umkämpften Stadt werden die Möglichkeiten der Soldaten und der Mainzerinnen zu sexuellen Kontakten oder gar Beziehungen nicht wirklich erhöht haben – ein Aspekt, der anscheinend falsch eingeschätzt wird. So schreibt Rödel: „Die unruhigen Jahre der Kriege ab 1792/93 fallen dagegen kaum ins Gewicht, die doch eigentlich in erster Linie eine Zunahme der Quote hätten verursachen müssen.“²⁸⁸ Um die Auswirkungen der Garnison auf die Illegitimitätsquote in Mainz im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts abschließend zu bewerten, wäre daher eine detaillierte Untersuchung nötig, die die angesprochenen Lücken klärt. Dies kann allerdings nicht im Rahmen dieser Arbeit

287 Rödel, Bevölkerung, S. 172

288 Rödel, Bevölkerung, S. 170.

geleistet werden, für die es ausreichend ist, lediglich Rödel's Fazit festzuhalten: ein Einfluss der Garnison war auch im nicht durch Frieden (und damit Alltag) geprägten letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts vorhanden.

Ob und wie weit die französische Garnison zwischen 1798 und 1814 Einfluss auf die Illegitimitätsquote der Stadt Mainz hatte, kann nicht geklärt werden, da es bisher dazu keine Untersuchungen gibt. Vor dem Hintergrund der eben diskutierten Ergebnisse für das ausgehende 18. Jahrhundert wird ein Einfluss kaum zu verneinen sein. Dass die hier stationierten Truppen aus Frankreich kamen, wird die Problematik vielleicht sogar noch verschärft haben. So ist es nicht überraschend, dass sich unter verlassenen Kindern zahlreiche befanden, deren Väter Soldaten gewesen waren.²⁸⁹

Für den Zeitraum 1816 bis 1866, der den zeitlichen Rahmen dieser Arbeit bildet, ist der Einfluss der Garnison auf die Mainzer Illegitimitätsquote aufgrund der erhobenen Daten recht gut festzuhalten. Wie schon erwähnt, war der Anteil der unehelich geborenen an allen Soldatenkindern besonders im ersten Jahrzehnt (1816-1825) mit im Schnitt 78 % sehr hoch. Damit liegt er weit über dem städtischen Durchschnitt, der in diesem Zeitraum 27% betrug. Der Einfluss der Garnison auf diese Illegitimitätsquote wird deutlich, wenn man den Anteil der unehelich geborenen Soldatenkinder an allen unehelich Geborenen berechnet: er lag im ersten Jahrzehnt durchschnittlich bei etwa 17 %. Spitzenjahr war das Jahr 1825, als die Soldatenkinder über ein Viertel aller unehelich geborenen Kinder ausmachten. Bereinigt²⁹⁰ man die Illegitimitätsquote um die Soldatenkinder ergibt sich für das erste Jahrzehnt folgendes Bild:

Tabelle 2: Illegitime Kinder in Mainz (alle Angaben in Prozent)

Jahr	Illegitimitäts- quote	Bereinigte Ille- gitimitäts-- quote	Illegitimitäts -quote der Garnison	Anteil der Sol- datenkinder an allen Geburten	Anteil der Solda- tenkinder an al- len illegitimen Geburten
1816	22,14	20,33	75,76	2,99	10,25
1817	22,61	20,69	67,57	3,57	10,68
1818	18,78	16,41	77,14	3,67	15,08
1819	26,15	22,44	83,87	5,71	18,31
1820	24,55	20,74	78,69	6,11	19,59
1821	30,18	26,26	79,45	6,7	17,63
1822	29,22	24,46	79,31	7,95	21,56
1823	32,96	29	72,37	7,71	16,92
1824	34,47	29,09	88,89	8,55	22,04
1825	35,76	29,19	79,49	11,69	25,98

²⁸⁹ Wiehler, Verlassene Kinder, S. 15–16 sowie S. 89. Bei verlassenen Kindern waren – im Gegensatz zu ausgesetzten Kindern – die Eltern zwar verschwunden, aber oft bekannt, siehe ebd. S. 26.

²⁹⁰ „Bereinigt“ heißt in diesem Fall, dass die Zahl der unehelich geborenen Soldatenkinder sowohl von der Zahl der unehelichen Geburten wie auch der Geburten überhaupt abgezogen und danach der Anteil neu berechnet wird.

Durch die bereinigte Illegitimitätsquote sieht man, dass die Garnison im ersten Jahrzehnt die Illegitimitätsquote um bis zu 5% erhöhte. Der tatsächliche Effekt dürfte aber noch höher ausgefallen sein, da die Fälle nicht erfasst sind, in denen der Vater des Kindes zwar ein Soldat war, aber dies – mangels förmlicher Anerkennung – nicht im Zivilstandsregister vermerkt ist. Es verbleibt also – wie bei vielen Statistiken – eine schwer einzuschätzende Dunkelziffer. Im Jahr 1820 beispielsweise fehlt bei 159 (unehelichen) Geburten die Anerkennung des Kindes durch den Vater und es bleibt damit unklar, welcher Bevölkerungsgruppe er angehörte.²⁹¹ Die Ergebnisse des untersuchten Jahrzehnts von 1816 bis 1825 unterstützen also die These Daels, der vermutet: „Ein weiterer Grund der in unserer Stadt vorkommenden zahlreichen unehelichen Geburten liegt in dem vielen Militär, welches seit den Zeiten der französischen Revolution bis jetzt fortwährend durch Mainz zog oder dessen Besatzung bildete“.²⁹² Nicht durch die erhobenen Daten aus den Zivilstandsregistern der Stadt Mainz sichtbar werden die unehelichen Soldatenkinder, die in den Dörfern um Mainz geboren wurden. Schon Rettinger hat dies bemerkt, als ihm die etwas höhere Illegitimitätsquote der stadtnahen Dörfer – gegenüber den etwas weiter entfernten Ortschaften – auffiel.²⁹³ Für das 19. Jahrhundert kann man den Einfluss der Mainzer Garnison auf die umliegenden Dörfer am Beispiel von Weisenau, einem südlich am Rhein gelegenen Vorort, skizzieren. Im Zeitraum zwischen 1815 und 1866 wurden dort 72 Kinder geboren, deren Vater Militärangehöriger war.²⁹⁴ Bei den im katholischen Kirchenbuch verzeichneten Kindern ist bis Anfang der 1830er Jahre meistens ein österreichischer Soldat als Vater angegeben. Danach wurde meistens ein preußischer Soldat als Vater verzeichnet. Eine Stichprobe in den Jahren 1853 und 1854 ergab, dass in Weisenau einige preußische Soldaten mit ihren Frauen wohnten, deren Neugeborene dann im örtlichen Geburtsregister vermerkt wurden.²⁹⁵ Weisenau war der nächstgelegene Vorort zur Festung.²⁹⁶ Die Bebauung des Dorfes begann lediglich 300 Meter entfernt vom 1830 fertig gestellten Fort Weisenau. Nicht selten besuchten Soldaten der Bundesfestung Mainz in ihrer freien Zeit die umliegenden Ortschaften.²⁹⁷ Umgekehrt engagierten die Weisenauer für ihre Kirchweihfeste gerne Militärmusiker aus der benachbarten Festung.²⁹⁸ Die Kirchweihfeste waren anscheinend sowieso gute Gelegenheiten, sich kennenzulernen, wenn

291 Eigene Zählung, Geburtsregister 1820.

292 Daels, Bevölkerung-Verhältnisse, S. 12.

293 Rettinger, Umgebung der Stadt Mainz, S. 233 u. 240.

294 Die Geburtsdaten der in Weisenau geborenen Soldatenkinder wurden freundlicherweise von Dr. Dr. Martina Rommel, Mainz, zur Verfügung gestellt. Die Aufstellung (siehe Anhang 7) ist eine Auswertung der katholischen Kirchenbücher (Taufen) und der Geburtsregister für Weisenau.

295 Bei Weisenau stand auch das „Klösterchen“, dass im 19. Jahrhundert als Kaserne diente. Zudem hatte Corvin in Weisenau zeitweise sein Quartier, ders., Erinnerungen, S.218.

296 Zahlbach gehörte zur Stadt Mainz; In der Nähe von Mombach und Gonsenheim lagen lediglich die Übungsplätze im Großen Sand. Zur Lage siehe StadtA Mz BPSP 410 D.

297 Schütz, Provinzialhauptstadt, S. 389. Darauf deuten auch erhalten gebliebene Aktenstücke über randalierende Soldaten in Gonsenheim hin, StadtA Mz VOA 08/75.

298 Protokoll des Büros des Kreisrates für den Landbezirk des Kreises Mainz vom 3. August 1842, in: StadtA Mz VOA 5/1560

man Corvin Glauben schenken darf: „Auch die Kirchweihen in der Umgegend von Mainz wurden von uns fleißig besucht, denn eine Kirchweih am Rhein ist ein sehr heiteres Fest und die hübschen Mädchen sind hier ganz anders wie in Bier- und Schnapsländern.“²⁹⁹

Die Rolle des Militärs für die Mainzer Illegitimitätsquote ist also nicht unerheblich. Auf den Faktor Militär weist im Hinblick auf die Illegitimitätsquote der Habsburger Monarchie auch Mitterauer hin, der sich allerdings nicht auf entsprechende Zahlen, sondern auf Berichte der katholischen Bischöfe stützt. Diese nennen verschiedene Gründe für die Zunahme der illegitimen Geburten durch die Anwesenheit von Militär: „[...]Einquartierungen des Militärs in Friedenszeiten in Bürgerhäusern, wo es an Kasernen fehlt, insgesamt der Einfluss des Militärs in Garnisonsstädten, die freieren Sitten, die die Soldaten nach dem Krieg beibehielten“. Den Soldaten wurde seitens der Bischöfe eine prinzipielle „Zügellosigkeit und Verführung“ vorgeworfen.³⁰⁰ Der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler sah im Militärdienst ebenfalls eine Gefährdung der „Sittlichkeit“ junger Männer – wenn auch differenzierter, als es seine österreichischen Kollegen taten:

„Der Militärdienst hat Manches an sich, was für Sittlichkeit und Religion förderlich sein kann. Namentlich lernen dort alle Pünktlichkeit, Ordnung, Gehorsam, Anstand. Das ist um so wichtiger, wenn wir bedenken, wie manche junge Leute in Rohheit, Frechheit, Widerspenstigkeit aufwachsen. Aber auch die besonderen Gefahren des allgemeinen Militärdienstes sind groß. Alle jene vielen Jünglinge, die im deutschen Landvolke in sittenreinen Familien heranwachsen, kommen jetzt plötzlich in Gefahren, die sie sonst nie kennen gelernt hätten.“³⁰¹

Ketteler bezieht die „Gefahren“ dabei nicht nur auf die Sexualmoral der jungen Soldaten, sondern auch auf die Ausübung der Religion:

„Es ist bezüglich der religiösen Haltung des Soldaten ein großer Unterschied zwischen dem ersten und dem dritten Dienstjahre; die Erkaltung nimmt, freilich mit Ausnahmen, nach der Länge der Dienstzeit zu. Das dritte Jahr ist weitaus das verderblichste für das religiöse sittliche Leben des Soldaten. [...] In vielen Garnisonen kennt man es schon nicht mehr anders, und das protestantische Sitzen statt des katholischen Knieens, welches mit dem Glauben an die Gegenwart Christi im heiligen Altarsacrament so innig zusammenhängt, ist bereits vielfach Ritus des modernen Militär-Gottesdienstes geworden.“³⁰²

Kettelers Kommentar mag zwar aus der Perspektive katholischer Moralvorstellungen die Realität überzeichnen, er weist aber damit dennoch auf das auch von heutigen Historikern

299 Corvin, *Erinnerungen*, S. 218.

300 Mitterauer, *Ledige Mütter*, S. 90.

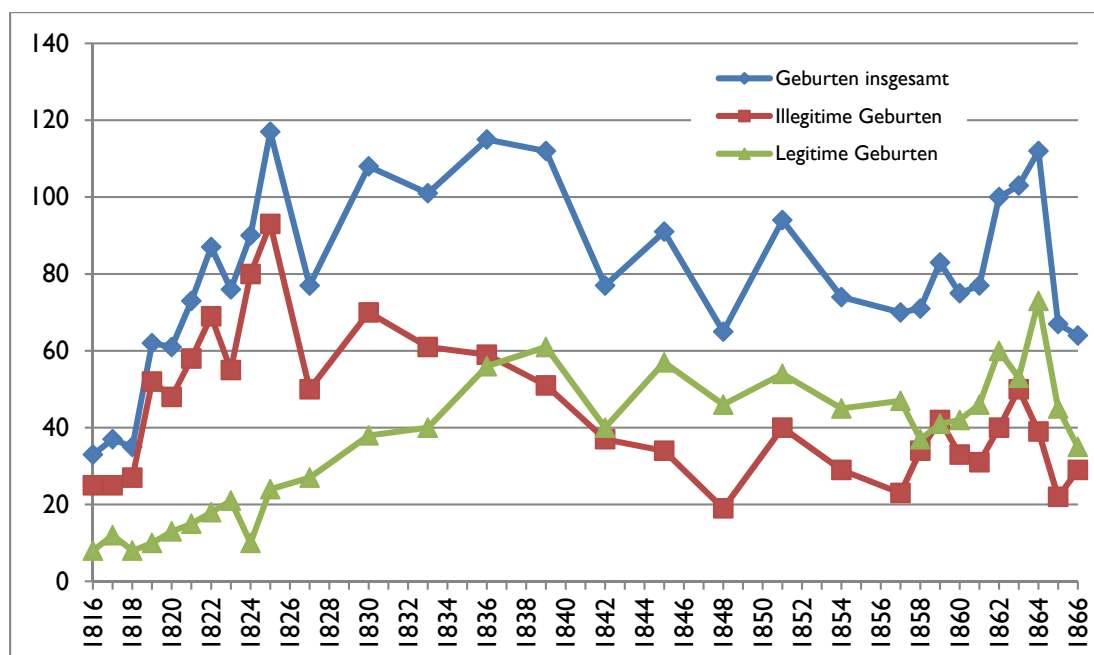
301 Ketteler, *Militär-Seelsorge*, S. 30.

302 Ketteler, *Militär-Seelsorge*, S. 21.

benannte Problem³⁰³ hin: Soldaten waren – ähnlich wie die Dienstmägde – in der Stadt ihrem ehemals festen sozialen Umfeld entrissen, eine Kontrolle des sozialen Verhaltens fand nur in dem Maße statt, wie es für die Funktionalität des Militärs notwendig war. Darüber hinausgehende Kontrollen – insbesondere des Sexuallebens – waren deutlich eingeschränkt.

Die Ergebnisse für das erste Jahrzehnt der (designierten) Bundesfestung Mainz scheinen die Annahme Mitterauers zu bestätigen, dass die Anwesenheit einer Garnison oder Besatzung die Illegitimitätsquote einer Stadt nicht unerheblich beeinflusste. Betrachtet man aber die weitere Entwicklung im gesamten Zeitraum, also bis zum Ende der Bundesfestung 1866, dann wird dieses Ergebnis stark in Frage gestellt. Während die Geburtenrate der Garnison im Großen und Ganzen gleich bleibt, sinkt die Zahl unehelicher Geburten von Soldatenkindern im gleichen Zeitraum erheblich.

Grafik 3: In Mainz geborene Soldatenkinder 1815–1866

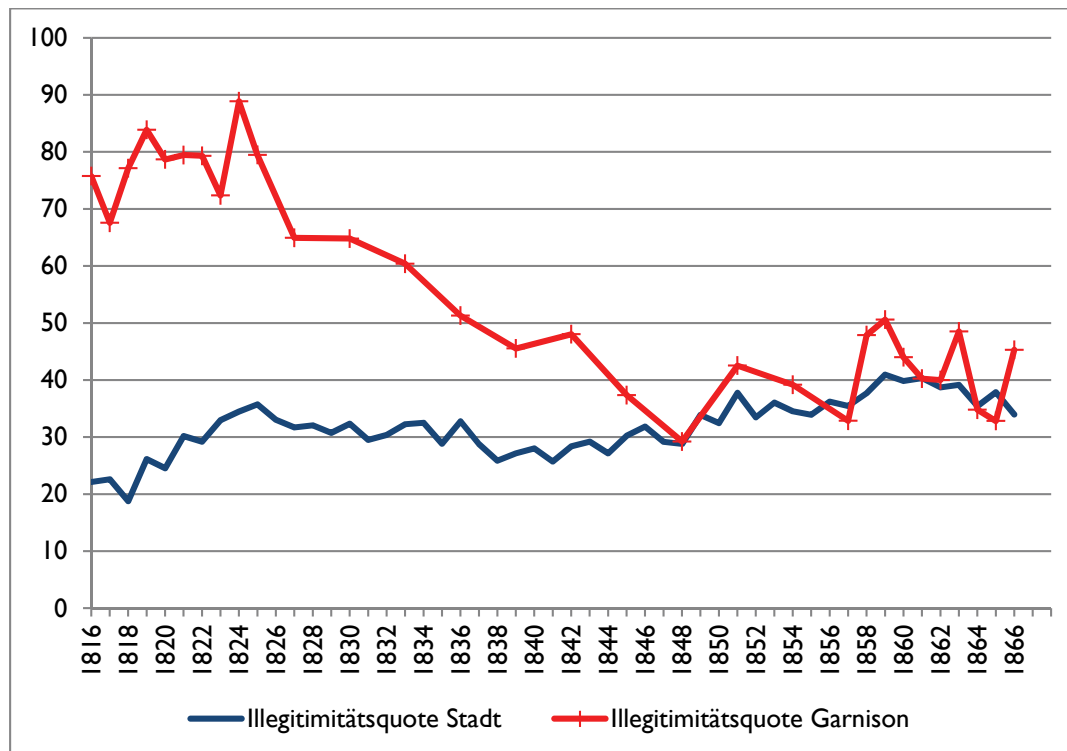


Anhand der Grafik 3, die die in Mainz geborenen Soldatenkinder in absoluten Zahlen darstellt, kann man diese Entwicklung nachverfolgen: Die unehelichen Geburten von Soldatenkindern steigen anfangs sehr rasch an und bilden auch die Mehrzahl aller neugeborenen Soldatenkinder. Im selben Zeitraum steigt die Zahl der ehelichen Geburten nur langsam an. In der zweiten Hälfte der 1820er Jahre beginnt die Zahl der illegitimen Soldatenkinder dann langsam zu sinken, während die der ehelichen Soldatenkinder noch immer steigt. Zwischen 1836 und 1839 übersteigt die Zahl der ehelich geborenen Soldatenkinder erstmals die der unehelich geborenen und bleibt seitdem bis 1866 fast immer größer. Während also anfangs bis zu 90% aller Soldatenkinder in Mainz unehelich geboren

303 Siehe oben S. 59.

werden, sind es gegen Ende der Bundesfestungszeit bestenfalls 50% – wenn nicht sogar weniger.

Grafik 4: Illegitimitätsquote der Garnisonsgesellschaft (rot) und der Stadtgesellschaft (blau)



Die Illegitimitätsquote der Garnison nähert sich damit derjenigen der Stadt insgesamt an (siehe Grafik 4). Letztere steigt allerdings von 1816 bis 1866 kontinuierlich an, bis sie um 1860 herum mit über 40% ihren Höhepunkt erreicht.³⁰⁴ Das heißt, die Entwicklung verläuft genau entgegengesetzt. Möglicherweise steigt die Dunkelziffer – also die Zahl der neu geborenen Kinder, deren Vater unbekannt ist³⁰⁵ – aber im selben Zeitraum etwas an.³⁰⁶ Dennoch wird man sich fragen müssen, ob die durch die Garnison hervorgerufene Illegitimität wirklich einen so großen Einfluss auf die Illegitimitätsquote insgesamt hatte. Zumindest wird man feststellen müssen, dass das Militär gegenüber anderen Faktoren zurücksteht.

304 Diese Entwicklung liegt im Übrigen nicht etwa daran, dass die ehelichen Geburten sinken, wie ein Blick auf die absoluten Zahlen deutlich macht.

305 Die Dunkelziffer ist wichtig, um auszuschließen, dass der Abfall der Illegitimitätsquote der Garnison lediglich aus einer zunehmenden Nichtanerkennung von unehelichen Kindern seitens der Soldaten resultiert.

306 1820 waren bei 64% der unehelichen Geburten der Vater nicht bekannt, 1860 betrug dieser Anteil 73%, eigene Erhebung.

Tabelle 3: Illegitimitätsquoten von Mainz, dem Großherzogtum Hessen und der Freien Stadt Frankfurt

Jahr	Mainz	Hessen	Frankfurt
1821	30,2%	12,7%	-
1824	34,5%	14,8%	-
1827	31,7%	14,9%	-
1830	32,3%	14,1%	-
1832	30,4%	13,9%	-
1835	28,8%	13,8%	18,3%
1838	25,9%	12,5%	-
1841	25,7%	11,8%	-
1844	27,2%	11,4%	-
1847	29,2%	12,2%	-
1850	32,5%	14,7%	-
1853	36,1%	14,4%	19,1%
1856	36,2%	15,9%	19,9%
1859	41,0%	17,8%	23,7%
1862	38,7%	17,2%	23,6%
1865	37,9%	16,8%	24,4%
1868	28,9%	12,5%	13,8%
1871	26,9%	9,4%	14,3%

letzteres ist erstaunlich, stellt sich die Situation in Köln doch vielleicht am ehesten ähnlich zu der in Mainz dar: Beide Städte waren überwiegend katholisch geprägt und beherbergten eine größere Garnison. Köln war mit über 88.000 Einwohnern sogar deutlich größer als Mainz. Ein tiefergehender Vergleich würde sich lohnen, muss an dieser Stelle aber unterbleiben. Mainz ist somit schon zu den Städten mit den höheren Illegitimitätsquoten zu zählen, von denen Wien um 1860 mit ca. 50% europaweit die Spitze bildete.³⁰⁹

Letztendlich bleibt festzuhalten, dass die Truppen der Bundesfestung einen (zumindest teilweise) nachweisbaren, nicht geringen Einfluss auf die Zahl der unehelich geborenen Kinder in Mainz hatten. Der tatsächliche Einfluss ist sicherlich höher gewesen, lässt sich aber aufgrund der angesprochenen Dunkelziffer nicht mehr genau bestimmen. Zwar sind noch weitere lokale Faktoren, wie z.B. die Entbindungsanstalt, zu berücksichtigen, allerdings ist schon jetzt klar, dass die Anwesenheit der in der Mehrzahl ledigen Soldaten einen starken Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung ausübte. Es wäre nun zu fragen, wie die Geburt zahlreicher, insbesondere unehelicher, Soldatenkinder sich auf die sozialen Einrichtungen der Stadt, wie Schulen, Waisenhaus, Armenschule, Spitäler usw. auswirkte und wie damit umgegangen wurde. So diskutierte man z.B. 1852 im Gemeinderat und in den großherzoglichen Behörden, ob Kindern von vermögenslosen Soldaten (ab dem

Abschließend lohnt sich noch ein Blick auf andere Städte und Regionen, um die Entwicklung der Illegitimitätsquote der Stadt Mainz besser einordnen zu können. Im gesamten Großherzogtum Hessen war die Quote meistens halb so hoch wie in Mainz, wenn nicht sogar niedriger – hier spielen natürlich die weiten ländlichen Gebiete eine Rolle. Aber auch in der (noch) Freien Stadt Frankfurt blieben die Zahlen der unehelichen Geburten deutlich hinter denen in Mainz zurück (siehe nebenstehende Tabelle)³⁰⁷. Nicht verwunderlich ist, dass die deutlich kleinere, keine größere Garnison beherbergende, Stadt Trier im Stichjahr 1843 mit 9,57% weiter hinter der Mainzer Illegitimitätsquote von 29,2% zurückbleibt. Das gilt allerdings auch für zwei preußische Festungsstädte: Koblenz und Köln – hier betragen die Quoten 8,59% bzw. 11,09%.³⁰⁸ Gerade

307 Datengrundlage der Tabelle 3: Mainz wie Anm. 253, Hessen und Frankfurt aus Köllmann, Quellen, S. 58 u. 142.

308 Dieterici, Statistischen Tabellen, S. 79.

309 1854 waren in Wien 48,97% aller Geburten unehelich. Frantz, Handbuch der Statistik, S. 52.

Feldweibel abwärts) ebenfalls die Hälfte des Schulgelds, dass für den Besuch der Realschule bezahlt wurde, erlassen werden sollte.³¹⁰ Aufgrund des zu erwartenden Umfangs der Quellenrecherche muss dies aber leider einer anderen Arbeit vorbehalten bleiben.

3.4 Nicht-eheliche Beziehungen ohne Kinder

Die Geburtsregister können nur die Beziehungen abbilden, denen mindestens ein lebend geborenes Kind entstammt. Alle anderen Beziehungen bleiben – soweit nicht eine Heirat stattfand – dem Historiker verborgen. Diese vordergründig banale Feststellung ist nicht unwichtig, sind diese nachweislosen Beziehungen doch der „blinde Fleck“ der vorliegenden Arbeit. Ohne diesen „blinden Fleck“ zumindest zu beachten und ausreichend zu würdigen, würde eine Schieflage in der Wahrnehmung von Beziehungen zwischen Soldaten und Mainzerinnen entstehen. Eine Schätzung der Größe dieser Dunkelziffer ist zwar nicht möglich, dennoch sollen zwei Faktoren, die diese Zahl beeinflussen, kurz angesprochen werden: die Enthaltbarkeit und die Empfängnisverhütung.

Selbstverständlich wird es auch Beziehungen gegeben haben, in denen ein oder beide Partner auf Geschlechtsverkehr, wenn nicht sogar auf jegliche sexuellen Kontakte verzichteten. Neben ganz praktischen Gründen, etwa dass eine Dienstmagd vor einer vergleichsweise sicheren Versorgung durch Heirat kein Kind bekommen wollte, dürfte auch die katholische Moralvorstellung eine Rolle gespielt haben, die schon im Exkurs ausführlich diskutiert wurde. Nimmt man die Illegitimitätsquote als Gradmesser, dann muss man annehmen, dass die katholische Sexualmoral an Einfluss verlor – jedenfalls was den außerehelichen Geschlechtsverkehr betraf. Nichtsdestotrotz wird es auch Frauen (und Soldaten) gegeben haben, die sich aus moralischen Motiven dagegen entschieden. Das wird insbesondere in mittleren und höheren Schichten der Fall gewesen sein, da hier eine entsprechende Erziehung (wie auch Kontrolle) intensiver gewesen sein wird.

Darüber hinaus ist an dieser Stelle noch die Empfängnisverhütung zu erwähnen. Entsprechende Methoden waren Medizinern und Frauen seit der Antike bekannt. Sie umfassten mechanische, pflanzliche und magische Mittel sowie die Kontrazeption ohne Hilfsmittel. Bei manchen handelte es sich nicht mehr um empfängnisverhütende, sondern um abortive Hilfsmittel. In der antiken Literatur waren die am häufigsten empfohlenen Verhütungsmittel Scheidenpessare und verschiedene Tränke. Zu letzteren zählte z.B. ein Sud aus Weidenblättern, der nachgewiesenermaßen auch tatsächlich wirkte.³¹¹ Dieses Wissen wurde durch das Mittelalter hinweg schriftlich und mündlich überliefert, und dabei auch um weitere (sowohl wirksame als auch unwirksame) Mittel zur Empfängnisverhütung oder zum Abbruch der Schwangerschaft erweitert.³¹² Mit der Erfindung des Buchdrucks findet dieses Wissen weitere Verbreitung, denn es wird nicht nur in lateinischen, sondern

310 Gemeinderatsprotokoll 1852 § 6, StadtA Mz 70/7050.

311 Jütte, Lust ohne Last, S. 79–80.

312 Man übernahm auch das Erfahrungswissen von Frauen. Siehe hierzu Jütte, Lust ohne Last, S. 114.

auch volkssprachlichen (deutschen, englischen usw.) Werken wiedergegeben. So finden sich in populären Kräuterbüchern, wie z.B. von dem Tübinger Botaniker und Mediziner Leonard Fuchs, Hinweise auf die (angeblich) kontrazeptive Wirkung von Kohl oder Sadebaum. Diese Werke wurden auch oft vom lateinischen Original ins Deutsche übersetzt – ohne die entsprechenden Stellen zu streichen. Frühneuzeitliche, in der jeweiligen Landessprache gedruckte, Gesundheitsratgeber enthielten ebenfalls viele Rezepte für Verhütungsmittel. Weitere fanden betroffene Frauen unter Umständen sogar in Kochbüchern versteckt.³¹³ Dieses Wissen stand nicht nur besonders betroffenen Frauen, also Hebammen und Prostituierten, zur Verfügung, sondern prinzipiell auch weiteren Kreisen. Frauen bezogen es meistens auch nicht direkt aus den Büchern, sondern indirekt, indem ihnen die entsprechenden Buchabschnitte vorgelesen oder das Wissen einfach mündlich weitergegeben wurde.³¹⁴ Neben Kräutertränken und magischen Hilfsmitteln, fanden auch mechanische Verhütungsmethoden Anwendung, wie z.B. das Kondom, das damals noch aus Tiermembranen gefertigt wurde. Erste Versionen lassen sich in die Mitte des 17. Jahrhunderts datieren, im 18. Jahrhundert scheint es in den meisten europäischen Großstädten öffentlich verkauft worden zu sein – auch in Berlin.³¹⁵ Sollten Kondome zuerst vor allem die Übertragung von Geschlechtskrankheiten verhindern, wurden sie später auch gezielt zur Empfängnisverhütung eingesetzt. Bis zur Erfindung der Vulkanisation stand das Kondom allerdings aufgrund der Kosten nur den oberen Schichten der Bevölkerung zur Verfügung. Angehörige der Unterschichten bedienten sich – neben den genannten Kräutertränken – vor allem des *coitus interruptus*, der, wenn er auch aus heutiger Sicht nicht sehr sicher kontrazeptiv wirkte, weit verbreitet war.³¹⁶

Die Verbreitung von kontrazeptiven Methoden lässt sich nicht nur anhand der zahlreichen Hinweise in der Literatur erahnen. Zahlreiche Untersuchungen aus dem Bereich der Historischen Demografie haben bewiesen, dass zumindest in der Frühen Neuzeit tatsächlich auch eine Geburtenkontrolle in weiten Teilen der Bevölkerung stattfand, wenn sie auch zuerst von den Oberschichten praktiziert wurde: „Danach kann kein Zweifel daran bestehen, daß bereits vor dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts [...] antikonzeptionelles Verhalten in Europa durchaus verbreitet war. In Lokalstudien konnten die Anfänge

313 Jütte, *Lust ohne Last*, S. 112–113, 115.

314 Jütte, *Lust ohne Last*, S. 112. In diesem Zusammenhang ist auf die 1985 von Gunnar Heinsohn und Otto Steiger aufgestellte These von der „Vernichtung der weisen Frauen“ hinzuweisen, die besagte, dass durch die Hexenverfolgung das Wissen um empfängnisverhütende Mittel gezielt beseitigt werden sollte und auch wurde. Diese These wurde von der überwiegenden Mehrheit der Historiker in der Folge widerlegt. Vgl. hierzu Jütte, *Persistenz des Verhütungswissens*, S. 214ff. Obwohl mehrfach widerlegt und scharf kritisiert, wird die These Heinsohns und Steigers noch immer – wenn auch kritisch – rezipiert, so z.B. in Riddle, *Eve's Herbs*, S. 167ff.

315 Jütte, *Lust ohne Last*, S. 150 u. 158

316 Jütte, *Lust ohne Last*, S. 160. Die Vulkanisierung ist ein 1839 von Charles Goodyear entwickeltes Verfahren, bei dem Kautschuk von einem plastischen in einen elastischen Zustand überführt wird. Infolgedessen war es möglich, Kondome aus Gummi herzustellen.

der statistisch nachweisbaren Geburtenbeschränkung in das 17. Jahrhundert datiert werden.³¹⁷ Zentraler Indikator dafür ist das sog. intergenetische Intervall, also der durchschnittliche Abstand zwischen den Geburten in einer ehelichen Beziehung.³¹⁸ Am Beispiel der Stadt Genf konnte Jütte nachweisen, dass der Anteil der Familien mit Geburtsabständen von 4 Jahren und mehr im 17. Jahrhundert und 18. Jahrhundert erheblich wuchs. Die Genfer Daten hat Jütte mit Mainz verglichen, das im selben Zeitraum das gegenteilige Bild zeigt: Die Familien mit großen Geburtsabständen sind und werden im selben Zeitraum weniger, was auch darauf hindeutet, dass zumindest in der Frühen Neuzeit in Mainz kontrazeptive Methoden eher selten Anwendung fanden.³¹⁹ Inwieweit Geburtenkontrolle bedeutete, dass die Paare enthaltsam lebten oder tatsächlich kontrazeptive Methoden einsetzten, lässt sich zahlenmäßig natürlich nicht abschätzen. Man darf aber annehmen, dass eher letzteres der Fall gewesen ist.

Einem „Lehrbuch zur Geburtshülfe“ aus dem Jahr 1855 kann man entnehmen, was zeitgenössischen Frauen zur Verfügung stand: „Von den Ursachen der Frühgeburt berühren wir hier nur die sogenannten inneren Abortivmittel, der gewaltsamen Einwirkungen auf die Schwängern, und einige mechanische Mittel. Die Zahl der erstern ist sehr gross [...] Es gehören folgende hierher: Sabina, Herba Centaur. minor (Tausendgüldenkraut), Herba Potentillae anser. (Fünffingerkraut), Fl. Papav. rh. (Flammenblumen), Taxus, Aloe, Crocus, Myrrha, Mutterkorn u.a. Auch Brechmittel, stark reizende Abführmittel. Zu den gewaltsamen Einwirkungen gehören besonders Fall, Stoss, Quetschung des Unterleibes, Erschütterung des Körpers [...]“³²⁰ Das „Lehrbuch zur Geburtshülfe“ schildert in der Folge, wie ein Arzt eine willentlich vorgenommene Abtreibung von einer Fehl- oder Frühgeburt unterscheiden konnte, denn die Abtreibung war (und ist noch) ein Straftatbestand. Je weiter die Konzeption zurücklag, desto besser war der Fetus entwickelt und desto wahrscheinlich lief die schwangere Frau bei einer Abtreibung Gefahr, entdeckt zu werden bzw. sich selbst schwere gesundheitliche Schäden zuzuziehen.

Vor dem Hintergrund, dass im 18. Jahrhundert empfängnisverhütende Mittel eher nicht verbreitet angewendet wurden, die Illegitimitätsquote im 19. Jahrhundert sehr hohe Werte aufweist und zudem eine recht hohe Zahl an Neugeborenen verbleibt, bei denen der Vater nicht bekannt ist, kann man vermuten, dass Empfängnisverhütung in der Mainzer Bevölkerung weniger praktiziert wurde und damit auch die Dunkelziffer der Beziehungen ohne Kinder eher gering ausfällt, wenngleich sich das nicht sicher feststellen lässt.

317 Jütte, Lust ohne Last, S. 94.

318 Imhof, Historische Demographie, S. 105.

319 Jütte, Persistenz des Verhütungswissens, S. 217.

320 Hohl, Geburtshülfe, S. 367.

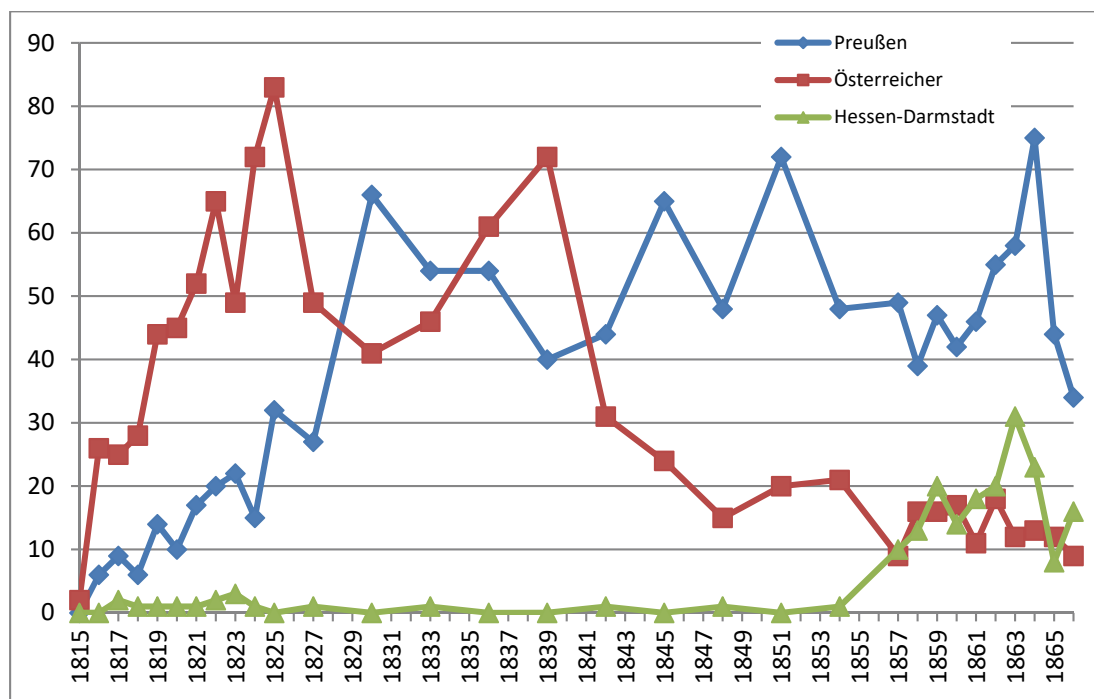
3.5 Österreicher und Preußen: Wer war beliebter?

Oft begegnet man in der Literatur der Behauptung, bei den Mainzern seien die Österreicher beliebter als die Preußen gewesen.³²¹ So schreibt Corvin: „Bei den Einwohnern von Mainz waren die Oesterreicher damals beliebter, als die Preußen“³²² und Börckel führt aus:

„Gemüthlich, harmlos und lebensfroh im Verkehre mit den Bürgern jedes Standes, waren sie überall gerngesehen und wohlgelitten: die Offiziere, wenn sie bei den Freitagsconcerten ihrer vorzüglichen Musikkapelle in der neuen Anlage promenirten und hofirten, die Soldaten, wenn sie am Sonntag Nachmittag im Gefolge einer befreundeten Familie mit Kind und Kegel nach Zahlbach wanderten, oder am Abend, hübsche Mädchen am Arme, durch den Schlangenweg im Gartenfeld spazierten.“³²³

In der Tat lässt sich diese Beliebtheit auch an den Beziehungen zwischen Mainzerinnen und Soldaten nachweisen. Zwar sind die Preußen bei den Heiraten etwas in der Überzahl,³²⁴ bei der Geburtsstatistik sieht die Lage aber gerade umgekehrt aus: Schlüsselt man die neugeborenen Soldatenkinder nach der Staatszugehörigkeit ihrer Väter auf (siehe Grafik 5), so wird man gerade in den Anfangsjahren einen deutlichen Überhang an österreichischen Vätern feststellen müssen. 1825 wurden beispielsweise 22 preußische Soldatenkinder, aber 83 österreichische geboren.

Grafik 5: Geburten von Soldatenkindern 1816–66, nach Staatsangehörigkeit ihrer Väter



321 Schütz, Provinzialhauptstadt, S. 378.

322 Corvin, Erinnerungen, S. 182.

323 Börckel, Mainzer Geschichtsbilder, S. 10.

324 Siehe oben S. 37.

Als 1837 das k. k. Infanterieregiment Nr. 49 aus Mainz abzieht, werden die engen Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Garnison auch in der Mainzer Zeitung erwähnt: „Die freundschaftlichsten Verhältnisse hatten sich allmählich ausgebildet, man ist sich nahe gekommen und familiäre Bande greifen überall traulich ins bürgerliche Leben“.³²⁵ Die „familiären Bande“ sind dabei nicht nur als Beziehungen von Soldaten mit Mainzerinnen zu verstehen, sondern auch als umgekehrten Fall: mehrere Mainzer standen in Diensten der österreichischen Armee und mussten nun ihre Heimatstadt verlassen, so zum Beispiel der spätere Generalmajor Karl Schulz, der 1866 in der Schlacht bei Königgrätz fiel.³²⁶ Auch der Erfinder des „Narrhallamarsches“, der 1805 in Mainz geborene Karl Zulehner, stand als Kapellmeister in den Diensten der k. k. österreichischen Armee. Anscheinend kam er aber nie nach Österreich, sondern arbeitete nur in der Bundesfestung Mainz in österreichischen Diensten, da er 1847 in Mainz verstarb.³²⁷ Weitere Mainzer dienten vor allem als Hautboisten – also Musiker – in der österreichischen (aber auch in der preußischen) Armee. Anlässlich des Abzuges des k. k. österreichischen Infanterieregiments Nr. 49 verfasste Andreas Schuhmacher sogar ein eigenes Theaterstück, das insbesondere die – sich nun auflösenden – Beziehungen zwischen Mainzerinnen und Soldaten thematisierte. Doch dazu später mehr.³²⁸

Die Frage, die sich nun stellt, hat auch schon Börckel 1890 in seinen „Geschichtsbildern“ formuliert: „Woher stammt nun diese auffallende Sympathie mit den Oesterreichern im Gegensatz zu den Preußen?“³²⁹ Die auch heute noch geläufigen Antworten darauf stellen vor allem die „Mentalität“ der Österreicher heraus, die einfach besser nach Mainz passte, als die der Preußen: „Besonders behagte es in Mainz den Österreichern, denn heiter, gemüthlich und lebensfroh, paßten sie sich leicht der rheinischen Lebensart an“³³⁰ oder: „War es die Leichtigkeit und Ungenirtheit im Umgange?, war es das lebhaftere Temperament, der dem rheinischen Wesen verwandte, leichtere Sinn, welcher ebenso gegen das mehr steife und zurückhaltende Benehmen der Norddeutschen abstach, wie die freundlich weiße Uniform der Oesterreicher gegen das düstere Dunkelblau der preußischen Truppen?“³³¹ Auch die Mainzer Zeitung spielt darauf im erwähnten Zeitungsartikel an.³³²

Corvin erwähnt darüber hinaus aber auch noch ganz andere Gründe für die größere Beliebtheit der Österreicher:

„[...] was wohl zum Theil daher kam, daß sie ihrer langen Dienstzeit wegen viele Jahre in Mainz blieben, mit den Bürgern besser bekannt wurden und sich zu allerlei Gefälligkeiten und Dienstleistungen willig finden ließen, während die Preußen höchstens

325 Mainzer Zeitung vom 7.1.1837, zitiert nach: Börckel, Mainz als Festung, S. 195.

326 Börckel, Mainz als Festung, S. 197.

327 Gottron, Mainzer Musikgeschichte, S. 122.

328 Siehe unten S. 87.

329 Börckel, Mainzer Geschichtsbilder, S. 11.

330 Börckel, Mainz als Festung, S. 194.

331 Börckel, Mainzer Geschichtsbilder, S. 11.

332 Börckel, Mainz als Festung, S. 197.

drei Jahre dienten und häufig schon nach anderthalb oder zwei Jahren zur Kriegsreserve entlassen wurden.³³³

Börckel ergänzt zur kürzeren Dienstzeit noch „[...] die Verschiedenheit der Konfession und die geringere Entfernung ihrer Heimat“.³³⁴ Die Dienstzeit dauerte in der österreichischen Armee in der Tat länger: Die preußischen Soldaten dienten maximal drei Jahre – gehörten sie zu den Freiwillig-Einjährigen verringerte sich die Dienstzeit sogar auf ein Jahr.³³⁵ Dass die im Vergleich knappere Dienstzeit die Bereitwilligkeit verringerte, eine Beziehung zu einer Mainzerin einzugehen, ist nicht unwahrscheinlich. Interessant wäre in diesem Zusammenhang eine entsprechende Datenerhebung, um festzustellen, wie lang preußische Soldaten in der Bundesfestung Mainz dienten. Die Entfernung zur Heimat könnte ebenfalls ein Faktor sein. Preußen begann mit der Rheinprovinz bereits kurz hinter Bingen und eine Auswertung der Herkunft der preußischen Soldaten zeigt, dass immerhin 20% (1816–25) bzw. 10% (1857–66) aus dieser Provinz, sei es vom Niederrhein oder von der Mosel, kamen. Die Möglichkeit, dass eine bereits bestehende Beziehung aus der Heimat fortgeführt werden konnte, ist nicht auszuschließen. In den erhobenen Daten finden sich allerdings keine Hinweise darauf.

Ob die Konfession auch ein Faktor war, kann nicht geklärt werden. Zwar mag man bei preußischen Soldaten prinzipiell vermuten, dass sie eher evangelischer als katholischer Konfession gewesen sind. Im Gegensatz zu den Kirchenbüchern führen die Zivilstandsregister die Konfession allerdings *nicht* auf, so dass aufgrund der erhobenen Daten keine Analyse zum Einfluss der Konfession möglich war.³³⁶ Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang aber, dass nicht alle Teile Preußens überwiegend evangelisch waren. Gerade die Rheinlande waren stark katholisch geprägt; aber auch in den Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien lebten viele Katholiken.³³⁷ Aus diesen überwiegend katholischen Provinzen stammten knapp 30% der 485 erfassten preußischen Soldaten.³³⁸ Zudem schreibt Johann Peter Merz, Pfarrer für den katholischen Teil der Garnison, in einem Bericht an Bischof Ketteler aus dem Jahr 1863: „Die kgl. Preuß. Garnison d. h. sämtlichen Truppentheile und Administrationbeamten, deren Familien, Angehörigen und Dienerschaft und hier lebende Pensionäre ist in der Regel 5100 Seelen stark, wovon beinahe die Hälfte katholisch ist.“³³⁹ Darüber hinaus wird die Konfessionszugehörigkeit in ihrer praktischen Bedeutung für die Bevölkerung vielleicht auch etwas überschätzt. Ein Hinweis

333 Corvin, *Erinnerungen*, S. 182.

334 Börckel, *Mainz als Festung*, S. 194.

335 Siehe oben Kapitel 2.3.

336 An diesem Punkt wäre also eine Ergänzung der Daten durch die Militärkirchenbücher sinnvoll.

337 Vgl. Deutschland. Zur Karte ›Verteilung der Konfessionen im Deutschen Reich‹. In: Meyers Großes Konversations-Lexikon.

338 In absoluten Zahlen: Rheinprovinz 62, Westpreußen 10, Posen 7 und Schlesien 63 Soldaten. Diese Zahl dürfte sich noch erhöhen, wenn man alle Orte den Provinzen zuordnen würde. Leider sind die Ortsangaben aus dem ersten Untersuchungszeitraum nämlich ohne weitere Informationen notiert worden (wie Kreis oder Regierungsbezirk).

339 Bericht des Pfarrers von St. Stephan und der katholischen preußischen Garnisonsgemeinde an Bischof Ketteler, vom 5. Juni 1863. In: DDAMZ 47,27 Pfarrarchiv St. Stephan, K 97.

darauf könnten die Heiraten sein, die überwiegend zwischen preußischen Soldaten und Mainzer (Bürgers-)Töchter abgeschlossen wurden.

Zwar überwiegen bis Ende der 1820er Jahre in der Geburtstatistik die Österreicher als Väter, in den 1830er Jahren sind sie aber schon weniger oft vertreten (siehe oben Grafik 5). Nach 1839 sinkt schließlich ihre Zahl weit unter die der preußischen Soldaten. Während die preußischen Soldaten zwischen 1857 und 1866 mit durchschnittlich 48,9 neugeborenen Kindern pro Jahr vertreten sind, stehen die Österreicher mit durchschnittlich 13,3 Kindern sogar noch hinter den Angehörigen des großherzoglich-hessischen Militärs (17,3 Geburten pro Jahr). Besonders vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Beliebtheit der Österreicher ist dies merkwürdig. Ein Grund für diesen starken Abfall könnte im Abzug von österreichischem Militär zu finden sein. Wie bereits oben erwähnt liegen aber bisher keine genauen Besatzungszahlen zur Bundesfestung Mainz vor. Nur die Stationierungszeiten der in Mainz liegenden österreichischen Regimenter sind grob bekannt. Eine Aufschlüsselung der erfassten k. k. österreichischen Soldaten nach der Zugehörigkeit zu einem Truppenkörper könnte daher dieses Problem etwas erhellen.

Tabelle 4: Regimentszugehörigkeit der Väter bzw. Bräutigame aus der Habsburgermonarchie

Truppenkörper	1816–25	1857–66
Artillerie ³⁴⁰	67	24
Genietruppen	—	10
2. Dragoner-Regiment	—	3
6. Dragonerregiment	2	—
11. Infanterieregiment „Kronprinz Albert von Sachsen“	—	1
16. Infanterieregiment „Erzherzog Rudolph“ bzw. „Baron Wernhardt“	3	18
36. Infanterieregiment Graf Degenfeld	—	21
49. Linieninfanterieregiment	191	—
59. Linieninfanterieregiment „Großherzog von Baden“	4	—
74. Infanterieregiment "Graf Nobili"		4
Kürassierregiment „Herzog Franz“	1	—
Kürassierregiment „Prinz Karl von Preußen“	—	2
Mineurkorps	19	—
Sappeurkorps	4	—
Pontonierkorps	3	—
Summe	294	83

Bei der Betrachtung der Tabelle 4 fällt erst einmal auf, dass die Mehrzahl der österreichischen Väter bzw. Bräutigame als Soldaten in Infanterieregimentern diente. Auch der Artillerie, den Genietruppen sowie dem Mineurkorps gehören viele erfasste Soldaten an. Die Dragoner- und Kürassierregimenter sind demgegenüber nur sehr wenig vertreten. Das nicht erstaunlich, werden die Infanterieregimenter und Artilleristen doch zahlenmäßig

³⁴⁰ „Artillerie“ umfasst neben der Angabe „k. k. Artillerie“ auch Feldartillerieregimenter und Artillerie-Bespannungseinheiten.

den größten Teil der österreichischen Garnison der Bundesfestung Mainz gestellt haben. Die Kürassier- und Dragonerregimenter waren sicherlich kleiner und außerdem noch stark vom Adel geprägt. Die meisten Soldaten, die Beziehungen zu Mainzerinnen hatten, entstammen daher den technischen Truppen oder Infanterieregimentern. Im Hinblick auf die bereits geschilderte Abnahme der k. k. österreichischen Soldaten in der Statistik ist ein Blick auf die Werbebezirke der Infanterieregimenter, d.h. auf die Regionen aus denen der Nachwuchs rekrutiert wurde, möglicherweise aufschlussreich.

Tabelle 5: In Mainz länger als ein Jahr stationierte k. k. Infanterieregimenter (sortiert nach Stationierungszeit)

Truppenkörper	Stationierungszeit	Ergänzung aus
49. Linieninfanterieregiment	1817–1837 ³⁴¹	Niederösterreich, St. Pölten ³⁴²
35. Infanterieregiment	1837–1847	Böhmen, Pilsen ³⁴³
11. Infanterieregiment „Kronprinz Albert v. Sachsen“	1847–1856	Böhmen, Tabor ³⁴⁴
16. Infanterieregiment „Erzherzog Rudolph“ bzw. „Baron Wernhardt“	1860–1866	Venetien, Treviso ³⁴⁵
36. Infanterieregiment Graf Degenfeld	1848; 1856–60; 1863–66	Böhmen, Jungbunzlau ³⁴⁶
21. Infanterieregiment	1863–1865	Böhmen, Czaslau ³⁴⁷



Grafik 6: Verortung der böhmischen Werbebezirke der in Mainz stationierten k. k. Infanterieregimenter in Bezug zum deutschen Sprachraum (Sprachhistorische Kartengrundlage: König, Atlas deutsche Sprache, S. 230–231)

Durch die Verortung der Werbebezirke im Bezug zum deutschen Sprachraum lässt sich ein grober „Trend“ feststellen: Im Laufe der Zeit wurden in der Bundesfestung zunehmend k. k. Infanterieregimenter stationiert, deren Soldaten die deutsche Sprache eher nicht beherrschten (siehe Grafik 6).

³⁴¹ Börckel, Mainz als Festung, S. 184ff.

³⁴² Teuber, Österreichische Armee, S. 350–352.

³⁴³ Militär-Schematismus 1846, S. 178.

³⁴⁴ Militär-Schematismus 1846, S. 121.

³⁴⁵ Militär-Schematismus 1859, S. 112.

³⁴⁶ Militär-Schematismus 1859, S. 152.

³⁴⁷ Militär-Schematismus 1859, S. 122.

Zwar ist die Darstellung eines historischen Sprachraums vorsichtig zu interpretieren, dennoch liegt hier wahrscheinlich *ein* Grund für die deutlich geringere Anzahl an Beziehungen zwischen Mainzerinnen und österreichischen Soldaten ab etwa 1840. Gestützt wird diese auf den Werbebezirken basierende Vermutung, wenn man die Herkunft der k. k. Soldaten auswertet: am Ende der Bundesfestungszeit kommen fast keine Soldaten mehr aus Österreich selbst.

Tabelle 6: Herkunftsländer der k. k. Soldaten in den Mainzer Zivilstandsregistern

Land	1816–25	1857–66
Böhmen	139	65
Galizien	1	5
Mähren	18	9
Österreich	191	8
Österr.-Schlesien	1	2
Ungarn	3	—
Venetien	1	2
Sonstige	19	6

Allerdings werden auch andere Faktoren zu berücksichtigen sein. So sind die kürzeren Stationierungszeiten der später in der Bundesfestung liegenden k. k. Infanterieregimenter zu berücksichtigen. Zum anderen ist trotz fehlender Zahlen zu vermuten, dass die k. k. Truppen in der Festung gegen Ende der Bundesfestung reduziert wurden. Zumindest ab 1859 müssten die österreichischen Verbände aufgrund der Krise in den italienischen Provinzen reduziert worden sein.³⁴⁸ Um eine abschließende Aussage zu treffen, müssten aber die genauen Truppenzahlen herangezogen werden. Darüber hinaus bedarf es noch einer Erklärung des „Einbruchs“ zwischen 1825 und 1836. Für diesen Zeitraum – nicht für das Ende der Bundesfestungszeit – ist prinzipiell auch die Tatsache in Rechnung zu stellen, dass nicht alle Geburten der k. k. Garnison in den Zivilstandsregistern vermerkt wurden. Ob allerdings statistische Erfassungsprobleme wirklich „verantwortlich“ für den starken Rückgang um 1830 ist, muss dahin gestellt bleiben.

³⁴⁸ Siehe oben S. 24.

3.6 Prostitution

Zu den Beziehungen zwischen Mainzerinnen und Soldaten gehört auch die Prostitution – also die Vornahme sexueller Handlungen gegen Entgelt. Seit der Entstehung der ersten Massenheere waren Prostituierte im Umfeld von Feldarmeen und später Garnisonen besonders häufig anzutreffen. Das überrascht nicht, ist doch durch die Anwesenheit so vieler lediger, teilweise ortsfremder Männer eine entsprechende Nachfrage anzunehmen.

Wenn auch heute kaum etwas darüber bekannt ist, gab es in der Bundesfestung Mainz im untersuchten Zeitraum von 1816 bis 1866 natürlich Prostituierte und Bordelle. Aufgrund der schwierigen Quellenlage kann die Situation hier nur skizziert werden.³⁴⁹

Hinsichtlich des Geschäftes mit sexuellen Dienstleistungen stand Mainz anderen Städten in nichts nach: Um die Jahrhundertmitte gab es ein gutes Dutzend polizeibekannter Bordelle in Mainz – das geht aus zwei Aufstellungen des Polizeikommissars Andreas Künstler hervor.³⁵⁰ Diese beiden Listen sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass Prostitution geduldet wurde, solange sie in offiziellen Bordellen stattfand, deren Bewohnerinnen medizinisch untersucht werden konnten. Anstelle eines völligen Verbotes von Bordellen sah man staatlicherseits die Prostitution nämlich als ein letztendlich nicht zu besiegendes Übel an, dass man möglichst weitgehend zu kontrollieren versuchte. Besonders befürchteten die Behörden eine Syphilisepidemie. So stand die Genehmigung und Überwachung von Bordellen in Preußen bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts im Zentrum der staatlichen Maßnahmen. Die Prostituierten sollten nicht heimlich ihre sexuellen Dienstleistungen anbieten, sondern in festen Einrichtungen, in denen sie entsprechend von Ärzten medizinisch kontrolliert werden konnten.³⁵¹ Im Fall einer Erkrankung an Syphilis o.ä. mussten die Frauen – zumindest in Berlin – die Kosten der Zwangsbehandlung nach erfolgter Heilung in einem Arbeitshaus abarbeiten.³⁵² Hinzu kam noch, dass die medizinischen Untersuchungen entwürdigend gewesen sein müssen. All diese Maßnahmen wurden in den deutschen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten in unterschiedlich großem Umfang

349 Die Geschichte der Prostitution in Mainz ist bisher kaum erforscht worden. Lediglich ein durchaus umfangreicher Aufsatz von Bärbel Maul gibt einen Einblick, wie Mainzer Behörden um die Jahrhundertwende mit (mutmaßlichen) Prostituierten umgingen. Die Ursachen für dieses Forschungsdefizit liegen sicherlich in dem geringen Quellenbestand. Insbesondere für die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts sind im Stadtarchiv Mainz kaum Quellen vorhanden; vielleicht wurden sie bereits um 1900 kassiert (siehe S. 10). Im Dom- und Diözesanarchiv konnten einige wenige Dokumente gefunden werden. Darüber hinaus könnte man im Landeshauptarchiv in Koblenz in den Akten des Kreisamtes Mainz noch fündig werden (siehe hierzu auch Karkosch, Abteilung G 15, S. 41 u. S. 67–75). Für andere Festungs- und Garnisonsstädte wurde der Aspekt der Prostitution meistens nur kurz angesprochen. Für die Nachbarstadt Frankfurt liegt seit 2007 die Dissertation „Verwaltete Lust. Stadtverwaltung und Prostitution in Frankfurt am Main 1866–1968“ von Fritz Koch vor.

350 DDAMZ, Pfarrakten Dekanat Mainz-Stadt, Nr. 96.

351 Rochelandet, *Histoire de la prostitution*, S. 101 u. 107.

352 Engelen, *Soldatenfrauen*, S. 441–442.

eingeführt. Größtenteils geschah dies sogar erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als die Angst vor Syphilis als Volksseuche am größten war.³⁵³

Tabelle 7: Polizeibekannte Bordelle in Mainz 1854³⁵⁴

Nr.	Inhaber	Straße	Lit.
1	Merz, Johann Stephan	Badergasse	A 187
2	Barz, Martin	Schlossergasse	B 126
3	Mrack, Susanna	Schlossergasse	B 160
4	Urban, Helene	Kappelhofgasse	B 184
5	Stubenrand, Klara	Kappelhofgasse	B 180
6	Collin, Veronika	Kappelhofgasse	B 181
7	Günther, Johann	Fischergasse	C 13 ½
8	Rösner, Thekla	Löhrigasse	C 244
9	Rohrbächer, Klara	Hintere Bleiche	E 180
10	Kirch, Margaretha	Altmünstergasse	E 213
11	Fackelmann, Johann Georg	Altmünstergasse	E 217
12	Thum, Margaretha	Altmünstergasse	E 218
13	Kuhn, Johann Baptist	Altmünstergasse	E 222
14	Crevecœur, Stephan	Altmünstergasse	E 223

Die geduldeten Bordelle in Mainz (siehe auch Stadtplan im Anhang 8) konzentrierten sich demnach vorwiegend auf die südöstliche Altstadt am Rhein (in der Nähe des damaligen Bahnhofs) sowie auf die Gegend um das Münstertor im Nordwesten. Die Bordelle lagen eher am Stadtrand und damit auch in der Nähe von Kasernen – gerade die Bordelle in der Altmünstergasse.³⁵⁵ Mit 14 geduldeten Bordellen um 1854 hatte Mainz mehr als Frankfurt: Waren es dort um die Jahrhundertmitte immerhin neun Bordelle, existierten 1866 kurz vor der Schließung aller „Freudenhäuser“ nur noch drei.³⁵⁶ Wohlgermerkt war Frankfurt um die Jahrhundertmitte mit über 70.000 Einwohnern fast doppelt so groß wie Mainz und beherbergte als Messestadt zusätzlich auch zahlreiche Reisende.³⁵⁷ Wie viele Prostituierte in den Bordellen arbeiteten, ist unklar. Aufgrund einer Liste von polizeilich registrierten „Freudenmädchen“ aus dem Jahr 1832 kann man aber mit Recht annehmen, dass in einigen Bordellen mindestens 3–4 Prostituierte arbeiteten.³⁵⁸

Zwar lagen diese polizeilich geduldeten Bordelle eher in den Randzonen der Stadt, das hieß aber nicht, dass sich die Bürger daran nicht gestört hätten. So beschwerten sich die Anwohner der Zuchthausgasse im November 1853 bei der Polizei über das in B 213 von

353 Maul, „Lüderliche Frauenspersonen“, S. 50.

354 Verzeichnis der Bordelle in Mainz, angefertigt vom Polizeikommissar Künstler am 4. Juni 1854. In: DDAMZ, Pfarrakten Dekanat Mainz-Stadt, Nr. 96.

355 Sie lagen in unmittelbarer Nähe der Schönborner-Hof-Kaserne, der Infanteriekaserne und des Garnisonslazarets. Weitere Kasernen fanden sich in benachbarten Straßen.

356 Koch, *Verwaltete Lust*, S. 19.

357 Köllmann, *Bevölkerungsstatistik*, S. 142: 1850: 72.700 Einwohner; 1855: 76.146 Einwohner. Zu den Daten für Mainz vgl. Anhang Tabelle 4.

358 StadtA Mz 070/14364.

Margarethe Thum betriebene Bordell (gegenüber des heute noch existierenden Hauses zum Stein). Sie beklagten sich über die häufig nachts vorkommende Randal und Ruhestörungen vor dem Bordell. Außerdem prangerten sie den schädlichen Einfluss an, den das Bordell auf die Kinder und Jugendlichen habe, die in der Nachbarschaft lebten oder die benachbarte Knabenschule bzw. Mädchenschule von St. Ignaz besuchten. Den Brief unterschrieben neben 17 Anwohnerinnen und Anwohnern auch der Pfarrer und die Lehrer von St. Ignaz.³⁵⁹ Nachdem sie bei der Polizei kein Gehör fanden, wandte sich Bernard Schambert, der in B 220-222 wohnte, an Bischof Ketteler.³⁶⁰ Dieser wurde tatsächlich tätig und beschwerte sich beim großherzoglichen Territorialkommissar mit drastischen Worten: „Ich erlaube mir hier beiläufig zu bemerken, daß in diesem Winter zwei Mädchen, Zöglinge des Waisenhauses, wegen Krankheiten, die sie sich durch unsittliches Leben zugezogen haben, im Rochusspitale waren.“³⁶¹ Anscheinend wird das Bordell daraufhin oder bereits vorher an dieser Stelle geschlossen. Jedenfalls verzeichnet die der Antwort des Territorialkommissars beigelegte Liste das Bordell von Margarethe Thum in der Altmünstergasse.³⁶²

Wie schon angedeutet, gingen längst nicht alle Prostituierten ihrer Tätigkeit offiziell nach und arbeiteten in genehmigten Bordellen. Viele boten ihre Dienste in Privatwohnungen oder Wirtschaften an. So wurden 1825 in einer Wohnung in der Hinteren Bleiche zwei mutmaßliche Prostituierte in flagranti aufgegriffen. Über diese Aktion gibt ein Polizeibericht Auskunft:

„Heute, den 31. August 1825 führten die Polizeiagenten H[erren] Leopold Baison, Peter Oehl, Michel Klumm und Wendelin Scheppler die Elisabeth Meyer aus Dreieckshausen und die Carolina Lems aus Kelsterbach, zwei herumziehende liederliche Weibspersonen hierher vor, welche sie in dem Hause E 187 bei der allda wohnenden liederlichen Brandweinzapferin Anna Maria Derass‘ in dem Augenblicke angetroffen hätten, als die österreichischen Soldaten in vertraulicher Umarmung mit ihnen gewesen und von denen, sowie die Caroline Levi erklärte, sie vier Wochen bei der Duraße logiert. Weil dieses eine Zuwiderhandlung gegen das Gesetz ist, welches dieselbe bestraft, so wurde dieses Protokoll aufgesetzt um die Beklagte vor dem Polizeitribunal zu verfolgen.“³⁶³

359 Abschrift eines Briefes der Anwohner vom 26.11.1853 an den Polizeikommissar Künstler. In: DDAMZ, Pfarrakten Dekanat Mainz-Stadt, Nr. 96.

360 Schreiben vom 24.04.1854. In: DDAMZ, Pfarrakten Dekanat Mainz-Stadt, Nr. 96.

361 Schreiben vom 01.05.1854. In: DDAMZ, Pfarrakten Dekanat Mainz-Stadt, Nr. 96.

362 Siehe oben Tabelle S. 82.

363 StadtA Mz 70/15047.

Nicht registrierte Prostituierte wurden anscheinend streng verfolgt. Dafür spricht zumindest der massive Polizeieinsatz im vorliegenden Fall: Ein Polizeikommissar, ein Viertelmeister und zwei Polizeidiener waren bei insgesamt zwölf Polizisten in Mainz (davon war einer als Schreiber angestellt) ein größerer Personalaufwand für zwei Prostituierte.³⁶⁴

Die Nähe einiger Bordelle zu Kasernen überrascht nicht, da von dort sicherlich ein Großteil der Klientel kam. Für andere Festungsstädte, wie z.B. Koblenz, ist das ebenfalls zu beobachten.³⁶⁵ Ein Umstand, den Bischof Ketteler anprangerte:

„Sie [die jungen Militärpflichtigen] lernen auf einmal, wenige Tage, nachdem sie ihr reines elterliches Familienleben verlassen, in den Garnisonen der großen Städte nicht nur das Böse kennen, sondern das Böse in jener furchtbaren Corruption, wie es in den Gassen der großen Städte auftritt. Sie kommen sofort mit dieser furchtbaren Prostitution der modernen Civilisation in tägliche Berührung, wenn es auch zunächst nur durch die Reden und Erzählungen älterer Kameraden geschieht, die alle Schleichwege der Unzucht kennen gelernt haben. [...] In welchem entsetzlichen Umfang das der Fall ist, möge aus der Thatsache entnommen werden, daß hier in Mainz in einer und derselben Straße dem Militärlazareth gegenüber zwei und der Kaserne gegenüber drei Häuser öffentlicher Dirnen sich befinden.“³⁶⁶

Empörung von Mainzer Bürgern und Kirchenmännern über die „furchtbare Prostitution“ mochte zwar die Behörden im Einzelfall zum Handeln veranlassen, aber deren Hauptsorge waren die Geschlechtskrankheiten, die sich ihrer Meinung nach vor allem durch die Prostitution ausbreiteten. Wichtiger als deren Verbot erschien es daher auch den großherzoglich hessischen Behörden, eine umfassende Kontrolle einzurichten. So ist es nicht verwunderlich, dass es in Mainz der Polizei bekannte Bordelle gab, obwohl seit 1841 „gewerbsmäßige Kuppelei“ im Großherzogtum Hessen unter Strafe stand.³⁶⁷ Die in Mainz ergriffenen Maßnahmen umfassten daher „die strengste Untersuchung der hierortigen Freudenmädchen vorzunehmen, die fremden Angesteckten mittels des Schubes in ihre Heimath abzuschaffen, und die Einheimischen bis zu ihrer Genesung in das Spital zu bringen auf diese Untersuchung zur Steuerung und Minderung des Übels von 8. zu 8 Tagen fortzusetzen.“³⁶⁸ Die mutmaßlichen Prostituierten wurden also wöchentlich auf Geschlechtskrankheiten medizinisch untersucht.

364 Wegweiser der Stadt Mainz 1825, S. IV.

365 Böckling, Frauen in preußischen Festungen, S. 59.

366 Ketteler, Militär-Seelsorge, S. 30.

367 Art. 339 Hess. StGB: „Wer gewerbsmäßig zur Unzucht Anderer Gelegenheit verschafft oder Vor-schub leistet, sei es durch Gewährung kürzeren oder längeren Aufenthalts, Zuführen, Unterhandeln, Verführung u.s.w., ist wegen Kuppelei mit Corretionshaus bis zu drei Jahren zu bestrafen.“ Zitiert nach Bopp, Criminalgesetzgebung, S. 143–144.

368 StadtA Mz 70/14368.

Bei den – wenn auch in den Anfängen befindlichen – Kontrollen und Maßnahmen, stellte sich den Behörden ein grundlegendes Problem: Sie vermochten nur schwer zwischen Gelegenheitsprostituierten und Frauen, die lediglich nicht-eheliche sexuelle Kontakte hatten, zu unterscheiden:

„Aufgrund der verschärften Kontrollen und des wachsenden Misstrauens gegenüber unverheirateten Frauen schufen die staatlichen Stellen ein Meinungsklima, das die Frauen im gesellschaftlichen Kontext des Militärs schnell und ungeprüft in den Verdacht brachte, Hurerei zu betreiben. [...] Ob es sich in solchen Fällen aber um Beziehungen auf Zeit oder tatsächlich um Gelegenheitsprostitution handelte, ließ sich schon unter Zeitgenossen kaum eindeutig beurteilen. Genau diese Grauzone der Prostitution war es, vor der die Polizeibehörden besonders warnten, da die staatliche Kontrolle auf diesen Bereich keinen Zugriff hatte.“³⁶⁹

Wie Beate Engelen im Fall des frühneuzeitlichen Preußen gezeigt hat, war diese „Grauzone“ insbesondere für Freundinnen von Soldaten gefährlich: Durch die Heiratsbeschränkungen und gleichzeitige Kriminalisierung außerehelicher Sexualität gerieten sie schnell in den Verdacht, als Prostituierte zu arbeiten, obwohl das in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle wahrscheinlich nicht so gewesen ist.³⁷⁰

Auch Dienstmägde standen oft im Fokus sittenpolizeilicher Maßnahmen – ob sie sich nun tatsächlich prostituierten oder nicht.³⁷¹ Die Polizei verdächtigte nämlich einige Dienstmägde, ihr Geld eigentlich als Prostituierte verdienen. Daher klagte Polizeikommissar Mella 1833 in einem Schreiben an die Bürgermeisterei:

„Außer dieser Klasse von Weibspersonen, welche aus Gewinnsucht oder thierischer Geilheit, jeden ohne Unterschied Befriedigung seiner unreinen Lüste darbieten, giebt es nicht nur viele einheimische Mädchen, die sich für Geld gebrauchen lassen, sondern [...] sind sie zu Leuten eingeschrieben, welche durchaus keiner Mägde bedürfen, und nur gegen Bezahlung den Namen als Dienstherrschaft hergeben; während jene sich von Militär oder andere Personen unterhalten lassen. Allein welche Mittel sind dagegen zu ergreifen? mit welchem Rechte kann man einem hiesigen Bürger, wenn er auch zur schlechtesten Claße gehört, gänzlich untersagen, sich eine Magd zu nehmen? ist er nicht durch unsere Gesetze, vor solchen Maasregeln leider hinlänglich geschützt?“³⁷²

369 Engelen, Soldatenfrauen, S. 443-444.

370 Engelen, Soldatenfrauen, S. 444 sowie Nowosadtko, Soldatenpartnerschaften, S. 300. Vgl. Auch Wilson, *Women and War*, S. 131. Letzter meint im Hinblick auf die vielen langfristigen Beziehungen zwischen Frauen und Soldaten: „However, examination of individual cases reveals the „easygoing whore““ to be fiction of the regulations“, ebd. S. 146.

371 Siehe dazu oben S. 54f.

372 StadtA Mz 70/14364.

Aber nicht nur die Frauen, sondern auch junge Männer, die sich einer „Risikogruppe“ zuordnen ließen, wurden untersucht. Neben wandernden Handwerksgesellen,³⁷³ mussten sich deshalb auch die preußischen Soldaten solchen Untersuchungen unterziehen lassen:

„Jeder in die Compagnie eintretende Soldat wird gleich nach seiner Ankunft von Compagnie-Chirurgus, in Bezug auf ansteckende Krankheiten, besonders Krätze und Syphilis, ärztlich untersucht. Dergleichen Revisionen finden außerdem jeden Monat statt, gewöhnlich in den ersten Tagen. Der Compagnie-Chirurgus hält sie ab, der Officier dujour, so wie die Unteroffiziere sind dabei zugegen. [...] Die Verheimlichung syphilitischer Uebel und der Krätze soll bestraft werden.“³⁷⁴

Auch in der k. k. österreichischen Armee mussten sich die Soldaten monatlich ärztlich untersuchen lassen.³⁷⁵ Wie die preußische war die österreichische Armee dabei vorwiegend interessiert, die Gesundheit (und damit die Einsatzfähigkeit) des Soldaten zu erhalten. Daher sollten die Soldaten motiviert werden, die Ansteckung selbst zu melden. Ehemals bestehende Strafen für die Ansteckung an sich wurden abgeschafft und durch solche für deren Verheimlichung ersetzt. Um eine weitere Ausbreitung zu verhindern wurde 1785 die Verordnung erlassen, „dass derjenige, welcher ein angestecktes Weibsbild anzeigt, eine Belohnung zu erhalten habe; diese Person aber unentgeltlich geheilet, und ohne Strafe in Freiheit gesetzt werde“.³⁷⁶

Trotz dieser pragmatischen Regelung misstraute die österreichische Militärführung ledigen Frauen, die sich im Umfeld von Soldaten aufhielten und der Prostitution verdächtigt wurden:

„Zu diesem Zweck wird es besonders nöthig, auf die liederlichen Weibspersonen ein wachsames Auges zu halten. – Nach dem Reglement für die Infanterie [...] sollte daher dieses Weibsvolk, welches in die Caserne oder die Quartiere kommt, sich bei den Traiteurs aufhält, oder die Wein-, Brandwein- oder Bierschenken, so wie die Ordonnanz-Posten der Soldaten besucht, oder auf Märschen und Transporten ihnen nachfolget, aufgefangen, untersucht, und, im Falle der Ansteckung, dem Civile übergeben werden. – Um überhaupt bei letzteren die Beigesellung solcher Personen hintenan zu halten, soll in jeder Marsch-Route die Anzahl der marschirenden Soldatenweiber angesetzt werden; die nicht zum Transporte gehörigen Weibspersonen aber sind an die politischen Behörden auszuliefern.“³⁷⁷

Das Gouvernement der Festung Mainz nahm die Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten augenscheinlich sehr ernst, da deren Ausbreitung die Einsatzbereitschaft der Truppe

373 StadtA Mz 70/14364.

374 Griesheim, Compagnie-Dienst, S. 157.

375 Isfordink, Militärische Gesundheits-Polizei, S. 5.

376 Isfordink, Militärische Gesundheits-Polizei, S. 13–14.

377 Isfordink, Militärische Gesundheits-Polizei, S. 14. Isfordink bezieht sich hierbei auf entsprechende Verordnungen.

gefährdete und erhebliche Kosten verursachte. Immer wieder drängten die Militärbehörden die Zivilbehörden der Stadt oder auch des Kreises, tätig zu werden. Neben dem bereits oben zitierten Anschreiben des Kreisamtes Mainz bezüglich der „Ueberhandnahme syphilitischer Krankheiten in der Garnison zu Mainz“³⁷⁸ weist darauf ein Schreiben der Militärbehörden aus dem Jahr 1816 hin, das eine konsequente Durchführung der genannten Maßnahmen fordert: „die Kreisdirektion hat daher unverzüglich die strengste Untersuchung der sich dermalen dahier aufhaltenden Freudenmädchen vornehmen zu lassen, und sich deßfalles nach obbezogener Verfügung zu benehmen: daß für die Folge die wiederholten periodischen Untersuchungen nicht mehr vernachlässiget werden wozu die Polizey-Direktion genau anzuweisen ist.“³⁷⁹

Für das Militär zählten nur die Einsatzfähigkeit der Soldaten und die Kosten einer medizinischen Behandlung. Moralische Bedenken mussten demgegenüber zurückstehen. Daher plädierte das Militär auch stets für die Beibehaltung von legalen Bordellen, um die Prostituierten besser überwachen zu können. Als in den Jahren 1843/44 in der preußischen Festung Koblenz alle Bordelle geschlossen wurden, versuchte das Militär mehrmals, eine Wiedereröffnung zu erreichen, da die heimliche Prostitution einen viel höheren Krankenstand nach sich ziehe.³⁸⁰ Auch in der Festung Köln verschlimmerte sich durch das prinzipielle Verbot von Bordellen die Lage: aus fünf legalen Bordell wurden anscheinend 30 illegal und heimlich betriebene.³⁸¹ In Mainz selbst wurde die Prostitution in Bordellen bis zum ersten Weltkrieg nicht untersagt, wenngleich sich die Sanktionen zum Jahrhundertende hin verschärften.³⁸² Eine Lösung des Problems der Prostitution in Mainz konnte im gesamten 19. Jahrhundert nicht erreicht werden. Bei allen Maßnahmen des Militärs zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten ist aber festzuhalten, dass sie deutlich weniger Nachteile für die Soldaten brachten, als diejenigen der Zivilbehörden für die Frauen.

3.7 „Der Abschied der Oestreicher“ – Rezeption der Beziehungen in einem zeitgenössischen Theaterstück

Anlässlich des Abzuges des österreichischen 49. Infanterieregiments aus Mainz 1837 verfasste Johann Andreas Schumacher ein Theaterstück mit dem Titel „Der Abschied der Oestreicher von Mainz“. Das „Lustspiel in drei Aufzügen“ wurde noch im selben Jahr bei Hoff & Heuser in Mannheim publiziert.³⁸³ Ob es jemals aufgeführt wurde ist unklar.

378 Siehe oben S. 54.

379 StadtA Mz 70/14368.

380 Böckling, Frauen in preußischen Festungen, S. 60. Auch in Minden wies die Militärführung darauf hin, dass die Schließung der Bordelle nur eine Verschlechterung des Gesundheitsstandes der Truppe nach sich gezogen hätte.

381 Klein-Meynen, Leben in der Festungsstadt Köln, S. 409.

382 Maul, „Lüderliche Frauenspersonen“, S. 65.

383 Im deutschsprachigen Raum sind lediglich vier Exemplare in drei öffentlichen Bibliotheken zu finden: zwei in der Stadtbibliothek Mainz (Mog m 3717(a)), eins in der Bayerischen Staatsbibliothek München (Slg. Her 2153) und eins in der österreichischen Nationalbibliothek in Wien (4047-B Alt Mag).

Schumacher, der 1810 in Mainz geboren wurde, arbeitete in den 1830er Jahren zuerst als Finanzbeamter in verschiedenen Orten im Großherzogtum Hessen, bevor er 1839 Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften an der neu errichteten Realschule in Bingen wurde. In Bingen heiratete er Elisabeth Jakobi, mit der er vier Kinder hatte. Ab 1846 arbeitete er in Mainz an der Realschule, wo er einige Lehrbücher über kaufmännisches Rechnen bzw. Buchführung verfasste. Bereits 1836 hatte er sich als Herausgeber zweier liberaler Zeitschriften betätigt. Neben dem genannten Theaterstück verfasste er im selben Jahr ein Stück mit dem Titel „Das Gutenbergfest in Mainz“, welches sich kritisch mit den Vorgängen rund um die Errichtung des Gutenbergdenkmals in Mainz beschäftigt. Aufgrund seiner liberalen Einstellung betätigte er sich 1848-50 auch politisch und warb auf einer Rundreise durch den Kreis Bingen zusammen mit anderen für die Volksversammlung, die Paulskirchen-Verfassung und die Unterstützung der aufständischen Pfälzer. Sein politisches Engagement wurde ihm fast zum Verhängnis, da bei der Schulbehörde deswegen ein Verfahren eingeleitet wurde, das allerdings glimpflich für ihn endete. Seine Tätigkeit als Schriftsteller von Belletristik setzte er erst in den 1860er Jahren fort, als er zwei weitere Theaterstücke veröffentlichte. Sein letztes Werk ist ein Gedichtband aus dem Jahr 1880. Johann Andreas Schwarz starb 1888 in Mainz.³⁸⁴

In seinem Theaterstück „Der Abschied der Oestreicher von Mainz“ thematisiert Schumacher die Beziehungen zwischen Mainzerinnen und österreichischen Soldaten, die sich nun beim bevorstehenden Abzug eines Regiments trennen müssen. Im Mittelpunkt der Geschichte stehen Eduard Federleicht, ein junger österreichischer Leutnant, und seine Freundin Wilhelmine. Eduard stammt aus einer reichen Mainzer Bürgerfamilie: der (in der Geschichte nur erwähnte) Vater verdient als Buchhalter so gut, dass Eduards Mutter – Madame Federleicht – sich schöne neue Möbel aus Paris leisten kann. Wilhelmine, die Freundin von Eduard, stammt aus einer zwar angesehenen, aber armen Mainzer Bürgerfamilie, deren Vater schon verstorben ist. Neben der bevorstehenden Trennung steht das Paar zudem vor dem Problem, dass ihre Mütter ihnen die Heirat nicht erlauben. Eduards Mutter sieht die Heirat als nicht standesgemäß an, während Wilhelmines Mutter ihre Tochter lieber mit einem reichen Rentner namens Schrupper verheiratet wissen möchte. Die Liebesgeschichte zwischen den beiden bildet den großen Handlungsstrang, an dessen Ende im dritten Aufzug das dramatische Finale steht: Im Streit gehen Mutter und Sohn Federleicht auseinander. Eduard zieht zusammen mit seinem Regiment aus Mainz ab und lässt mit Hilfe seiner Tante und einem Brief seine Mutter glauben, dass er sich umgebracht habe. In ihrer Verzweiflung erkennt Madame Federleicht, dass sie ihrem Sohn die Heirat besser erlaubt hätte. In diesem Augenblick tritt Eduard mit Wilhelmine ins Zimmer. Eduard hat nicht Selbstmord begangen, sondern nur seinen Dienst in der österreichischen Armee quittiert. Mit der Erlaubnis seiner Mutter zur Heirat endet die Geschichte glücklich.

384 Lauckhard, Schumacher, S. 127-129.

Neben dieser im Vordergrund stehenden Handlung mit ihren Protagonisten tauchen in mehreren begleitenden Szenen fünf Mainzer Dienstmägde auf: Lisbeth, Kathrine, Babett, Marianne und Nanette (letztere arbeitet bei der Familie Federleicht). Die Dienstmägde stehen alle vor dem Problem, dass ihre Freunde österreichische Soldat sind und nun die Stadt – und damit auch sie – verlassen müssen. Das Theaterstück zeigt die verschiedenen Abschiedsszenen zwischen den Soldaten und ihren Freundinnen. Die Lebenssituationen und Zukunftsperspektiven sehen dabei unterschiedlich aus.

Lisbeth und Franz beispielsweise haben einen Sohn und hoffen beide, irgendwann wieder vereint zu sein und heiraten zu können. Lisbeth allerdings spricht auch ihre Ängste aus:

„Ach und du bist jetzt bald von mir gerissen!
Was ist mein Trost, wenn jetzt die Herrschaft zankt? [...]
Ach muss ich dich, den letzten Trost, noch missen,
Wenn mich die Herrschaft gar mal abgedankt?
Ach! wirst du untreu, muß ich in den Küchen,
die armen Knochen mir verfrieren ganz,
Und wenn ich um neun der Zapfen wird gestrichen,
Dann denk ich trauernd an den fernen Franz.“³⁸⁵

Insbesondere in den Zeilen 5 und 6 wird noch einmal deutlich, dass im 19. Jahrhundert nur die Heirat – und die damit einhergehende Versorgung – Frauen eine bessere Zukunft bot. Ansonsten müsste Lisbeth ihr Leben lang als Dienstmagd arbeiten. Im Übrigen scheint das nicht die erste Beziehung Lisbeths zu einem Soldaten zu sein, sagt sie doch an anderer Stelle: „Ach die verfluchten Bube! die halle äm immer so zum Beste; ich wäß, wie mer meiner mit dem vorige Transport fort iß; es war en Dambor.“³⁸⁶

Kathrine, die Freundin Lisbeths, ist auch mit einem (im Stück nur erwähnten) Soldaten zusammen gewesen, direkt nach dem Auszug des Regimentes hängt sie sich aber schon beim Handwerksburschen Philipp ein, der mit ihr und seinen Freunden in ein Wirtshaus geht.

Marianne hat ungleich größere Probleme: Sie hat von ihrem Freund drei Kinder, die sie nun alleine versorgen muss. Ihr Freund hat auf die Frage, was nun aus ihren Kindern werden soll, nur eine lapidare Antwort: „Waßt d'wos? Wonn die Bub'n groß sind, donn werden's, wos i bin un die Madels, wos du bist.“³⁸⁷ In dieser eigentlich ironischen Szene deutet Schumacher an, wie problemlos sich ein Soldat der Verantwortung als Vater entledigen konnte. Marianne hat außerdem keine große Hoffnung mehr, dass sie wieder einen neuen Partner finden könnte, da sie schon recht alt ist. Diese Angst, von nun an als

385 Schumacher, Abschied der Oestreicher, S. 8.

386 Schumacher, Abschied der Oestreicher, S. 17. Mit „Dambor“ ist anscheinend „Tambour“ gemeint.

387 Schumacher, Abschied der Oestreicher, S. 16.

Mutter von drei Kindern allein zu bleiben, ist gerade im 19. Jahrhundert nicht unbegründet: Ältere Frauen hatten nur eine Chance, einen Partner zu finden, wenn sie entweder als Witwe mit Besitz aufwarten konnten oder aus dem gehobenen Bürgertum stammten. Marianne fasst ihre aussichtslose Situation singend dem Publikum am Ende des zweiten Aufzuges zusammen:

„Ford're Niemand mein Schicksal zu hören,
Wem, wie sonst, noch sein Oestreicher winkt;
Ach! könnt' ich einen anderen beschwören,
Der im Land jetzt noch Knötel verschlingt!
Von dem Lieben, an mich so verkettet',
Der heut fortzog, den Czako umlaubt,
Hab' ich nichts, hab ich gar nichts gerettet,
Als drei Bälg' und dies alternde Haupt.

Ach! nur Schlimmes ist Wahrheit geworden;
Ja drei schenkt' ich an trauerender Brust;
Nun er fortzog weit weg aus dem Norden,
Hab ich ihm gar entsagen gemußt.
Ach! nie wird er in's Land mich berufen,
Und so bleib' ich, von Jammer umschnaubt;
Was ward mir unter teuflischen Hufen?
Nur drei Bälg' und dies alternde Haupt.

Zum Gefreiter sollte er steigen,
Sagt' er immer; doch trau' Eins der Welt!
O ich sollte das Alles verschweigen,
Denn fort ist ja auf immer der Held.
Euch, ihr Kleinen! euch nur beklag' ich,
Ach, ihr seid eures Vaters beraubt;
Niemand will mich mehr, nun denn so trag' ich
Zu der Waschbütt' mein alterndes Haupt.“³⁸⁸

388 Schumacher, Abzug der Oestreicher, S. 56–57. Bemerkenswert ist die Ähnlichkeit dieser Zeilen mit dem Lied „Ford're niemand, mein Schicksal zu hören“, das im Vormärz von wandernden Gesellen gesungen wurde. Die Entstehungszeit dieses Liedes wird meistens mit „um 1840“ angegeben, gedruckt wurde das Lied erstmals von Berthold Auerbach in *Der Freihafen*, 6 (1843), Heft 1, S. 133–144. Da Schuhmacher das Stück 1837 publizierte, muss das Lied um diese Zeit schon bekannt gewesen sein. Die Anlehnung an das Gesellenlied zeigt einmal mehr die liberale Haltung von Schuhmacher. Es ist anzunehmen, dass die Melodie von Mariannes Gesang sich auch am „Original“ orientieren sollte, von der aber heute meistens nur die moderne Fassung von Erich Schmeckenbecher bekannt ist. Vgl. hierzu auch Becker/Rode, *Codex*, S. 111.

Die schwierige Situation der Frauen, die mit Kindern von einem Soldaten allein zurückgelassenen wurden, veranlasst Schumacher sogar zu einer überzeichneten, ironischen Szene, in der eine Frau einem Soldaten sein Kind in den Arm drückt:

„Mädchen: Du warst schuld an all mein Unglück. Oh geh nor, du kannst kä Glück in dein Lewe hawe!

Oestreicher: O liebes Schotzerl! du waas doch, doß i einkomm'n bin um dih zu heirothen; wos konn ih d'für, doß ich nit durft?

Mädchen: Wer ernehrt denn jetzt das Wermche do? wer iß dem arme Kind sei Vater?

Oestreicher: Nu dos Letzte mußtd' holt böser wüss'n, ols ich!

Mädchen: O spassel noch; gleich wer'n ich der's an Kopp werfe, du schlechter Kerl! Gell wann mer e arm Medche angeführt hot, dann leßt mers lafe.

Oestreicher: O du bös Weibsbild!

Mädchen: Willst Du noch was eraushawwe?

Oestreicher (weich): O ich hob dih so görn und hob den Klaanen so görn! (weint)

Mädchen: Da! Do nemm en noch emol (gibt ihm das Kind)³⁸⁹

Danach rennt die Frau weg und lässt den Soldaten mit dem Kind allein, der von seinem Leutnant darauf angesprochen wird. Dieser erlaubt ihm schließlich, das Kind mit in seine Heimat nach Prag zu nehmen. Eine Marketenderin wird angewiesen, sich um das Kind zu kümmern. Diese Szene ist sogar als kolorierte Lithografie vor der Titelseite des Buches zu finden. Bezeichnend an der Szene sind die Probleme einer Beziehung zwischen Mainzerin und österreichischem Soldaten, die genannt werden. Zum einen steht der Vorwurf der Mainzerin, dass der Soldat sie mit dem Kind allein lässt und sich um seine Verantwortung drücken will. Das entspricht der problematischen Situation der letztendlich fremden Soldaten, die irgendwann in ihre Heimat zurückkehren mussten. Auch die Problematik der Heiratsbeschränkungen wird vom Soldaten angesprochen und als Mittel benutzt, den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit abzuwehren. Wer nun die Schuld für schwierige Situation trägt, bleibt offen: der Soldat, die Mutter oder der österreichische Staat? Die Auflösung der Szene, indem der Soldat das Kind mitnehmen darf, erscheint auf den ersten Blick überzeichnet und aberwitzig. Sie mag aber gar nicht unrealistisch gewesen sein. Zumindest in der französischen Armee gab es wohl Anfang des 19. Jahrhunderts noch die Möglichkeit, ältere Kinder beim Regiment mitzunehmen.³⁹⁰ Dies wird wahrscheinlich auch noch 1837 in der österreichischen Armee der Fall gewesen sein. Denn zum einen sind auch Ehefrauen aus der Heimat mit ihren Soldaten nach Mainz gezogen, die dann auch wieder – mitsamt nun geborenen Kindern – den Rückweg antreten mussten, wenn das Regiment abzog. Auch die bereits zitierte Begrenzung von „marschierenden Soldaten-

389 Schumacher, Abzug der Oestreicher, S. 52–53.

390 Wiehler, Verlassene Kinder, S. 30.

weiber“ belegt, dass den Tross eines k. k. Regimentes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch Familienangehörige der Soldaten begleiteten.³⁹¹ In Garnisonsstädten waren Söhne von Soldaten zudem als potentieller Nachwuchs durchaus vom Militär gern gesehen.³⁹²

Neben den genannten Liebespaaren gibt es noch weitere Rollen: so z.B. den reichen Rentner Schrupper, der als Nebenbuhler Eduards den Abzug der Soldaten beobachtet und hofft, nun endlich Wilhelmine zur Heirat bewegen zu können. Schroppers „Gegenpart“ bildet gewissermaßen der Handwerksbursche Philipp, der nach dem Auszug der Österreicher seine Freundin Kathrine zurückgewinnt. Die zwei Mainzer Schiffer Johann und Christoph beobachten den Auszug und die Abschiedsszenen zwischen den Paaren und kommentieren sie ironisch, z.B.: „Nu do griecht man awer Genshaut vor Rihrung.“³⁹³

Den Blick weg von den „Herzensangelegenheiten“ hin zu den finanziellen Aspekten dieses Truppenabzugs lenken drei Mainzer Bürger, die vor dem Problem stehen, neue Kunden für ihren Wein und das Ochsenfleisch finden zu müssen. Sie hoffen auf die neuen Truppen, die bereits angekündigt sind.

Insgesamt zeichnet Schumacher vor dem Vordergrund einer Liebesgeschichte en passant die unterschiedlichen Situationen der Einwohner/-innen und Soldaten bei deren Abzug aus der Festungsstadt Mainz nach. Wenngleich das Theaterstück von Schumacher leicht geschrieben, mit romantischen Idealen versetzt und mit einem „happy end“ versehen wurde, gelingt es ihm doch, eine durchaus realitätsnahe Szenerie zu entwerfen. So führt Schumacher neben der heiteren Liebesgeschichte dem Zuschauer einige „Schattenseiten“ vor Augen, wie die zurückgelassenen Frauen oder die in Frage stehende Versorgung der nun vaterlosen Kinder. Auch auf das Problem, dass Soldaten zwar mitunter heiraten wollten, aber nicht durften, weist er hin. Daneben bietet Schumacher einen kleinen Einblick in das Verhältnis zwischen Dienstmagd und „Herrschaft“, wenngleich etwas überzeichnet, indem er der spießigen und hysterischen Madame Federleicht die vorwitzige Dienstmagd Nanette gegenüber stellt. Wenn man Schumacher sicherlich keine explizit sozialkritischen Absichten unterstellen kann, so wird im Stück dennoch seine kritische liberale Einstellung deutlich. Dem heutigen Zuschauer bzw. Leser bietet sich durch dieses Theaterstück ein kleines „Guckloch“ in die Lebenssituation von Soldaten und Mainzerinnen in der Festung Mainz um 1837.

391 Siehe oben S. 86.

392 Engelen, Soldatenfrauen, S. 195–196.

393 Schumacher, Abzug der Oesterreicher, S. 51.

4 Fazit und Ausblick

Die Untersuchung der Beziehungen zwischen Soldaten und Mainzerinnen in der Festung Mainz im Zeitraum 1816–1866 gewährt einen Einblick in die Lebenswirklichkeit von Soldaten und Frauen in einer Festungs- und Garnisonsstadt in der ersten Hälfte 19. Jahrhundert. Durch die mit Hilfe der historischen Demografie erhobenen Daten von über 1100 Beziehungen konnten einige Muster festgestellt werden.

Als erstes ist festzuhalten, dass der Anteil der nicht-ehelichen Beziehungen mit rund 60% recht hoch ausfällt. Er spiegelt aber damit die Heiratsbeschränkungen wider, denen die österreichischen und preußischen Soldaten unterworfen waren. Die Kautionsvorschriften und Verheiratetenquoten, die nahezu nahtlos an entsprechende Regelungen aus dem 18. Jahrhundert anschlossen, erschwerten es den Paaren erheblich, eine eheliche Beziehung zu führen. Grund für die Heiratsbeschränkungen war der Versuch des jeweiligen Staates die versorgungsberechtigten Familienangehörigen zu minimieren. Da die Mainzer Garnison durch landesfremde Truppen gestellt wurde, konnte dieser Effekt zwar im vorliegenden Fall erreicht werden – allerdings auf Kosten der Frauen. Waren sie – wie in den meisten Fällen nicht-ehelicher Beziehungen – als Dienstmagd tätig, verschärfte sich ihre ohnehin schon problematische Situation: Weitgehend schutzlos der „Herrschaft“ ausgesetzt und vom Staat stark kontrolliert, konnte eine Schwangerschaft sie um Arbeit und Ruf bringen. Leicht gerieten sie in den Verdacht, sich zu prostituieren. Durch eine Heirat hätte diese Marginalisierung und Kriminalisierung verhindert werden können, war aber aufgrund der militärischen Vorschriften oftmals nicht möglich. Die Heiratsbeschränkungen sind wahrscheinlich auch der Grund, warum rund dreiviertel aller nicht-ehelichen Beziehungen nur ein Kind hervorbrachten. Rechtliche und tatsächliche Hindernisse verminderten die Möglichkeit einer langfristigen Beziehung. Nichtsdestotrotz konnten einige Beziehungen festgestellt werden, die über mehrere Jahre hinweg Bestand hatten. An Beispielen wurde deutlich, dass es Soldaten und ihren Partnerinnen dennoch gelingen konnte, die nicht-eheliche Beziehung aufrecht zu erhalten und eine Familie zu bilden. Letztendlich wird man festhalten müssen, dass die beabsichtigte Wirkung der Heiratsbeschränkungen – die Verhinderung sozialen Elends – nicht erreicht wurde, sondern im Gegenteil die problematische Lage der Soldatenfamilien dadurch erheblich verschärft wurde.

Der Status der Festung Mainz als Bundesfestung ermöglichte einen Vergleich zwischen zwei landesfremden, aber verbündeten und dauerhaft stationierten Truppen. Es konnte gezeigt werden, dass neben der Anzahl und der Herkunft der jeweils hier garnisonierten Soldaten auch die „Mentalität“ eine Rolle in den Beziehungen zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung spielte. Beide Faktoren hatten Einfluss auf die Entwicklung der Geburtenrate der Soldatenkinder in Mainz: Während anfangs die Österreicher öfter als Väter auftauchen, überwogen am Ende der Bundesfestungszeit die preußischen Soldaten in der Statistik. Im Vergleich fiel auch auf, dass Beziehungen zwischen k. k. österreichischen Soldaten und Mainzerinnen überwiegend nicht-ehelicher Art waren, während die Preußen

mit ihrer Partnerin meistens verheiratet waren. Letzteres hatte wahrscheinlich seinen Grund in der unterschiedlichen Dienstzeit, die es für die meisten preußischen Soldaten einfacher machte, ihr Leben vor und nach dem Militär miteinander zu verbinden. Bei den Österreichern wird dagegen die längere Dienstzeit insbesondere der Mannschaften maßgeblich dafür sein, dass es im ersten Untersuchungszeitraum (1816-1825) zu mehr Beziehungen kam, als bei dem preußischen Teil der Garnison. Inwieweit die Konfession eine Rolle spielte, konnte anhand der hauptsächlich benutzten Quellen nicht überprüft werden, hier wären weitere Forschungen anhand der entsprechenden Militärkirchenbücher nötig.

Durch die Anwendung der Familienkonstitutionsmethode konnte festgestellt werden, dass Beziehungen zwischen Soldaten und Mainzerinnen in allen Chargen bzw. Schichten stattfanden. Insbesondere der vergleichsweise hohe Anteil an Ehefrauen, die der Mainzer Oberschicht entstammten, ist hier hervorzuheben. Für das Mainzer Großbürgertum war es anscheinend keine Frage, dass ein höherrangiger preußischer oder k. k. österreichischer Offizier eine „gute Partie“ für ihre Töchter darstellte. Hinzu kamen die lange anhaltenden Einquartierungen, die erst sehr spät mit dem Neubau von Kasernen in den 1860er Jahren ihr Ende fanden. Die lange Friedenszeit ließ viel Raum für Bälle, Paraden und regelmäßige Musikaufführungen, bei denen sich Einwohner und Soldaten trafen. Insgesamt scheinen die Verflechtungen zwischen militärischer und ziviler Gesellschaft sehr eng gewesen zu sein. Die intensive Anteilnahme der Mainzerinnen und Mainzer am Abzug des k. k. österreichischen Regiments Nr. 49 im Sommer 1837 macht dies zusätzlich deutlich. Die engen Verflechtungen zeigen sich auch daran, dass Heiraten zwischen militärischer und ziviler Oberschicht bereits von 1815 an stattfanden, dass Mainzer selbst auch als Soldaten in beide Armeen eintraten und dass umgekehrt Soldaten nach dem Abschied in Mainz lebten und arbeiten. Die Stadt vergab Ehrenbürgerwürden an (Vize-)Gouverneure und die Bevölkerung huldigte verstorbenen Generälen; der preußische König und der österreichische Kaiser zeichneten den Pfarrer von St. Stephan für seine Verdienste um die katholische Garnisonsseelsorge mehrfach aus.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, inwieweit für den Zeitraum 1816–1866 eine Unterscheidung in Garnisonsgesellschaft und Stadtgesellschaft überhaupt noch sinnvoll erscheint. Beide Gesellschaften – wenn es sie für sich so überhaupt gab – standen sich zumindest im Alltag weder per se konfrontativ gegenüber noch existierten sie einfach nebeneinander her. Diese Feststellung bedeutet nicht, dass der Alltag in der Festungs- und Garnisonsstadt konfliktfrei ablief, das Gegenteil ist ja nachgewiesenermaßen der Fall gewesen. Neben den alltäglichen Konflikten sind auch die Zusammenstöße zwischen Militär und Bürgern in der Revolution von 1848 in Rechnung zu stellen; letztere müssen aber vielleicht eher als Ausnahme gesehen werden denn als Regel. Es ist daher äußerst fraglich, ob die Anwesenheit des Militärs von den Zeitgenossen insgesamt negativ beurteilt wurde.

Letztendlich stellt sich die Frage nach der Militarisierung der Mainzer Bevölkerung. Es ist erstaunlich, wie nahtlos sich der Staaten- und Truppenwechsel in der Demografie der Stadt Mainz aneinanderfügt: Im Jahr 1815 geben sich fünf ranghohe Militärs aus vier Staaten – darunter Frankreich – am Mainzer Standesamt fast die Klinke in die Hand. Anscheinend waren die Mainzer die Anwesenheit von Militär bereits gewöhnt. Vielleicht erschien der Einzug preußischer und österreichischer Truppen 1814 auch den Bürgerinnen und Bürgern als Verbesserung ihrer Lage. Jedenfalls ist in der Folge eine so hohe Verflechtung von Militär- und Zivilgesellschaft festzustellen, dass eine positive Einstellung zum Militär anzunehmen ist. Dies wiederum lässt fragen, ob die Fastnachtsgarden in Mainz ab Ende der 1830er wirklich in der Intention gegründet wurden, das Militär zu verspotten. Diese heute gerne kolportierte Meinung erscheint fragwürdig, wenn man die guten Beziehungen zum Militär in Rechnung stellt. Außer Frage steht, dass es in der Mainzer Fastnacht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts liberale Geister gab, die das Militär, insbesondere die hier stationierten Truppen, kritisch sahen. Ob das aber für den Großteil der Mitglieder von Fastnachtsgarden galt, die sich ja aus dem Bürgertum rekrutierten, ist mehr als fraglich. Eine genauere Untersuchung wäre hier sicherlich vonnöten, denn sie könnte interessante Ergebnisse zu Tage fördern: Wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, dass die Fastnachtsgarden das Militär eigentlich mehr imitierten denn parodierten, wäre das ein starker Hinweis auf eine weitgehende Identifikation der oberen Mittelschichten und Oberschicht mit dem Militär.

Quellen

Stadtarchiv Mainz (StadtA Mz)

- Sig. 50/19 – 50/28, Geburtsregister der Stadt Mainz 1816–1825
- Sig. 50/30, Geburtsregister der Stadt Mainz 1827
- Sig. 50/33, Geburtsregister der Stadt Mainz 1830
- Sig. 50/36, Geburtsregister der Stadt Mainz 1833
- Sig. 50/39, Geburtsregister der Stadt Mainz 1836
- Sig. 50/60 – 50/69, Geburtsregister der Stadt Mainz 1857–1866
- Sig. 50/96 – 50/106, Heiratsregister der Stadt Mainz 1815–1825
- Sig. 50/138 – 50/147, Heiratsregister der Stadt Mainz 1857–1866
- Sig. 70/582, Einquartierungen 1817
- Sig. 70/7035, Protokolle des Gemeinderats der Stadt Mainz 1837
- Sig. 70/7036, Protokolle des Gemeinderats der Stadt Mainz 1838
- Sig. 70/7040, Protokolle des Gemeinderats der Stadt Mainz 1842
- Sig. 70/7050, Protokolle des Gemeinderats der Stadt Mainz 1852
- Sig. 70/14364, „Sanitätspolizeiliche Maßnahmen gegen die venerischen Krankheiten“
- Sig. 70/14368, „Untersuchung von Freudenmädchen 1816“
- Sig. 70/15047, Abschrift eines Protokolls über das Aufgreifen zweier mutmaßlicher Prostituierten 1825
- Familienregister-Datenbank
- Sig. BPSP 399 C, Plan der Stadt Mainz 1814
- Sig. BPSP 410 D, Topographisch-militärischer Plan der Bundesfestung Mainz
- Sig. BPSP 451 D, Plan der Stadt Mainz um 1853
- Sig. VOA 4/26, Soldaten und ihre Angehörigen (1828-1867); Festung Mainz (1822-1868); Kriegslasten (1814-1871)
- Sig. VOA 5/1560, Sittenpolizeiliche Angelegenheiten bezügl. Weisenau
- Sig. VOA 8/75, Vergehen von Straftaten von und an österreichischen und preussischen Soldaten, Verhältnis zur Zivilbevölkerung, Entwendung von Militäreigentum. 1830-1869, 1897 wo??
- Sig. VOA 8/371, Arbeitsbücher von Dienstboten

Dom- und Diözesanarchiv Mainz (DDAMZ)

- Pfarrakten Dekanat Mainz-Stadt Nr. 96, „Stadt Mainz, Duldung öffentlicher Schandhäuser“
- Bischöfliches Ordinariat (=Generalakten), Abteile Nr. 65,22 – „Überhandnehmen der syphilitischen Krankheiten“ 1853
- Bestand 47, 27 – Pfarrarchiv St. Stephan, K 54 Personalie zu Pfr Merz/Seelsorge des kath. Teils der preußischen Garnison.
- Bestand 47, 27 – Pfarrarchiv St. Stephan, K 97 Bericht des Pfarrers von St. Stephan und der Garnisongemeinde an Bischof Ketteler 1863

Kriegsarchiv Wien (KriegsA Wien)

- Sig. 02024, Militärkirchenbuch des k. k. Infanterieregimentes Nr. 49, Taufen 1813–1841.
- Sig. 02028, Militärkirchenbuch des k. k. Infanterieregimentes Nr. 49, Trauungen 1813–1844
- Sig. 04093, Garnisonsseelsorge Mainz u. Frankfurt, Taufen 1854–1866
- Sig. 04094, Garnisonsseelsorge Mainz u. Frankfurt, Trauungen 1854–1866

Gedruckte Quellen

Adressbuch der Stadt Mainz 1801

Bopp, Philipp, und Hesse-Darmstadt (Grand duchy). Handbuch der Criminalgesetzgebung für das Grossherzogthum Hessen: ein praktischer Commentar, 1852.

Bundschuh, Carl: Uibersicht des des bey der K. K. Oesterreichischen Armee bestehenden Militär-Oeconomie-Systems und aller darauf bezugnehmenden Gesetze. Band 3. Prag, 1813.

von Corvin, Otto: Erinnerungen aus meinem Leben. Band 1. Leipzig, 1880.

Das Militär-Strafgesetzbuch über Verbrechen und Vergehen vom 15. Jänner 1855 für das Kaiserthum Oesterreich. Erläutert von Martin Damianitsch. 2. Aufl, Wien 1861.

Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815, <http://www.documentarchiv.de/nzjh/dtba.html> (zuletzt abgerufen am 30.09.2010)

Goethe, Johann Wolfgang von. Ueber Kunst und Alterthum in den Rhein und Mayn Gegenden. Bd. 1. Stuttgart 1816.

von Griesheim, Gustav. Der Compagnie-Dienst. Ein Handbuch für Infanterie-Officiere der Königl. Preussischen Armee. Berlin bzw. Starnberg 1838.

Hohl, Anton Friedrich: Lehrbuch der Geburtshülfe. Mit Einschluss der geburtshülflischen Operationen und der gerichtlichen Geburtshülfe. Leipzig 1855.

Isfordink, Johann Nepomuk: Militärische Gesundheits-Polizei mit besonderer Beziehung auf die k. k. Österreichische Armee. Band 2: Verhütung der Krankheiten. Wien 1825.

Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von. Die Gefahren der exemten Militär-Seelsorge. Mainz 1869.

Küchler, Friedrich: Handbuch der Lokal-Staatsverwaltung im Grossherzogthum Hessen mit Anleitung zur Geschäftsführung der Lokalbehörden, 1854.

Liliencron, Detlev von. Leben und Lüge. Biographischer Roman (Detlev von Liliencron. Sämtliche Werke 15). Berlin und Leipzig 1908.

Militär-Schematismus des österreichischen Kaiserthums. Wien 1817.

Militär-Schematismus des österreichischen Kaiserthumes. Wien 1846.

Militär-Schematismus des österreichischen Kaiserthumes. Wien 1859.

Reglement der Bundes-Festung Mainz von 1832

Reinhardt, H.: Das Preußische Strafrecht nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung. Berlin 1864.

Sammlung der für die Königlichen Preußischen Staaten erschienen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27sten Oktober 1810. Berlin, 1822.

Schaab, Karl Anton. Die Geschichte der Bundes-Festung Mainz. Historisch und militärisch nach den Quellen bearbeitet. Mainz 1835.

Schumacher, Andreas: Der Abschied der Oestreicher von Mainz – Lustspiel in 3 Aufzügen. Mannheim 1837.

Tromler, Heinrich; Kertel, Johann: Reden der Abgeordneten Tromler und Kertel über die Verhältnisse der Bundesfestung Mainz gegenüber. Mainz 1834.

von Wedekind, G. W. (Hg.): Vaterländische Berichte für das Großherzogthum Hessen. Band 1. Darmstadt 1835. S. 208–212.

Wegweiser der Stadt Mainz 1825

Literatur

Allmayer-Beck, Joh. Christoph; Lessing, Erich: Das Heer unter dem Doppeladler. Habsburgs Armeen 1718–1848. München 1981.

Allmayer-Beck, Johann: Die K. (u.) K.-Armee, 1848-1914. München, Gütersloh, Wien 1974.

Angelow, Jürgen: Der Deutsche Bund. Darmstadt 2003.

Becker, Tim Oliver; Rode, Paul: Codex Patomomomensis. 2. Aufl. Hamburg 2007.

Braun, Doris (Bearb.): Bestand 50. Zivilstandswesen (1798–1875). Findmittel. Mainz 1985.

Breckwoldt, Meinert; Kaufmann, Manfred; Pfeiderer, Albrecht (Hrsg.): Gynäkologie und Geburtshilfe. 5. Aufl. Stuttgart 2008.

Bock, Oliver: Kathinka Zitz-Halein. Leben und Werk. Hamburg 2010.

Böckling, Manfred: Frauen in preußischen Festungen. Denkanstöße, gesammelt am Beispiel der preußischen Garnison und Festung Koblenz und Ehrenbreitstein (1814-1918). In: Leben in und mit Festungen (Festungsforschung 2). Regensburg 2010. S. 51-73.

Börckel, Alfred: Mainzer Geschichtsbilder. Von 1816 bis zur Gegenwart. Mainz 1890.

Börckel, Alfred: Mainz als Festung und Garnison. Von der Römerzeit bis zur Gegenwart. Mainz 1913.

Brändli, Sabina: Von „schneidigen Offizieren“ und „Militärcrinolinen“: Aspekte symbolischer Männlichkeit am Beispiel preußischer und schweizerischer Uniformen des 19. Jahrhunderts. In: Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert hrsg. von Ute Frevert (Industrielle Welt 58). Stuttgart, 1997. S. 201–228.

Braun, Hermann-Josef: Die Pfarrei St. Peter und das Militär. In: Die Herrlichkeit dieses Hauses hrsg. von Thomas Berger. Mainz 2006. S. 135–150.

Brühl, Heinrich: Mainz geschichtlich, topographisch und malerisch. Mainz 1829.

Budde, Gunilla-Friederike: Das Dienstmädchen. In: Der Mensch des 19. Jahrhunderts. Hrsg. von Ute Frevert. Frankfurt 1999. S. 148–175.

Busch, Michael: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ – Militärgeschichte des Deutschen Bundes 1815 bis 1860. In: Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Band 1: Die Zeit bis 1914. Vom Kriegshaufen zum Massenheer hrsg. von Karl-Volker Neugebauer. München 2009. S. 218-301.

Dael, Fritz: Die Bevölkerungsverhältnisse der Stadt Mainz von den ältesten bis zu den neuesten Zeiten. Leipzig 1853.

Darapsky, Elisabeth: Das hessische Mainz 1816–1945. Unveröffentlichtes Typoskript im Nachlass Darapsky, Stadtarchiv Mainu. Mainz o. J.

Deák, István: Der K.(u.)K. Offizier. Wien 1991.

Deutschland. Zur Karte ›Verteilung der Konfessionen im Deutschen Reich‹. In: Meyers Großes Konversations-Lexikon. Band 4. Leipzig 1906. Digitale Version in: zeno.org <<http://www.zeno.org/nid/20007737343>> (zuletzt abgerufen am 15.12.2010)

Dirrheimer, Günter: Die k. k. Armee im Beidermeier. Neuausgabe der Darstellung der k.k. oesterreichischen Armee mit allen Chargen in XXXVI. Heften. Wien 1975.

Dumont, Franz: Mayence. Das französische Mainz (1792/98–1814). In: Mainz. Die Geschichte der Stadt hrsg. v. Dumont, Franz; Scherf, Ferdinand; Schütz, Friedrich. Mainz 1998. S. 319-374.

Dumont, Franz: Helfen und Heilen. Medizin und Fürsorge in Mittelalter und Neuzeit. In: Mainz. Die Geschichte der Stadt hrsg. v. Dumont, Franz; Scherf, Ferdinand; Schütz, Friedrich. Mainz 1998. S. 771-805.

Ehmer, Josef: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800–2000 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 71). München 2004.

Eger, Wolfgang: Verzeichnis der Militärkirchenbücher in der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Stand vom 30. September 1990). Neustadt a. d. Aisch 1993.

Eger, Wolfgang: Verzeichnis der Militärkirchenbücher in der Bundesrepublik Deutschland (neue Bundesländer - Römisch-Katholische Kirche). Neustadt a. d. Aisch 1996.

Engelen, Beate: Soldatenfrauen in Preußen: eine Strukturanalyse der Garnitionsgesellschaft im späten 17. und 18. Jahrhundert (Herrschaft und soziale Systeme in der frühen Neuzeit 7). Münster 2005.

Fränkel, Ludwig, „Corvin, Otto“, in: Allgemeine Deutsche Biographie 47 (1903), S. 531-538 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/artikelADB_pnd118522310.html> (zuletzt abgerufen am 22.10.2010)

Franz, Norbert: Die Stadtgemeinde Luxemburg im Spannungsfeld politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen (1760 - 1890) : von der Festungs- und Garnisonsstadt zur offenen multifunktionalen Stadt. Trierer Historische Forschungen 40. Trier 2001.

von Frauenholz, Eugen: Das Heerwesen des 19. Jahrhunderts (Entwicklungsgeschichte des deutschen Heerwesens 5). München 1941.

Gottron, Adam: Kleine Beiträge zur Mainzer Musikgeschichte. In: Mainzer Almanach. Beiträge aus Vergangenheit und Gegenwart (1959). S. 112–123.

Gräf, Holger: Militarisierung der Stadt oder Urbanisierung des Militärs? Ein Beitrag zur Militärgeschichte der frühen Neuzeit aus stadtgeschichtlicher Perspektive. In: Pröve, Ralf (Hrsg.): Klio in Uniform? Köln 1997. S. 89–108.

Haacke, Wilmont, „Corvin-Wiersbitzki, Otto Julius Bernhard von“, in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 370 f. [Onlinefassung]; URL: http://www.deutsche-biographie.de/artikelNDB_pnd118522310.html (zuletzt abgerufen am 22.10.2010)

Helwig, Anton. Beiträge zur Mortalitäts-Statistik der Stadt Mainz. Von Anfang dieses Jahrhunderts bis incl. 1872. Bd. 1. 2 Bd. Mainz, 1873.

Huck, Stephan: Vom Berufsmilitär zur allgemeinen Wehrpflicht - Militärgeschichte zwischen Französischer Revolution und Freiheitskriegen 1789 bis 1815. In: Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Band 1: Die Zeit bis 1914. Vom Kriegshaufen zum Massenheer. München 2009. S. 122-217.

Imhof, Arthur E.: Die Illegitimität in Giessen und Umgebung. In Historische Demographie als Sozialgeschichte. Gießen und Umgebung vom 17. zum 19. Jahrhundert, Band 1, S. 517-558, o. J.

Imhof, Arthur E.: Einführung in die Historische Demographie. München 1977.

Imhoff, Andreas: Landau. Wirtschaft und Gesellschaft in einer Garnisonsstadt vom Ausgang des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Beiträge zur pfälzischen Geschichte 10). Kaiserslautern 1996.

Imhoff, Andreas: Liebe, Leben und Leiden in der Festungsstadt Landau im 18. und frühen 19. Jahrhundert. In: Leben in und mit Festungen (Festungsforschung 2). Regensburg 2010. S. 39–50.

Jany, Curt: Die Königlich Preußische Armee und das Deutsche Reichsheer 1807 bis 1914. Bd. 4. Geschichte der Preußischen Armee vom 15. Jahrhundert bis 1914. Osnabrück 1933.

Jung, Gisela: Die zivilrechtliche Stellung der Frau im Großherzogtum Hessen: über die Geschlechtsvormundschaft im 19. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 112). Darmstadt 1997.

Jütte, Robert: Die Persistenz des Verhütungswissens in der Volkskultur. Sozial- und medizinhistorische Anmerkungen zur These von der „Vernichtung der weisen Frauen“. In: Medizinhistorisches Journal 24 (1989), Heft 3/4, S. 214-231.

Jütte, Robert (Hrsg.): Geschichte der Abtreibung. München 1993.

Jütte, Robert: Lust ohne Last. Geschichte der Empfängnisverhütung von der Antike bis zur Gegenwart. München 2003.

Karkosch, Susanne, und Karin Müller: Abteilung G 15 Kreis- und Landratsämter: Die rheinhessischen Kreise (Alzey, Mainz, Oppenheim, Worms). Repertorien des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt. Darmstadt/Marburg, 1973.

Kissel, Clemens: Die Garnisonsbewegungen in Mainz von der Römerzeit an. 2. Aufl. Mainz 1906.

Klein-Meynen, Dieter: Anfangs eine gespannte Beziehung – Leben in der Festungs- und Garnisonsstadt Köln. In: Festungsstadt Köln. Das Bollwerk im Westen hrsg. v. Henriette Meynen. Köln 2010. S. 376–411.

Koch, Fritz: Verwaltete Lust. Stadtverwaltung und Prostitution in Frankfurt am Main 1866–1968. Frankfurt am Main 2010.

Kocka, Jürgen: Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. 10. Aufl. Stuttgart 2001.

Köhler, Manfred: Ein Bollwerk gegen die Republik. Die Festung Mainz und die demokratische Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1815–1857) In: Mainzer Geschichtsblätter 7 (1992), S. 38–76.

Köllmann, Wolfgang: Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands: 1815–1875 / hrsg. von Wolfgang Köllmann. Band 1: Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875. Bearbeitet von Antje Kraus. Boppard am Rhein 1980.

König, Werner: dtv-Atlas deutsche Sprache. 15. Aufl. München 2005.

Kroll, Stefan, und Kersten Krüger. Militär und ländliche Gesellschaft in der frühen Neuzeit. Münster 2000.

Kroll, Stefan: Soldaten im 18. Jahrhundert zwischen Friedensalltag und Kriegserfahrung. Lebenswelten und Kultur in der kursächsischen Armee 1728 - 1796. Paderborn 2006.

Landesamt f. Denkmalpflege Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz. Band 2.1 Stadt Mainz, Stadterweiterungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1986.

Lauckhard, Else: Schumacher, Johann Andreas. In: Hessische Biographien hrsg. von Herman Haupt. Bd. 2. Darmstadt 1927. S. 127–129.

Von Malchus, Carl August: Handbuch der Militär-Geographie von Europa. Groos 1833.

Martin, Constanze: Constanze Martin: Die Mainzer Frage 1814-1816. In: www.regionalgeschichte.net – Internetportal für lokale und regionale Geschichte. URL <<http://www.regionalgeschichte.net/hauptportal/bibliothek/texte/aufsaeetze/martin-mainzer-frage.html>> (zuletzt abgerufen am: 23.09.2010)

Maul, Bärbel: Von „unbescholtenen Mädchen“, „lüderlichen Frauenspersonen“ und der öffentlichen Moral im Mainz der Jahrhundertwende. In: *Ausgegrenzt* (Mainzer Geschichtsblätter 9). Mainz 1994. S. 49–87

Meier, Andreas: Relationale Datenbanken. 4. Aufl. Berlin 2001.

Meumann, Markus: Soldatenfamilien und uneheliche Kinder. In: *Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit*. Hrsg. v. Bernard Kroener und Ralf Pröve. Paderborn 1996. S. 219–236.

Mielke, Heinz-Peter: Soziale Phänomene in einer Festungsstadt im 19. Jahrhundert. In: *Festung, Garnison, Bevölkerung. Historische Aspekte der Festungsforschung. Die Vorträge des 2. Internationalen Kolloquiums zur Festungsforschung Minden*. Hrsg. v. Volker Schmidtchen. Wesel 1982. S. 185–197.

Mitterauer, Michael: *Ledige Mütter. Zur Geschichte unehelicher Geburten in Europa*. München 1983.

Neumann, Hans-Rudolf: *Die Bundesfestung Mainz 1814–1866 : Entwicklung u. Wandlungen. Von der Blockhausfortifikation zum steinernen Bollwerk Deutschlands*. Unveröffentlichte Dissertation, Berlin 1987.

Nitschke, Heinz G.: *Die Preußischen Militärreformen 1807–1813* (Kleine Beiträge zur Geschichte Preußens 2). Berlin 1983.

Noonan, John: *Empfängnisverhütung. Geschichte ihrer Beurteilung in der katholischen Theologie und im kanonischen Recht*. Mainz 1969.

Nowosadtko, Jutta: Soldatenpartnerschaften. Stehendes Heer und weibliche Bevölkerung im 18. Jahrhundert. In: *Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel*, herausgegeben von Karen Hagemann und Ralf Pröve. (Geschichte und Geschlechter 26). Frankfurt, New York 1998. S. 297–321.

Nowosadtko, Jutta: *Krieg, Gewalt und Ordnung*. Tübingen 2002.

Pelizaes, Ludolf: Zum Spannungsfeld zwischen Garnison und ziviler Gesellschaft in der Bundesfestung Mainz 1816 bis 1866. In: Jahrbuch der Gesellschaft für hessische Militär- und Zivilgeschichte 2 (2003). S. 142–156.

Pott, Rosemarie. Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Mainz unter dem Großherzogtum Hessen 1815-1914. Mainz 1968.

Prinz, Oliver C: Der Einfluss von Heeresverfassung und Soldatenbild auf die Entwicklung des Militärstrafrechts, Göttingen 2005.

Ralf Pröve: Der Soldat in der guten Bürgerstube: Das frühneuzeitliche Einquartierungssystem und die sozioökonomischen Folgen. In: Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, hg. v. Bernhard R. Kroener und Ralf Pröve, Paderborn 1996. S. 191–219.

Pröve, Ralf: Stehendes Heer und städtische Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Göttingen und seine Militärbevölkerung 1713–1756 (Beiträge zur Militärgeschichte 47). München 1995.

Pröve, Ralf: Militär, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 77). München 2006.

Ramm, Thilo: Das Gesinderecht des Großherzogtums Hessen. In: Hessen in der Geschichte. Festschrift für Eckhart G. Franz zum 65. Geburtstag hrsg. v. Alois Gerlich, Wolf-Arno Kropat u.a. Darmstadt 1996. S. 264–286.

Reis, Eduard: Mainzer Silhouetten und Genrebilder : ein Panorama des heutigen Mainz. Mainz, 1841.

Rettinger, Elmar: Die Mainzer Garnison im 18. Jahrhundert und ihre Beziehungen zur Mainzer Bevölkerung. Unveröffentlichte Staatsexamensarbeit. Mainz 1978.

Rettinger, Elmar: Die Umgebung der Stadt Mainz und ihre Bevölkerung vom 17. bis 19. Jahrhundert: ein historisch-demographischer Beitrag zur Sozialgeschichte ländlicher Regionen (Geschichtliche Landeskunde 53). Stuttgart 2002.

Riddle, John M.: Eve's Herbs. A History of Contraception and Abortion in the West. London 1997.

Rochelandet, Brigitte: Histoire de la prostitution du Moyen Age au XXe siècle. Yens sur Morges 2007.

Rödel, Walter G.: Mainz und seine Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert. Demographische Entwicklung, Lebensverhältnisse und soziale Strukturen in einer geistlichen Residenzstadt (Geschichtliche Landeskunde 28). Stuttgart 1985.

Rosenbaum, Heidi: Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt a.M., 1982.

Sander, Heinrich, Hrsg. Die Staats- und Gemeindeverwaltung in dem Großherzogtum Hessen in administrativer, finanzieller und polizeilicher Hinsicht. 2. Aufl. Mainz, 1853.

Schenk, Günter: Fastnacht in Meenz. Kulturgeschichte eines Volksfestes. Stuttgart 1986.

Schlögel, Rudolf: Der Glaube Alteuropas und die moderne Welt. Zum Verhältnis von Säkularisation und Säkularisierung. In: Zerfall und Wiederbeginn. Vom Erzbistum zum Bistum Mainz. Hrsg. Von Walter G. Rödel u. Regina E. Schwerdtfeger. Würzburg 2002. S. 63–82.

Schlösser, Susanne: „... die Stadt Mainz fühlte unterdessen die Bedrückungen sehr hart ...“ Die Festung Mainz und ihre Auswirkung auf den Alltag der Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert. In: Die Wacht am Rhein (Mainzer Geschichtsblätter 7) Mainz 1992. S. 9–24.

Schmidt-Brentano, Antonio: Die Armee in Österreich. Boppard 1975.

Schmitt, Bernhard: Armee und staatliche Integration: Preußen und die Habsburgermonarchie 1815–1866. Rekrutierungspolitik in den neuen Provinzen: staatliches Handeln und Bevölkerung. Paderborn [u.a.] 2007.

Schrank, Josef: Die Prostitution in Wien in historischer, administrativer und hygienischer Beziehung. Band 1: Die Geschichte der Prostitution in Wien. Wien 1886.

Schütz, Friedrich: Provinzialhauptstadt und Festung des Deutschen Bundes (1814/16–1866). In: Mainz. Die Geschichte der Stadt. hrsg. v. Dumont, Franz; Scherf, Ferdinand; Schütz, Friedrich, 375–426. 2. Aufl. Mainz, 1999.

Schwangerschaft. In: Roche Lexikon Medizin, S. 1671.

Schwenke, Stephan: Die gezähmte Bellona? Bürger und Soldaten in den hessischen Festungs- und Garnisonsgrößtädten Marburg und Ziegenhain im 17. und 18. Jahrhundert. Marburg 2004.

Shorter, Edward: Illegitimacy, Sexual Revolution and Social Change in Modern Europe. In: Journal of Interdisciplinary History 2 (1971), Heft 2, S. 237–272.

Sicken, Bernhard (Hrsg.): Stadt und Militär 1815–1914: wirtschaftliche Impulse, infrastrukturelle Beziehungen, sicherheitspolitische Aspekte (Forschungen zur Regionalgeschichte 25). Paderborn 1998.

Sikora, Michael: Disziplin und Desertion: Strukturprobleme militärischer Organisation im 18. Jahrhundert. Duncker und Humblot, 1996.

Sikora, Michel: Militarisierung und Zivilisierung. Die preußischen Heeresreformen und ihre Ambivalenzen. In: Die preußische Armee zwischen Ancien Régime und Reichsgründung, herausgegeben von Peter Baumgart, Bernhard R. Kroener, und Heinz Stübiger, 164–195. Paderborn u.a., 2008.

Teuber, Oscar: Die österreichische Armee von 1700 bis 1867. Wien 1895.

Tepperberg, Christoph: Quellen zur genealogischen Forschung im Kriegsarchiv Wien. Wien 2006. URL <<http://www.oesta.gv.at/DocView.axd?CobId=18373>> (zuletzt abgerufen am 5.12.2010).

Tippach, Thomas: Koblenz als preußische Garnisons- und Festungsstadt. Wirtschaft, Infrastruktur und Städtebau. Köln 2000.

Tilly, Louise A.; Scott, Joan W.; Cohen, Miriam: Women's Work and European Fertility Patterns. In: Journal of Interdisciplinary History 6 (1976), Heft 3, S. 447–476.

Weber-Kellermann, Ingeborg: Frauenleben im 19. Jahrhundert. Empire und Romantik, Biedermaier, Gründerzeit. 3. Aufl. München 1991.

Wiehler, Julia: Verlassene Kinder zwischen Staat und Kirche: Das Problem der Findelkinder in Mainz von 1770 bis 1815. Unveröffentlichte Staatsexamensarbeit. Mainz 1989.

Wienhöfer, Elmar: Das Militärwesen des Deutschen Bundes und das Ringen zwischen Österreich und Preussen um die Vorherrschaft in Deutschland 1815-1866 (Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung 1). Osnabrück 1973.

Wilson, Peter H.: Defining Military Culture. The Journal of Military History 72 (2008), Heft 1. S. 11–41.

Wilson, Peter H.: German Women and War, 1500–1800. In: War in History 3 (1996), Heft 2. S. 127–160.

Wolny, Gregor. Die Markgrafschaft Mähren, topographisch, statistisch und historisch geschildert. Band 1: Prerauer Kreis. Brünn 1835.

Anne-Kathrin Zehendner: „Sehnend erhebt sich mein Geist, bemüht sich die Schranken zu brechen.“ Die Revolution von 1848 und ihre Folgen aus der Sicht der Schriftstellerinnen Johanne Kinkel, Malwida von Meysenbug und Kathinka Zitz. Unveröffentlichte Staatsexamensarbeit. Mainz 2006.

Anhang

1. Fotografie einer Seite aus dem Geburtsregister der Stadt Mainz (1825, Nr. 443–446)
2. Modell der im Rahmen dieser Arbeit erstellten Datenbank
3. Vitalstatistik der Stadt Mainz 1700–1871 (Grafik)
4. Bevölkerungsdaten der Stadt Mainz 1700–1871 (Tabelle)
5. Geburten 1816–66 in Mainz, bei denen der Vater ein Soldat gewesen ist (Tabelle)
6. Grafik „Garnison und Illegitimität 1789–97“.
Aus: Rettinger, Mainzer Garnison, Fig. 10
7. Neugeborene Soldatenkinder in Weisenau
8. Plan der Stadt Mainz von 1854. Eingezeichnet wurden die der Polizei bekannten Bordelle 1854.
9. Datenbank. Verfügbar unter <https://doi.org/10.5281/zenodo.1286374>

Nro 443

Heute den sechsten und zwanzigsten Mai ein tausend acht hundert fünf und zwanzig Vormittags zehn Uhr, erschien vor mir Beigeordnetem des Bürgermeisters, Civilstandsbeamten der Stadt Mainz Herr von Wobersdorff, gemeinlich im L. L. vaterländischen 43. Infanterie-Regiment, 31 Jahr alt, von Rittershofen in Unterhessensheim gebürtig, zu Mainz in garnison und wohnhaft, daß gestern Vormittags um zehn Uhr, in dem Gebärdungsstube seiner ein Kind männlichen Geschlechts geboren worden sei, welches er andern Vorgezeig und dem zu dem Namen Martin Jakob, welches beigelegt habe; daß er dieses Kind als das seinige anerkenne, welches er mit Margaretha Müller, 29 Jahr alt, von Eschel gebürtig, zu Mainz wohnhaft, verheiratet habe.
Diese Erklärung wurde dem Vater und den anwesenden Zeugen, den Herrn Joseph Wiedinger, fünfzig Jahr alt, geheimer und Martin Hoffmann, fünfzig Jahr alt, beide von obenerwähntem Regiment, sind in garnison vorgelesen, und von denselben mit mir unterschrieben.
Joseph Wiedinger Martin Hoffmann
Der Civilstandsbeamte, Heinrich Müller

Nro 444

Heute den sechsten und zwanzigsten Mai ein tausend acht hundert fünf und zwanzig Vormittags zehn Uhr, erschien vor mir Beigeordnetem des Bürgermeisters, Civilstandsbeamten der Stadt Mainz Herr von Wobersdorff, gemeinlich im L. L. vaterländischen 43. Infanterie-Regiment, 32 Jahr alt, von Wilm gebürtig, zu Mainz in garnison und wohnhaft, daß gestern Abend um fünf Uhr, in dem Hause f. 140, ein Kind weiblichen Geschlechts geboren worden sei, welches er andern Vorgezeig und dem zu dem Namen Clara, beigelegt habe; daß er dieses Kind als das seinige anerkenne, welches er mit Regina Markt, 29 Jahr alt, geborene und verheiratet habe.
Diese Erklärung wurde dem Vater und den anwesenden Zeugen, den Herrn Johann Grommeyer, fünfzig Jahr alt und Anton Dreßler, fünfzig Jahr alt, beide von obenerwähntem Regiment, sind in garnison vorgelesen, und von denselben mit mir unterschrieben.
Der Civilstandsbeamte, Heinrich Müller

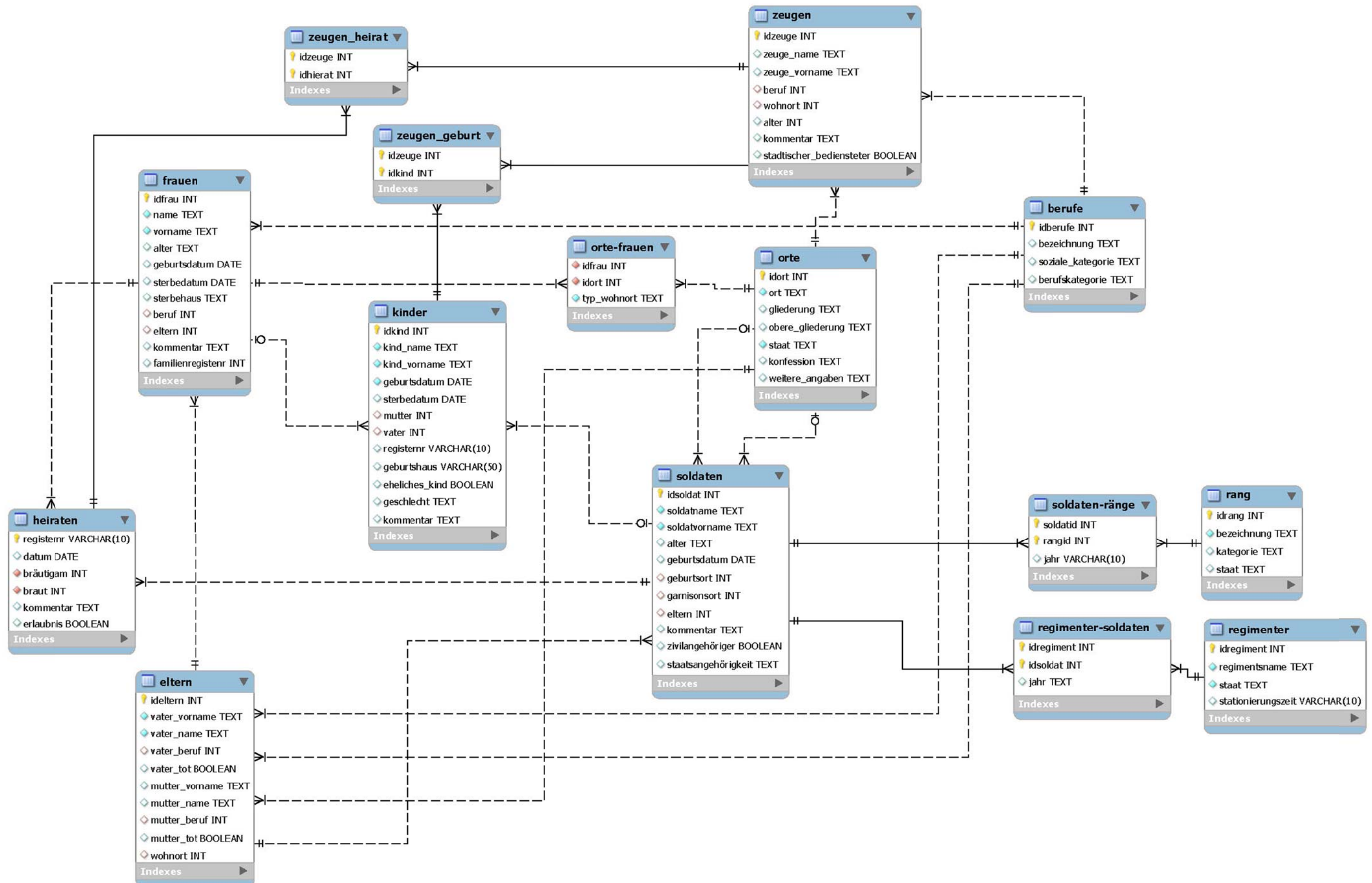
Nro 445

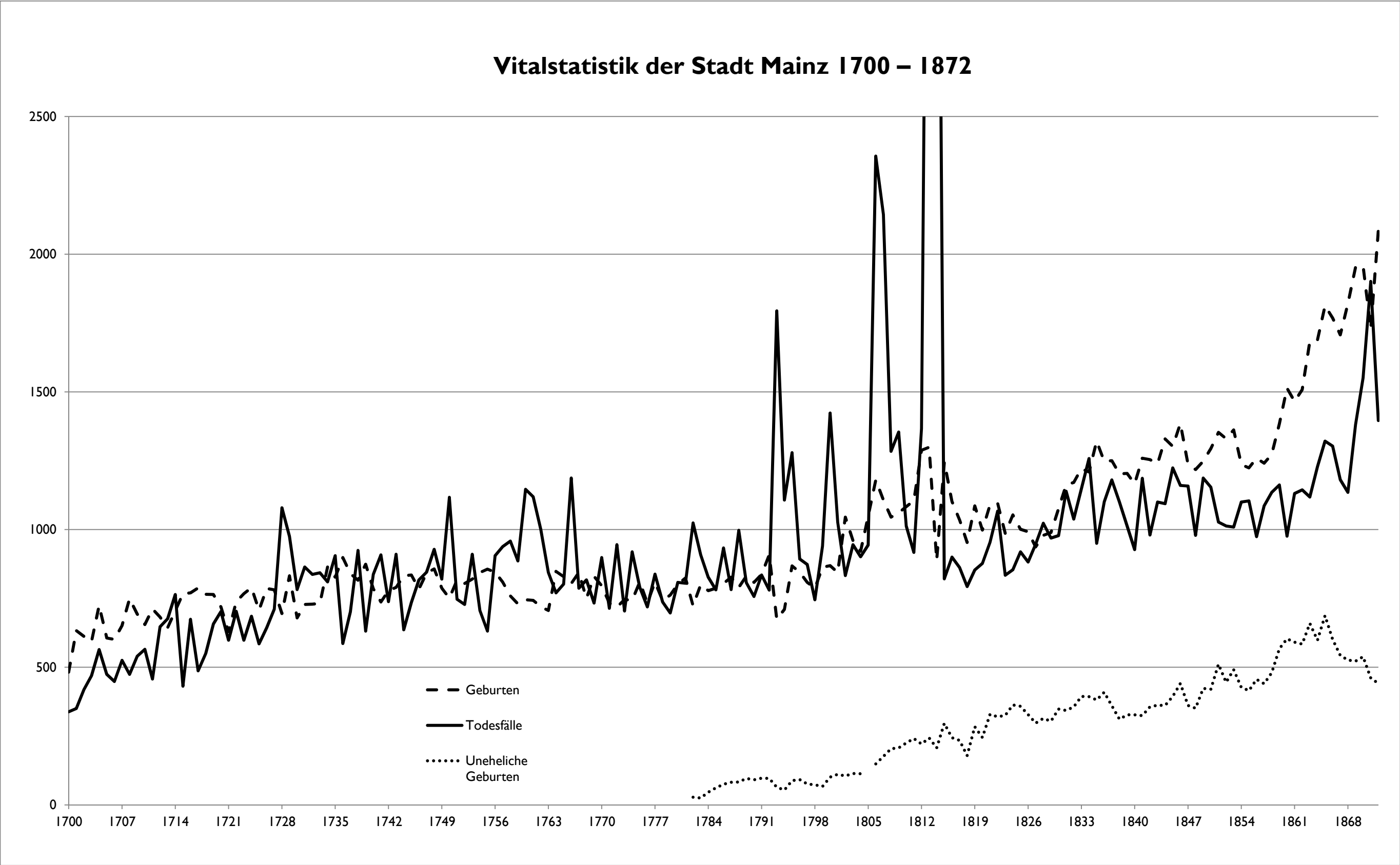
Heute den acht und zwanzigsten Mai ein tausend acht hundert fünf und zwanzig Vormittags zehn Uhr, erschien vor mir Beigeordnetem des Bürgermeisters, Civilstandsbeamten der Stadt Mainz Herr von Wobersdorff, gemeinlich im L. L. vaterländischen 43. Infanterie-Regiment, 24 Jahr alt, von Wilm gebürtig, zu Mainz in garnison und wohnhaft, daß gestern Abend um zehn Uhr, in dem Hause f. 2, ein Kind männlichen Geschlechts geboren worden sei, welches er andern Vorgezeig und dem zu dem Namen Jakob Johann beigelegt habe; daß er dieses Kind als das seinige anerkenne, welches er mit Margaretha Markt, 27 Jahr alt, von Wilm gebürtig, hiesig zu Mainz in Garnison verheiratet habe.
Diese Erklärung wurde dem Vater und den anwesenden Zeugen, den Herrn Martin Markt, fünfzig Jahr alt und Martin Oßler, fünfzig Jahr alt, beide von obenerwähntem Corps, sind in garnison vorgelesen, und von denselben mit mir unterschrieben.
Der Civilstandsbeamte, Heinrich Müller

Nro 446

Heute den acht und zwanzigsten Mai ein tausend acht hundert fünf und zwanzig Vormittags zehn Uhr, erschien vor mir Beigeordnetem des Bürgermeisters, Civilstandsbeamten der Stadt Mainz Herr von Wobersdorff, gemeinlich im L. L. vaterländischen 43. Infanterie-Regiment, 34 Jahr alt, von Wilm gebürtig, zu Mainz in garnison und wohnhaft, daß den vergangenen fünften Monats, Abend um sieben Uhr, in dem Hause f. 309, ein Kind männlichen Geschlechts geboren worden sei, welches er andern Vorgezeig und dem zu dem Namen Adolf beigelegt habe; daß er dieses Kind als das seinige anerkenne, welches er mit Josephine Markt, geborene und verheiratet in Mainz, verheiratet habe.
Diese Erklärung wurde dem Vater und den anwesenden Zeugen, den Herrn Johann Markt, fünfzig Jahr alt, geheimer und Martin Oßler, fünfzig Jahr alt, beide von obenerwähntem Corps, sind in garnison vorgelesen, und von denselben mit mir unterschrieben.
Der Civilstandsbeamte, Heinrich Müller

Anhang 2: Datenbankmodell





Anhang 4: Bevölkerungsdaten von Mainz 1700–1872

Jahr	Bevölkerung	Geburten	Unehel. Geburten	Geburtenziffer ‰	Illegitimitätsquote %	Todesfälle	Sterbeziffer ‰
1700		482				338	
1701		633				350	
1702		612				419	
1703		593				469	
1704		724				564	
1705		606				474	
1706		601				448	
1707		651				525	
1708		749				474	
1709		693				540	
1710		655				565	
1711		712				457	
1712		682				647	
1713		644				676	
1714		705				764	
1715		767				431	
1716		770				674	
1717		788				487	
1718		765				550	
1719		764				657	
1720		719				702	
1721		629				598	
1722		738				703	
1723		767				598	
1724		789				685	
1725		707				585	
1726		786				643	
1727		781				711	
1728		695				1079	
1729		832				975	
1730		679				782	
1731		728				864	
1732		729				837	
1733		732				843	
1734		864				810	
1735		827				905	
1736		898				586	
1737		840				701	
1738		816				924	
1739		874				631	
1740		785				837	

Jahr	Bevölkerung	Geburten	Unehel. Geburten	Geburtenziffer ‰	Illegitimitätsquote %	Todesfälle	Sterbeziffer ‰
1741		737				908	
1742		778				738	
1743		790				910	
1744		832				636	
1745		835				735	
1746		784				817	
1747		842				845	
1748		857				928	
1749		787				820	
1750		751				1117	
1751		816				747	
1752		804				728	
1753		820				910	
1754		844				706	
1755		856				631	
1756		845				905	
1757		809				938	
1758		759				958	
1759		730				886	
1760		745				1146	
1761		743				1119	
1762		720				1000	
1763		706				844	
1764		848				770	
1765		829				802	
1766		804				1187	
1767		844				787	
1768		750				817	
1769		830				733	
1770		796				898	
1771		733				714	
1772		718				945	
1773		746				704	
1774		743				919	
1775		810				790	
1776		733				719	
1777		809				838	
1778		742				737	
1779		762				697	
1780		801				808	
1781		824				805	
1782		723	28		3,87	1024	

Jahr	Bevölkerung	Geburten	Unehel. Geburten	Geburtenziffer ‰	Illegitimitätsquote %	Todesfälle	Sterbeziffer ‰
1783		800	25		3,13	908	
1784		778	46		5,91	827	
1785		787	62		7,88	781	
1786		804	75		9,33	933	
1787		827	82		9,92	782	
1788		790	83		10,51	997	
1789		831	96		11,55	807	
1790		808	91		11,26	757	
1791		837	97		11,59	835	
1792		908	96		10,57	780	
1793		674	64		9,5	1794	
1794		710	54		7,61	1107	
1795		868	88		10,14	1279	
1796		845	92		10,89	893	
1797		808	76		9,41	873	
1798		787	73		9,28	745	
1799		863	67		7,76	940	
1800	21218	869	101	40,96	11,62	1423	67,07
1801		844	111		13,15	1027	
1802	22325	1045	105	46,81	10,05	833	37,31
1803		960	114		11,88	945	
1804	21583	921	113	42,67	12,27	901	41,75
1805		1049			0	944	
1806	23505	1180	149	50,2	12,63	2356	100,23
1807		1107	176		15,9	2144	
1808		1045	204		19,52	1284	
1809	24142	1061	207	43,95	19,51	1354	56,08
1810		1083	225		20,78	1013	
1811		1105	241		21,81	917	
1812		1288	221		17,16	1367	
1813		1299	243		18,01	4854	
1814	23202	888	207	38,27	23,31	4727	203,73
1815		1245	296		23,78	821	
1816	25251	1102	244	43,64	22,14	900	35,64
1817		1035	234		22,61	862	
1818		953	179		18,78	793	
1819	25390	1086	284	42,77	26,15	853	33,6
1820		998	245		24,55	877	
1821		1090	329		30,18	954	
1822	26800	1095	320	40,86	29,22	1067	39,81
1823		986	325		32,96	834	
1824		1053	363		34,47	854	

Jahr	Bevölkerung	Geburten	Unehel. Geburten	Geburtenziffer ‰	Illegitimitätsquote %	Todesfälle	Sterbeziffer ‰
1825	28409	1001	358	35,24	35,76	919	32,35
1826		992	328		33,06	882	
1827		937	297		31,7	947	
1828	28439	979	314	34,42	32,07	1023	35,97
1829		989	304		30,74	969	
1830		1076	348		32,34	978	
1831	30254	1162	343	38,41	29,52	1139	37,65
1832		1171	356		30,4	1038	
1833		1221	394		32,27	1148	
1834	31535	1209	393	38,34	32,51	1258	39,89
1835		1321	381		28,84	950	
1836		1248	409		32,77	1100	
1837	31702	1250	360	39,43	28,8	1180	37,22
1838		1202	311		25,87	1100	
1839		1204	327		27,16	1013	
1840	32142	1166	327	36,28	28,04	927	28,84
1841		1259	324		25,73	1186	
1842		1254	356		28,39	980	
1843	32500	1239	362	38,12	29,22	1100	33,85
1844		1329	361		27,16	1094	
1845		1302	394		30,26	1224	
1846	36656	1385	441	37,78	31,84	1160	31,65
1847		1237	361		29,18	1158	
1848		1218	351		28,82	979	
1849	35140	1248	423	35,52	33,89	1187	33,78
1850		1294	420		32,46	1154	
1851		1353	511		37,77	1027	
1852	36741	1330	445	36,2	33,46	1013	27,57
1853		1362	491		36,05	1009	
1854		1236	427		34,55	1100	
1855	36833	1224	415	33,23	33,91	1104	29,97
1856		1259	456		36,22	974	
1857		1241	440		35,46	1086	
1858		1273	480		37,71	1135	
1859	37102	1384	567	37,3	40,97	1162	31,32
1860		1514	603		39,83	976	
1861		1465	591		40,34	1131	
1862	41411	1508	584	36,42	38,73	1144	27,63
1863		1683	659		39,16	1118	
1864		1688	598		35,43	1228	
1865	42185	1813	687	42,98	37,89	1321	31,31
1866		1768	601		33,99	1303	

Jahr	Bevölkerung	Geburten	Unehel. Geburten	Geburtenziffer ‰	Illegitimitätsquote %	Todesfälle	Sterbeziffer ‰
1867		1707	543		31,81	1181	
1868	43140	1821	526	42,21	28,89	1135	26,31
1869		1953	522		26,73	1381	
1870		1958	538		27,48	1551	
1871	47821	1728	461	36,13	26,68	1901	39,75
1872		2088	441		21,12	1396	

Anmerkung zu den verwendeten Daten

Datengrundlage der obigen Tabelle (sowie der daraus erstellten Vitalstatistik, siehe Anhang 3) sind die Zahlen von Dael (bis 1834) und Helwig (ab 1834 bis 1872). Bei den Zahlen ist prinzipiell Vorsicht geboten, insbesondere den Geburten und Todesfällen bis 1798. Sie wurden von Dael, Bevölkerungs-Verhältnisse, S. 9 und 18 zusammengetragen und wurden von ihm wahrscheinlich den Kirchenbüchern entnommen (siehe Rettinger, Mainzer Garnison, S. 18). Zahlen aus neueren Arbeiten liegen leider nicht vor. Für den Zeitraum von 1798 bis 1834 hat Dael selbst die Zivilstandsregister ausgewertet, die auch Helwig übernommen hat – allerdings nur mit Bedenken. Die Zahlen nach 1834 sowie die Bevölkerungsangaben sind Helwig (Tabelle I und II) entnommen. Helwig (S. 5) kritisiert die Unzuverlässigkeit von Daels Zahlen zwischen 1798 und 1834, die er dennoch übernommen hat. Tatsächlich stimmen die Geburtszahlen von ein paar Jahren nicht – allerdings ist auch das Gegenteil der Fall. Helwig kritisiert insbesondere, dass Dael das Militär nicht aus den Zahlen herausgerechnet hat. Dies ist nach Helwigs Aussagen erst ab 1834 der Fall, wobei unklar ist, ob sich dies nur auf die Todesfälle bezieht oder auch auf die Geburten. Ein Vergleich mit den Geburtsregistern in den 1860er brachte jedenfalls auch Diskrepanzen zu Helwigs Daten hervor, die sich nicht mit der bloßen Herausrechnung der Soldaten erklären lassen. Auch lässt sich in den Daten 1834/35 kein größerer Bruch erkennen, der die von Helwig angesprochene Einbeziehung der Todesfälle sowie Geburten der Garnisonsgesellschaft widerspiegeln würde. Neu erhobene Daten wären daher vorteilhaft gewesen, standen aber nicht zur Verfügung, so dass auf die oben dargestellten Zahlen zurückgegriffen werden musste.

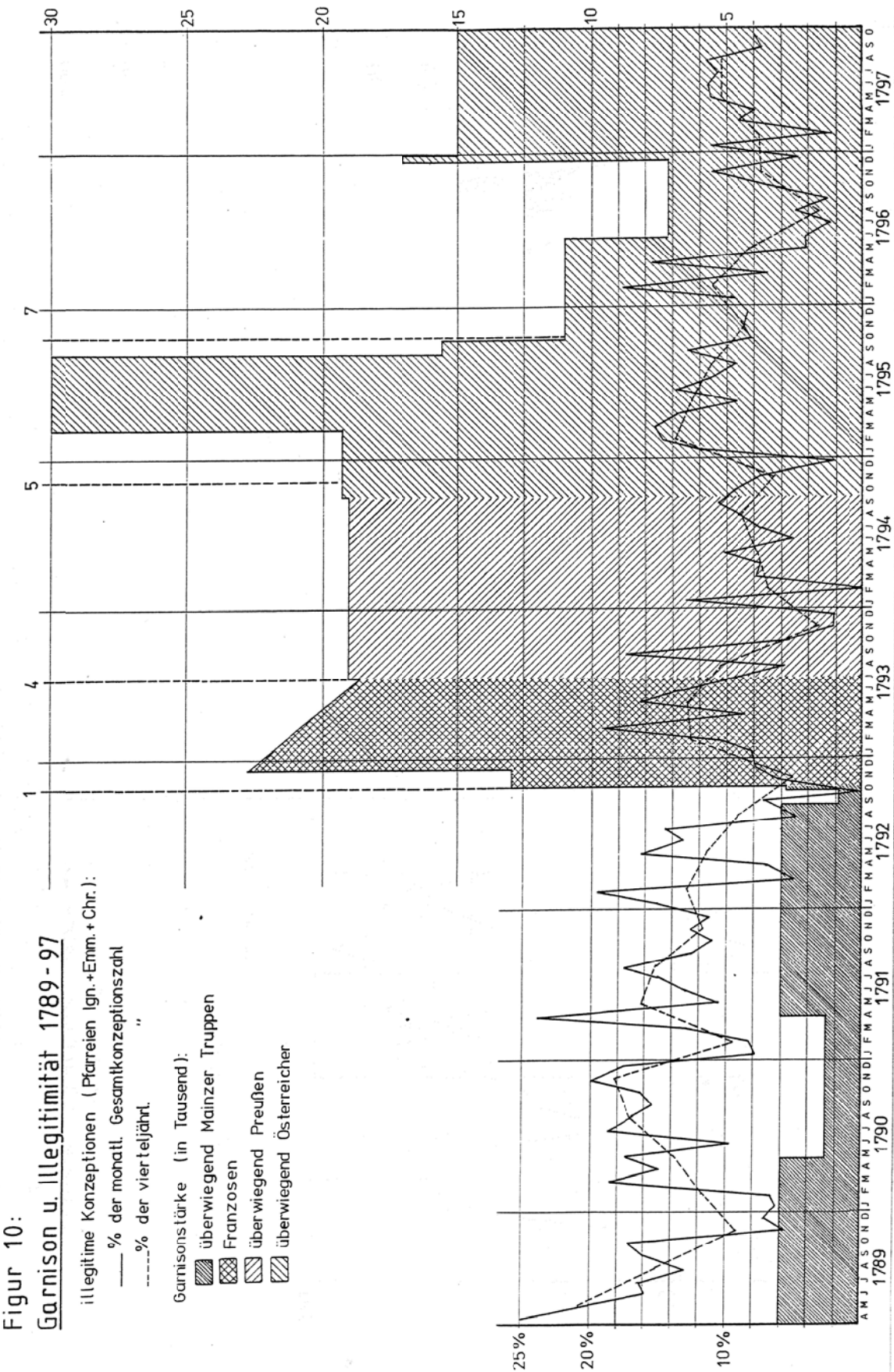
Die Illegitimitätsquote berechnet sich in der vorliegenden Tabelle aus dem Anteil der jährlichen unehelichen Geburten an allen Geburten. Geburten- und Sterbeziffer sind in Promille angegeben, sie sind der Anteil der Geburten bzw. Todesfälle an der Gesamtbevölkerung und liegen daher nur alle drei Jahre vor.

Anhang 5: Geburten 1816–66 in Mainz, bei denen der Vater ein Soldat gewesen ist

Jahr	Insg.	Eheliche	Uneheliche	Illegitimitäts- quote	Preußen	Österr.	Ghzm. Hessen	Sonst.
1816	33	8	25	75,76	6	26	0	1
1817	37	12	25	67,57	9	25	2	1
1818	35	8	27	77,14	6	28	1	0
1819	62	10	52	83,87	14	44	1	3
1820	61	13	48	78,69	10	45	1	5
1821	73	15	58	79,45	17	52	1	3
1822	87	18	69	79,31	20	65	2	0
1823	76	21	55	72,37	22	49	3	2
1824	90	10	80	88,89	15	72	1	2
1825	117	24	93	79,49	32	83	0	2
1827	77	27	50	64,94	27	49	1	0
1830	108	38	70	64,81	66	41	0	1
1833	101	40	61	60,4	54	46	1	0
1836	115	56	59	51,3	54	61	0	0
1839	112	61	51	45,54	40	72	0	0
1842	77	40	37	48,05	44	31	1	1
1845	91	57	34	37,36	65	24	0	2
1848	65	46	19	29,23	48	15	1	1
1851	94	54	40	42,55	72	20	0	2
1854	74	45	29	39,19	48	21	1	4
1857	70	47	23	32,86	49	9	10	2
1858	71	37	34	47,89	39	16	13	3
1859	83	41	42	50,6	47	16	20	0
1860	75	42	33	44	42	17	14	2
1861	77	46	31	40,26	46	11	18	2
1862	100	60	40	40	55	18	20	7
1863	103	53	50	48,54	58	12	31	2
1864	112	73	39	34,82	75	13	23	1
1865	67	45	22	32,84	44	12	8	3
1866	64	35	29	45,31	34	9	16	5

Anmerkung

Die Daten zu den Jahren 1816–25 und 1857–66 sind der Datenbank entnommen. Für den dazwischenliegenden Zeitraum wurden die Geburtsregister im Dreijahresrhythmus nichtnominativ ausgewertet. Aufgenommen wurde dabei nur die Anzahl der Neugeborenen, eingeteilt in ehelich/uneheliche Geburten und Preußen, Österreicher, Hessen-Darmstadt und Sonstige. Die obige Tabelle ist Datengrundlage der Grafik 5.



Anhang 7: Soldatenkinder in Weisenau

Auswertung von Dr. Dr. Martina Rommel, Mainz

Hinweise auf nicht im kath. Kirchenbuch verzeichneten Militärpersonen in Zivilstandsregister Weisenau.- Nicht berücksichtigt sind hier die jüdischen Familien

1819 GebReg Nr. 19
1820 GebReg Nr. 26
1841 GebReg Nr. 29, 36
1842 GebReg Nr.? (23.1.1842)
1843 GebReg Nr. 34
1844 GebReg Nr. 33
1847 GebReg Nr. 14
1848 GebRegNr. 2
1849 GebRegNr.4
1851 GebReg Nr. 2, 51(Pr)
1852 GebReg Nr. 39, 47
1853 GebReg Nr. 31 (Pr, ehel.), 37 (Pr, ehel.), 38 (Pr, ehel.), 43 (Pr, ehel.), 57 (Pr, ehel.)
1854 GebReg Nr. 14 (Pr, ehel.),47 (Pr, ehel.),49 (Pr, ehel.), 59(Pr, ehel.), 62 (Pr, ehel.), 67 (Pr, ehel.),
68 (Pr, ehel)
1855 GebReg Nr. 4(Pe), 31(Pe), 42(Pe), 44(Pe),
1856 GebReg Nr.6, 42
1857 GebReg Nr. 13, 25
1858 GebReg Nr. 5, 59
1860 GebReg Nr. 32, 40, 42, 81
1861 GebReg Nr. 12, 62, 67

Kirchenbuch (kath.)

Folgende Taufdaten konnten eindeutig dem Sektor Militär zugeordnet werden, Geburtsdaten weichen etwas ab.

2.8.1815 (Ö), 19.11.1815 (?), 9.12.1817 (Fr.), 23.5.1818 (IVfilitärschneider), 28.8.1818 (Frz.),
26.11.1819 (Ö), 4.12.1819 (Ö), 4.7.1820 (Württ.), 27.1.1821 (Ö), 10.4.1821
(Militärschneider), 16.6.1821 (Ö?), 17.7.1822 (Ö), 21.12.1822 (Ö) 3.2.1823 (Ö), 24.5.1823
(Ö), 7.7.1823 (Ö), 21.8.1829 (im Festungsbau beschäftigt, aus Tirol, siehe auch +-Register,
Familie Eberle),
19.4.1832,22.1.1835, 14.12.1835 (Pr.), 21.12.1838 (Pr.), 21.12.1838 (Pr.), 13.2.1839 (Pr.),
23.1.1840 (pr.), 15.10.1840 (pr.), 26.6.1841 (Pr.), 11.11.1842 (pr.), 18.1850 (pr.), 24.9.1851
(Pr.).

Anhang 8: Plan der Stadt Mainz von 1853. Rot eingezeichnet sind die der Polizei 1854 bekannten Bordelle.

